

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inertions-Gebühr
beträgt für die sechsgelassene Kolonial-
zeile oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Beiträge
und Veranlassungen 25 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 28. September 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der englisch-japanische Vertrag.

Der Wortlaut des neuen englisch-japanischen Vertrages,
der gestern veröffentlicht wurde, bestätigt im allgemeinen voll-
inhaltlich die Mitteilungen, die bereits vor einigen Wochen
darüber bekannt geworden sind.

Artikel 1 besagt: Die beiden Regierungen werden, wenn
immer ihre oben bezeichneten Rechte und Interessen gefährdet sind,
mit einander in vollem Umfange und offen in Verkehr treten
und gemeinsam die Maßnahmen erwägen, die zur Wahrung derselben
anzugreifen sind.

Artikel 2 bestimmt: Wenn infolge eines nicht herausgeforderten
Angriffs oder eines aggressiven Vorgehens, das von immer seitens
irgend welcher Macht oder Mächte erfolgen mag, einer der beiden
vertragschließenden Teile in der Verteidigung seiner Rechte und
Interessen in einen Krieg verwickelt wird, so wird der andere
Teil dem Verbündeten sofort zu Hilfe kommen und mit ihm den
Krieg gemeinsam führen sowie in wechselseitigem Einvernehmen
Frieden schließen.

Artikel 3 besagt: Da Japan die vorherrschenden politischen,
militärischen und wirtschaftlichen Rechte in Korea besitzt, so erkennt
Großbritannien Japans Recht an, solche Maßnahmen zur Leitung,
zur Kontrolle und zum Schutze Koreas zu ergreifen, als es
geeignet und notwendig erachtet mag, um diese Interessen zu
schützen und zu fördern.

Artikel 4: Japan erkennt das Recht Großbritanniens an, in
der Nähe der indischen Grenze solche Maßnahmen zu ergreifen,
welche nötig sein mögen, die indischen Besitzungen zu schützen.

Artikel 5: Beide Teile kommen überein, daß keiner, ohne die
andere Macht zu befragen, in besondere Abmachungen eintreten
wird, welche den in der Einleitung des Abkommens bezeichneten
Zielen nachteilig sein könnten.

Artikel 6 bestimmt, daß im Falle eines russisch-japanischen
Krieges Großbritannien es übernimmt, strenge Neutralität zu
wahren und Japan, im Falle es von einer anderen Macht angegriffen
wird, zu Hilfe zu kommen.

Artikel 7 setzt fest: Die Bedingungen, unter denen der er-
wähnte Bestand geleistet werden soll, werden durch die Militär-
und Marinebehörden der vertragschließenden Teile vereinbart, die
miteinander von Zeit zu Zeit abgibt und offen in Beratung
treten.

Artikel 8 besagt: Das gegenwärtige Übereinkommen gilt für
eine Frist von zehn Jahren, ist aber mit einjähriger Kündigung
aufhebbar.

Von dem Vertrage war seinerzeit bekanntlich behauptet
worden, daß er seine Wirksamkeit bis zum 51. Grad östlicher
Länge erstreckt, also auch Persien und Afghanistan einschließen
würde. Ist in dem Vertrage auch von diesem Grade
kein Wort die Rede, so entspricht doch der Artikel 4 des
Vertrages völlig dieser Auffassung. Nach diesem Artikel er-
kennt Japan das Recht Englands an, in der Nähe der
indischen Grenzen alle Maßnahmen zu ergreifen, die zum Schutze
der englischen Besitzungen notwendig sind. Das heißt, daß
England nicht zu dulden braucht, daß eine fremde Nation
durch Annektion der Grenzgebiete die indischen Besitzungen be-
droht. Würde eine fremde Macht (und hier kann nur Rus-
land in Frage kommen) etwas gegen Persien und
Afghanistan unternehmen, so würden die Bestimmungen
des Artikels 2 erfüllt sein, der vorsieht, daß im Falle eines
aggressiven Vorgehens einer fremden Macht der andere Teil
dem Verbündeten sofort zu Hilfe kommen und mit ihm den
Krieg gemeinsam zu führen verpflichtet ist. Artikel 2 besagt
ferner, daß auch England verpflichtet ist, Japan Hilfe zu
leisten, wenn sein Besitzstand in Ostasien durch eine fremde
Macht bedroht wird.

In einem gewissen Widerspruch zu dem Artikel 2 scheint
der Artikel 6 zu stehen, der für den Fall eines russisch-
japanischen Krieges Großbritannien zur strengen
Neutralität verpflichtet und nur für den Fall die Unter-
stützung Englands vorsieht, daß Japan noch von einer anderen
Macht angegriffen werde. Dieser Widerspruch löst sich aber
sofort, wenn man berücksichtigt, daß dieser Vertrag bereits
am 12. August abgeschlossen worden ist, also zu einer Zeit,
wo der russisch-japanische Krieg noch nicht beendet
war. Dieser Artikel 6 also bezieht sich nur auf den nunmehr
durch den Frieden von Portsmouth geschlossenen Krieg. Sollte
es später noch einmal zu einer kriegerischen Auseinander-
setzung zwischen Russland und Japan kommen, so tritt
dieses zweifelhafte der Artikel 2 in Geltung.

Auch noch ein anderer Artikel des Vertrages bezieht sich
offenbar auf den zur Zeit des Vertragschlusses noch nicht
beendeten russisch-japanischen Krieg, nämlich der Artikel 3, der
die vorherrschenden politischen, militärischen und wirtschaft-
lichen Rechte Japans in Korea anerkennt. Man wird nicht

fehlgehen, wenn man diesen Artikel als ein Mittel betrachtet,
um Russland bei dem Friedensvertrage zur Anerkennung der
japanischen Rechte auf Korea zu zwingen.

Wir haben schon, als der Inhalt des Friedensvertrages
bekannt gegeben wurde, mehrfach die außerordentliche
Bedeutung des englisch-japanischen Bünd-
nisses für die ganze asiatische Politik her-
vorgehoben. Es ist kein Zweifel, daß dieser Vertrag für
absehbarer Zeit den Status quo in ganz Ostasien jenseits des
51. Grades östlicher Länge sichert. Nicht nur bietet der
Vertrag die Gewähr, daß der englische und der japanische
Besitzstand in Ostasien unangetastet bleibt, sondern auch die
Integrität Chinas und das Prinzip der Gleichberechtigung
des Handels aller Nationen wird als das Ziel der Verein-
barung der beiden Mächte unabweislich betont. Damit
ist allen etwaigen Eroberungsgelüsten der
anderen Nationen in Ostasien ein Riegel
vorgelegt. Deutschland muß auf alle möglicherweise
gehegten Expansionspläne in Schantung verzichten. Ebenso
ist Frankreich die Möglichkeit genommen, von Süden her
erwerbend in China einzudringen.

In unserer weltpolitisch angehauchten Presse erregen die
die Integrität Chinas garantierenden Bestimmungen des Ver-
trages denn auch bereits Anstoß. So behauptet das „Ber-
liner Tageblatt“, daß der Vertrag sich gegen das
Deutsche Reich richtet, da er Deutschlands Besitzungen und Aus-
sichten in China auf die kleine Landzunge von Kiautschou
beschränkt. Dadurch seien die deutschen Interessen aufs ernst-
lichste gefährdet. Nicht besser ergehe es Frankreich in Süd-
china. Auch Amerika müsse sich durch den Vertrag im Besitze
der Philippinen gefährdet fühlen. So sei der englisch-japanische
Vertrag ein Schlag gegen die europäischen
Interessen. Es werde sich deshalb mit Notwendigkeit
eine Koalition der in ihren asiatischen
Interessen bedrohten Großmächte ergeben,
die einigermassen in der Lage wären, der englisch-japanischen
Entente ein Paroli zu bieten.

Die Klage des „Berliner Tageblattes“ wäre nur dann
berechtigt, wenn Deutschland wirklich beabsichtigte, seinen Besitz-
stand in Ostasien auszudehnen. Daß Deutschland einen der-
artigen Plan nicht hege, ist aber unzähligemal von der
deutschen Regierung beteuert worden. Auch enthält ja be-
kanntlich, was das „Berliner Tageblatt“ völlig übersieht, der
Friedensvertrag der Mächte mit China die ausdrückliche Ver-
sicherung, daß Chinas Integrität zu wahren sei. Es kann
also den Mächten, die damals den Vertrag geschlossen haben,
speziell also auch Deutschland, nur angenehm sein, daß
nun auch durch den englisch-japanischen Vertrag die Integrität
Chinas ausdrücklich gesichert wird. Der englisch-japanische
Vertrag ist umso weniger eine Verletzung der deutschen Inter-
essen, als ja durch ihn das Prinzip der Gleichberechtigung des
Handels aller Nationen für ganz China aufrecht erhalten
werden soll. In derselben Lage wie Deutschland befindet sich
auch Amerika. Eine Gefahr für die Philippinen durch Japan
ist für absehbarer Zeit nicht vorhanden; wohl aber hätte
Amerika alle Ursache, das Prinzip der offenen Tür für China
möglichst zu unterstützen. Das Prinzip der offenen Tür aber
steht und fällt mit der Integrität Chinas. Mit der Gegen-
koalition gegen das englisch-japanische Bündnis wird es also
noch seine guten Wege haben.

Die deutsche Arbeiterklasse vollends hat, wie
wir schon unlängst hervorhoben, alle Ursache, mit dem
englisch-japanischen Vertrage zufrieden zu sein. Er bietet
einen sicheren Schutzwall gegen etwaige Eroberungsgelüste
unserer Weltpolitiker, die dem deutschen Volke noch einmal
hätten sehr teuer zu stehen kommen können. Allein das
Chinaabenteuer mit seiner Viertelmilliarde Kosten hat
ja bewiesen, wie rasch die ostasiatische Eroberungspolitik
Deutschland in unabsehbare Handel zu verwickeln vermag.
Freilich verringert der englisch-japanische Vertrag mit seiner
Bekennung der Integrität Chinas nur die ostasiatischen Ge-
fahren für das deutsche Volk, ohne sie völlig
zu beseitigen. Bei der fortschreitenden ökonomischen
Versehung Chinas, die höchst wahrscheinlich im Laufe
der Zeit noch zu politischen Umwälzungen von un-
absehbarer Bedeutung führen wird, sind Wieder-
holungen des sogenannten Boxerkrieges
sicherheitswegs ausgeschlossen. Solange aber Deutschland den
famosen „Platz an der Sonne“ besitzt, ist bei den Neigungen
unserer Regierung, überall dabei zu sein, wo etwas auf dem
Erdballe passiert, nur zu wahrscheinlich, daß eine neue Auf-
lage von Boxeraufständen dem deutschen Volke auch eine neue
Auflage des Waldsee-Abenteuers beschert. Der Besitz von Kiautschou bildet also eine ständige
schwere Kriegsgefahr für Deutschland. Sache
der deutschen Arbeiterklasse ist es deshalb, mit allen ihr zu
Gebote stehenden Machtmitteln dahin zu drängen, daß Deutsch-
land mit seiner ostasiatischen Weltpolitik ein Ende macht. Da
die Pachtung von Kiautschou nach dem englisch-japanischen
Vertrage doch niemals zu einer Pachtung von Schantung er-
weitert werden kann, müßte, sollte man meinen, auch die
deutsche Regierung Einsicht genug haben, sich rechtzeitig genug
aus einer haltlos gewordenen Situation zurückziehen.

Die Hoffnungen auf die Entwicklung Kiautschous haben
sich nicht erfüllt. Der Platz an der Sonne fordert Jahr für
Jahr bedeutende Reichszuschüsse, ohne daß irgend welcher
handelspolitische Gewinn dabei herauspränge. So ist für das

Jahr 1905 wiederum ein Reichszuschuß von 14 1/2 Millionen
Mark notwendig geworden. Dagegen hat die famose Kolonie
an Verwaltungseinnahmen und Steuern eine ganze halbe
Million Mark aufzuweisen, und der Wert des Gesamthandels
beträgt nur etwa die Hälfte des Reichszuschusses. An eine
Entwicklung des Handels ist schon deshalb nicht zu denken,
weil das industriell aufstrebende und nach der ökonomischen
Ausbarmung Koreas sicher noch rapider sich entwickelnde
Japan dem deutschen Handel eine platterdings nicht zu
schlagende Konkurrenz bereitet und für alle Zukunft bereiten
wird. So besteht der Wert unserer ostasiatischen Kolonie
schließlich nur in der „Sommerfrische“, zu der nach der offi-
ziellen Deutschschrift Kiautschou gemacht worden ist. Um das
Erholungsbedürfnis der in Ostasien befindlichen Europäer zu
befriedigen, sollte man doch aber nicht jährlich Duzende von
Millionen für die Kolonie zum Fenster hinauswerfen, nament-
lich nicht zu einer Zeit, wo der Finanzsekretär des Deutschen
Reiches sich im Schweiße seines Angesichts abmüht, zur
Deckung des immer größer werdenden Reichsdefizits neue
Steuerprojekte auszupfeifen.

Die Lösung für das deutsche Volk muß also lauten:
Nieder mit unserer abenteuerlichen Kolonial-
politik, fort aus Ostasien!

Carl of Lansdowne über das Abkommen.

Minister des Äußern Carl of Lansdowne hat
in einem Schreiben vom 6. September, welches gleichzeitig mit dem
Vertrage veröffentlicht worden ist, den englischen Vorkämpfer in Peters-
burg Hardinge angewiesen, den Text des Abkommens zur Kenntnis
der russischen Regierung zu bringen. Lansdowne spricht in diesem
Schreiben die Hoffnung aus, daß die russische Regierung an-
erkennen werde, daß das neue Abkommen eine inter-
nationale Übereinkunft sei, gegen welche die in den
Angelegenheiten des fernöstlichen Orients interessierten
Mächte keine Einwendungen machen können, und
weist besonders auf die in der Einleitung erwähnten Ziele, welche
für die Politik der vertragschließenden Parteien bestimmend gewesen
seien, hin. Die britische Regierung glaube, daß sie in dem Ver-
stehen, den Frieden in Ostasien, die völlige Unabhängigkeit Chinas
und das Prinzip gleicher Berechtigung des Handels für alle Völker
aufrechtzuerhalten, auf das Wohlwollen und die Unter-
stützung aller Mächte rechnen könne. Andererseits seien
die Interessen der vertragschließenden Parteien solche, auf welchen
zu bestehen sie vollauf berechtigt seien, und die Erklärung, daß
diese Interessen gewahrt werden müssen, können keinerlei Ueber-
retzung hervorrufen und solle keinerlei Besorgnis er-
regen. Ferner wird in dem Schreiben besonders darauf hin-
gewiesen, daß in der Fassung des Artikels 2 ausdrücklich gesagt ist,
daß nur im Falle eines nicht provokierten Angriffs
auf eine der vertragschließenden Mächte durch eine andere Macht
oder andere Mächte, und wenn diese Partei territoriale Rechte und
besondere Interessen gegen ein aggressives Vorgehen verteidigt,
die andere Partei verpflichtet ist, ihr zu Hilfe zu kommen. Ferner
wird Artikel 3 hervorgehoben und besonderes Gewicht auf die
Stellung Japans in Korea gelegt. Endlich führt Lansdowne in dem
Schriftstück aus, die britische Regierung glaube annehmen zu
dürfen, daß dieses Bündnis, welches mit ausschließlich fried-
lichen Zielen und zum Schutze von Rechten und Interessen, deren
Gültigkeit unanfechtbar sei, abgeschlossen worden sei, die Willig-
keit der russischen Regierung finden werde. Die
britische Regierung sei berechtigt zu glauben, daß der Abschluß
dieses Bündnisses nicht ohne Einfluß auf die Er-
möglichung des Abkommens gewesen sei, durch
welches der Krieg so glücklich beendet worden sei,
und vertraue fest darauf, daß es auf viele Jahre hinaus
den Frieden der Welt in den Gegenden, welche in
seinem Wirkungskreis liegen, sichern werde.

Urteil eines japanischen Diplomaten.

London, 27. September. Der japanische Gesandte
Wakamiya erklärte einem Vertreter des Reuterschen
Bureaus: Der neue englisch-japanische Vertrag bildet einen wirk-
samen Schutz gegen einen neuen Krieg in Ost-
asien, und das ist sein Zweck. Wir werden nicht sagen können,
daß ein dauernder Friede gesichert ist, aber wir werden sagen
können, daß für lange Jahre Ruhe sicher ist. Ueberall soll
man wohl verstehen, daß der Vertrag in keiner Weise
eine Drohung bilden soll.

Die Gegner über den Parteitag.

(Schluß aus Nr. 225 und 226.)

Das Blatt des Kanzlers.

Seit etwa Jahresfrist hat die „Norddeutsche Allgem.
Zeitung“ den Auftrag, den Vorgängen in der Sozialdemokratie
ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Seitdem erfahren wir
allwöchentlich aus einem ausgedehnten Rückblickartikel des Blattes,
wie in den offiziellen Kreisen über die Sozialdemokratie gedacht
wird. Leider ist die Aufmerksamkeit, die man unserer Partei
widmet, nur eine quantitative geworden, qualitativ ist die Leistung
äußerst mäßig geblieben. Das beweist das Regierungsorgan auch
in seiner Besprechung des Jenaer Parteitages.

Bittere Klage führt die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß der Parteitag
die nach ihrer Ansicht wichtigsten Fragen der Öffentlichkeit ent-
zogen habe:

„Zunächst darf man der Sozialdemokratie das Kompliment
nicht vorenthalten, daß sie jetzt ihr diplomatisches Talent entbedt
zu haben scheint, denn die Art, wie die der Lösung durch den
Parteitag harrenden Schwierigkeiten mit tagespolitisch-mäßiger Ge-
schwindigkeit hinweggeklammert worden sind, hätte wirklich etwas
Impassantes, wenn die Anwendung solcher gehobenen Klänge seitens
einer Partei, die sich auf die unbedingte Öffentlichkeit ihres Vor-
gehens nicht genug zu gute zu tun weiß, nicht doch stark ver-
wundern müßte.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ führt dann aus, daß man die Organisationsfrage und die Streitigkeiten der Presseorgane in Kommissionen vertragen und den Parteien in die Lage versetzt habe, „nur noch Ja und Amen zu dem Ergebnis der Kommissionsberatung sagen zu können“. Nachdem man so, ruft sie enttäuscht, die internen Streitigkeiten, ohne daß die Öffentlichkeit davon erfährt, sein lächerlich unter sich abgemacht, steht näher die Einigkeit der Partei natürlich in glänzendem Lichte da.“ Es sei, sagt sie weiter, ein trauriges Armutszeugnis für die Partei, daß sie ihre eigenen, bei so vielen Gelegenheiten mit Enthusiasmus verkündeten Grundsätze auf diese Weise verleugnen muß. Wir begreifen die Bestimmung des Regierungsorgans, daß sie und ihr Gebieter im Reichskanzlerpalais nicht dasjenige aus dem Parteitag zu schöpfen vermögen, was sie gewünscht und erwartet hatten und was der politischen Oberflächlichkeit Anlaß zu billigen Scheintriumphen geben kann. Die begriffliche Bestimmung sollte jedoch die Wahrheit nicht allzusehr verlegen. Unwahr sind die Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ bezüglich des Organisationsstatuts, das nach gründlicher Vorbereitung auf dem Parteitag in Jena und reichlicher Besprechung in der Presse, in der vor aller Öffentlichkeit alles gesagt worden ist, was jemand zu sagen auf dem Herzen hatte, auch in Jena nochmals mehr als einen ganzen Sitzungstag lang erörtert worden ist. Es gab da nicht das mindeste zu verbergen, aber es ist praktisch unbrauchbar, ein Organisationsstatut mit der Fülle der Anträge, die dazu vorlagen, in einer Plenarversammlung von fast vierhundert Menschen in allen Einzelheiten sachgemäß zu erledigen. Nicht anders lag es auch mit den Pressestreitigkeiten, deren Ausnutzung das offiziöse Blatt in besonderer Maße erhofft hatte. Wie wir bereits ausgeführt haben, gab es auch in dieser Hinsicht nichts zu verheimlichen; aber es wäre unmöglich gewesen, die Debatte auf die wichtigsten Einzelfragen, die in Betracht kamen, zu konzentrieren. Wenn dann die Fünfzehner-Kommission eine so glückliche Lösung der Angelegenheit fand, daß niemand auf dem Parteitage Reue empfand, weiter darüber zu debattieren, so mag das die „Nordd. Allg. Ztg.“ verdrießen, bedeutet aber keineswegs die Verleugnung früher verkündeter Grundsätze; tatsächlich haben unsere Parteitage schon häufig ähnliche Angelegenheiten in Kommissionen beraten und vorbereiten lassen.

In der Sache selbst würdigt die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Parteitag als einen „vollständigen Sieg der radikalen Richtung“. Dies spreche sich am deutlichsten in der einstimmigen Annahme der Resolution Höcher zur Weiser aus und ebenso in der Resolution zum Massenstreik. Mit der letzten Entschiedenheit des Parteitages sucht das Völkchen sich also abzufinden:

„Die Annahme dieser Resolution, die jenen „Genossen“ so scharf desaboniert, der seinerzeit den Generalstreik als Generalanlauf erklärte, legt aufs neue den revolutionären Charakter der Partei fest. Revolutionär ist aber dieser Charakter vorerst nur in den Worten, in der Theorie, die Weibliche Resolution hat nicht die Bedeutung einer Tat, sondern einer Drohung, von der aber sehr fraglich ist, ob sie ihren Zweck erfüllt, da allzu deutlich ist, daß die Sozialdemokratie nicht gewillt, vor allem aber nicht im Stande ist, diese Drohung auszuführen. Mit einem gewissen Wohlgefalle meinte Weibel in seinem Schlußwort, noch auf keinem Parteitag sei man so blutrünstig gewesen. Also gab es auch Genossen, die in ihrem simplen Latendentalismus die Revolution mit dem Barrikadenkampf verwechselten, das aber lehnt Weibel mit milder Vornehmheit ab; revolutionär sei die Sozialdemokratie in den Zielen, nicht in den Mitteln, sie sei gewillt, die Verantwortung für die Gewalt zu tragen die Gegner. Diese Erklärung ist wieder bezeichnend für den alten Draufgänger. Denn, wenn etwas, so ist doch gewiß der Massenstreik ein revolutionäres Mittel. Wenn Weibel also offen hätte reden wollen, so hätte er sagen müssen, wir sind zwar nicht Revolutionäre der Tat, aber wir lieben es, mit dem Gedanken des revolutionären Massenstreiks zu spielen, um den eigenen Reiz zu machen und ihnen eine papierene Anweisung auf eine bessere Zukunft zu geben, den Gegnern aber Zurath einzujagen. Die Rede Weibels trägt diesmal ganz besonders den Charakter einer agitatorischen Brandrede. Widerspruchsvoll in sich, wie sie ist, hält sie der nüchternen Betrachtung in keinem ihrer wesentlichen Punkte stand, wie sie denn in der Debatte gleich nachher durch den Rechtsanwalt Heine jämmerlich zerstückt worden ist. Auch sonst schon hat Weibel immer den Mangel an Logik durch den Ueberfluth an Temperament zu ersetzen gesucht. Diesmal aber war seine Rede mit bewusster Absicht darauf angelegt, das revolutionäre Feuer in den Gemüthern zu entflammen und die unklare Gärung der Arbeitermassen zu befördern. Zu welchen bitteren Konsequenzen das führen kann, ist Weibel und seinem Anhang auf dem Parteitag selber von nüchternen denkenden Genossen mit allem Ernst zu Gemüthe geführt worden. Dieser Versuch, die Massen zu berauschen durch Bilder von Katastrophen, die eintreten können, man weiß nicht wann, von einem Massenstreik, der irgend einmal in der Zukunft bevorsteht, verfolgt seinen bestimmten Zweck. Die Partei soll im Feuer radikaler Phrasen und eines revolutionären Scheinempirismus zusammengekniet und die revisionistischen Ansätze tollends zerstückt werden. Nach dieser Richtung hat der Parteitag allerdings ein Resultat ergeben, mit dem man sich rechnen muß.“

Es ist fast erheiternd, wie toll es in den Hirnen unserer Gegner durcheinanderwirbelt, sobald sie die Handlungen der Sozialdemokratie zu beurteilen suchen. Der „alte Draufgänger“ Weibel, welche merkwürdige Politik betreibt er: er ist sehr radikal und revolutionär und dann wieder lehnt er milde bei Gewalt ab; er bekundet den revolutionären Charakter der Partei schärfer denn je und dann wieder hat er nicht offen genug geredet; er hält eine agitatorische Brandrede, die jämmerlich zerstückt wurde, die aber von dem ganzen Parteitag und der deutschen Arbeiterklasse jubelnd als das rechte Wort zu rechter Zeit begrüßt wird; er erfindet den Massenstreik als radikale Phrase, um die Partei zusammenzuknieten, und keineswegs meint er es ernst mit dieser Phrase, aber die Masse ist so lächerlich dumm, daß sie sich auf von dieser Phrase berauschen läßt. Alles, was wir tun, ist widerspruchsvoll, unlogisch, unfähig und doch endet es mit einem Ergebnis, „mit dem man allerdings nicht rechnen muß.“ Solch unsägliches Kunterbunt berichtet das Regierungsblatt, um nur ja nicht den sonnenklaren Zustand zu sehen, um ihn erst recht zu verdunkeln. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ deutet kaum mit einem Wort an, um was es sich überhaupt in der Frage des politischen Massenstreiks handelt, aus welchen Ursachen die Frage entstanden und brennend geworden ist. Sie redet allerlei Durcheinander von Radikalisierung der Sozialdemokratie, von Brandreden, von Zerstörung der revisionistischen Ansätze, aber sie sagt nichts von der Gestaltung der politischen Zustände Deutschlands, nichts von der Entrechtung des Volkes in verschiedenen Bundesstaaten unter wohlwollender Duldung der maßgebenden Berliner Kreise, nichts von der schweren Entwicklung des einzigen politischen Rechts, das eine geordnete Entwicklung garantieren kann. Die Diplomaten unter unseren Gegnern lieben es nicht, von diesen Dingen zu reden. Dann müßten sie schließlich offen bekennen, was sie wollen, und hierdurch würde die Nation vorzeitig gewarnt und erregt. Sie schleichen in dunkeln und warten vorsichtig, bis die Gelegenheit günstig wird, die letzten Vollrechte zu beseitigen, die Entwicklung zur Freiheit und sozialen Gerechtigkeit zu versperren, die Herrschaft der Junkerei und des Kapitalismus zu bereinigen. Weil sie von alledem nicht reden wollen, so müssen sie die Mäßigung der Arbeiterklasse gegen diese Gefahren in allerlei Schmähungen als unsinnig und als Phrasenradikalismus zu verdächtigen trachten.

Für den Völkischen Reichstagsbedarf mag die politische Weisheit der „Norddeutschen Allgemeinen“ hinreichend vorgearbeitet haben. Die sozialistische Aktion der deutschen Arbeiterklasse geht über diese Dürftigkeiten und Unzulänglichkeiten offiziösen Politbetriebes zu ihrer Tagesordnung über.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. September.

Ungeschützte und geschützte Ausländer.

Der skandalöse Fall *Nieuwenhuis* hat nunmehr vorläufig seine Erledigung gefunden. Am 11. d. M. bereits verhaftet, ist er, wie aus Köln telegraphiert wird, vom dortigen Schöffengericht wegen Uebertretung des Ausweisungsbefehles vom 29. November 1890 zu fünf Tagen Haft verurteilt worden, die als durch die Untersuchungs-haft verbüßt erklärt wurden. *Nieuwenhuis*, der angab, er habe geglaubt, wieder berechtigt zu sein, nach Deutschland zu kommen, nachdem er wiederholt unbehelligt zurückgekehrt sei, wurde sofort freigelassen.

Der Fall *Nieuwenhuis* ist wiederum ein treffliches Beispiel für die völlige Rechtslosigkeit im Deutschen Reich. Dasselbe Deutschland, das Panzerschiffe und Soldaten auswendet, wenn in China oder Venezuela einem Deutschen ein Härchen gekrümmt wird, stellt Ausländer in Deutschland unter das Recht der Vogelfreiheit.

Freilich nicht alle Ausländer werden im Deutschen Reich derart mißhandelt. Während ausländische Fremde, die nichts verbrochen haben, alle Tünden politischer Willkür zu kosten haben, werden russische Spitzel mit allen Ehren und allen Würden im Deutschen Reich aufgenommen, und die deutsche Gastfreundschaft für diese Gallunken geht sogar so weit, daß diese Edlen des Jarismus sich anmahnen, ihrerseits die deutsche Polizei kommandieren zu können.

Am letzten Sonntag veröffentlichten wir eine Warnung vor einem Ruffen, von dem anzunehmen sei, daß er im Dienste der Petersburger Regierung stehe und seine Landesküste hier ausspioniere. Dieser Sanders, Limberg oder Photograph *Simson* kam nun, wie dem „V. Z.“ geschrieben wird, zu einem hiesigen russischen Schriftsteller und behauptete, er habe die Notiz im „Vorwärts“ veranlaßt. Zugleich drohte er, er werde nunmehr dafür sorgen, daß dieser sein Landsmann binnen drei Tagen von der preussischen Polizei ausgewiesen werde. Bei dieser Drohung blieb Sanders-Limberg-Simson, obgleich der heimgesuchte Schriftsteller, um sich keinen Scheerereien anzusetzen, der Wahrheit gemäß nachdrücklich erklärte, er habe mit jener „Vorwärts“-Notiz nicht das geringste zu tun.

Wird nun der Staatsanwalt sich dieses gemeingefährlichen Durschen annehmen, der zum mindesten die preussische Polizei durch jene Drohung aufs schwerste beleidigt hat? Denn gibt es eine frechere Verhöhnung der preussischen Behörde als die Behauptung, er könne nach Belieben ihre Maßnahmen beeinflussen? Oder sind bereits russische Spitzel die Herren Deutschlands?

Sicher ist, das Gefindel weiß Deutschland nicht aus. Diese Repräsentanten des russischen Erbfeindes schänt es väterlich, das sind die einzigen Fremden, die in Deutschland nichts zu fürchten haben. Auch sie stehen allerdings außerhalb des Rechts, aber nur insofern, als die Strafgesetzbuch-Paragrafen ihnen zu Liebe außer Kurs gesetzt werden.

Die österreichisch-ungarische Krise.

Wien, 27. September. (Abgeordnetenhaus). In fortgesetzter Debatte über die Regierungserklärung bezeichnet Abgeordneter *Lecher* (deutsche Fortschrittspartei) das von dem Ministerpräsidenten gestern entwickelte Arbeitsprogramm als ebenso mager wie das handelspolitische. Er vermißt insbesondere eine Äußerung über den Zusammenhang zwischen der ungelösten Frage der Zollgemeinschaft mit Ungarn und den Handelsverträgen mit dem Auslande, bemerkt sodann, der Ministerpräsident habe alles, was über seine Einmennung betreffend die ungarische Wahlrechtsfrage verlaute, gestern bestätigt und bezeichnet den der Krone gegebenen Rath, an Stelle der gegenwärtigen Abelsrepublik in Ungarn ein Staatsleben auf moderner Grundlage einzurichten, als patriotisch. Die Behandlung der ungarischen Koalitionsführer am letzten Sonnabend entspreche weder der Würde der von ihnen vertretenen Sache noch der Würde der Abgeordneten. Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärt *Lecher*, er besorge, daß bei der im Sonnabendprogramm der Krone in Aussicht genommenen Revision auf der Basis von 1867 durch beiderseitige Parlamentsdeputation für Oesterreich bei seiner nationalen Zersplitterung, seiner schwachen Reamtenregierung und seinem schwachen Parlament kein Erfolg erzieltbar sein werde.

Abg. Bernerstorfer (Soz.) kritisiert das Programm des Ministerpräsidenten, der in Bezug auf die bestehende Staatskrise keinen einzigen schöpferischen Gedanken hervorgebracht habe. *Fhr. v. Gautsch*, der immer die Interessen der Dynastie in den Vordergrund stelle, habe durch sein Eintreten gegen das allgemeine Wahlrecht, das er abzuleugnen bemüht sei, die Arbeiterschaft gegen die Dynastie aufgehetzt. Der Ministerpräsident treibe auf diese Weise Katastrophepolitik im schlimmsten Sinne. Pflicht aller bürgerlichen Parteien wäre es, gemeinsam mit den Sozialdemokraten gegen die Privilegien des Adels den Kampf zu führen. Der Ministerpräsident habe dadurch, daß er das allgemeine Wahlrecht als Gefahr für den Staat bezeichnete, die Arbeiterschaft verhöhnt und habe sich als Diener des Merkantilismus beeinflussen lassen; er möge sich hüten, daß nicht der in Rußland währende revolutionäre Brand auch auf Oesterreich übergreife. Die Arbeiter könnten eines Tages rufen: fort mit der Dynastie, fort mit allen volksfeindlichen Elementen! *Redner* schließt: *Freiherr v. Gautsch* ist unser geschworener Feind, deshalb rufen wir: fort mit *Gautsch*!

Sylvia Taranca (böhmischer Großgrundbesitzer) erklärt, seine Partei sehe unentwegt auf dem Standpunkt der Einheit und Untrennbarkeit der Monarchie, sie sei jederzeit bereit, für die Aufrechterhaltung und den Schutz der gemeinsamen Institutionen zum Heile des Gesamtstaates einzutreten. Wir begreifen die Wachsamkeit und Entschiedenheit, welche aus den Erklärungen des Ministerpräsidenten spricht, sowie dessen Absicht, vor allen Dingen den Boden der strengsten Verfassungsmäßigkeit nicht verlassen zu wollen. Wir begrüßen ferner in ehrsüchtiger Dankbarkeit die Kundgebung der Krone, daß bezüglich der militärischen Kommando- und Dienstsprache eine Nachgiebigkeit ausgeschlossen ist und bleibt, daß die Grundlagen der pragmatischen Gemeinschaft vollkommen unberührt bleiben müssen, daß die Revision auf der 67er Basis, welche dem von den Schöpfern beabsichtigten Zwecke nicht genügt, in Aussicht genommen werden kann. Wir glauben, daß eine Neuregelung der staatsrechtlichen Form für die Einheit aller pragmatisch unter dem Szepter des habsburgischen Herrscherhauses vereinigten Königreiche und Länder nur unter Mitwirkung aller beteiligten Faktoren wird gesucht und gefunden werden müssen. (Lebhafte Beifall.)

In der Debatte beteiligten sich noch die Abgeordneten *Dr. Dfner* und *Dr. Tavec*, worauf die Debatte abgebrochen wurde. Nächste Sitzung morgen.

Deutsches Reich.

Der gekränkte Vorkriegsreim. Wir wiesen vorgestern in unserer Notiz über den Parteitag der freimüthigen Volkspartei auf den nicht uninteressanten Umstand hin, daß die Volkspartei zwar sich genügt erklärte, mit der freimüthigen Vereinigung ein freundschaftliches Verhältnis einzugehen, entschied aber die aus den Kreisen der Partei heraus ergangene Anregung ablehnte, auch die „nationalsozialen Elemente“ aus dem glücklichen Bunde des Familienbündnisses mit anzuschließen. Das war deshalb beachtenswert, weil die Nationalsozialen ja gar nicht mehr als Partei existieren, sondern eben in derselben freimüthigen Vereinigung aufgegangen sind, mit der man ein freundschaftliches Verhältnis unterhalten will. Wir führten diese Abneigung gegen die Nationalsozialen darauf zurück, daß sie sozialpolitisch ein wenig über die Volkspartei hinausgewachsen sind. Wir hätten noch erwidern können, daß es dem eigentlichen Führer der freimüthigen Vereinigung, Herrn *W. A. H.*, nicht besser ergangen ist als Raumann, so daß also das freundschaftliche Verhältnis mit der freimüthigen Vereinigung darin besteht, daß man den eigentlichen Führern den schärfsten Kampf proklamirt.

Die „Freie Deutsche Presse“ erzählt ihren Lesern nun, daß wir uns der Nationalsozialen „angenommen“ hätten und daß, weil wir vom Vorkriegsreim gesprochen haben, wir an Antisemitismus das Völkchen übertröffen hätten.

Die Volkspartei, die im Reichstag auf Judenreinheit sieht, leidet allerdings an Antisemitismus alles erdenkliche, wenn sie die Völkchen geradezu für eine jüdische Angelegenheit erklärt und jeden Angriff auf die Völkchen als Antisemitismus ansieht. Die „Freie Deutsche Presse“ fühlt sich offenbar so „geistesüberwandt“, mit der Völkchen, daß sie jede Bemerkung über den kapitalistischen Vorkriegsreim nicht nur als rachsüchtige Klagen, sondern auch als einschneidende Klassenkampf empfindet. Im übrigen ändern die wie üblich grundverlogenen Bemerkungen der „Freien Deutschen Presse“ nichts an unserem Hinweis, daß die freimüthige Volkspartei eben nur insofern sich zum Familienbündnis bekennt, als sie alles ablehnt, was Merkantilismus ist.

Inzwischen wendet sich der Vorkriegsreim des Wahlvereins der Liberalen Schrader gegen den, wie man zugeben muß, in der Geschichte der Parteien noch nicht ererbten Versuch, eine fremde Partei der anderen vorkreuzt, welche Führer ihr gestaltet seien. Schrader erklärt sich solidarisch mit Raumann. Er bezeichnet den Beschluß der Nationalsozialen als „unverständlich“, „da die nationalsozialen Partei sich vor jetzt zwei Jahren aufgelöst hat, und ihre Vereins- und Einzelmitglieder nahezu vollständig dem Wahlverein der Liberalen beigetreten sind. Seit dieser Zeit haben sie selbst und ihre vormaligen Parteigenossen loyal und treu im Rahmen unserer Organisation an den Aufgaben des entschiedenen Liberalismus thätigen Anteil genommen und eine so enge Arbeitsgemeinschaft herbeiführen helfen, daß bereits auf der letzten Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen ein Unterschied zwischen altliberalen und ehemaligen nationalsozialen Mitgliedern in allen sachlichen Fragen nicht mehr zu erkennen war. Bei dieser Lage halte ich es für ausgeschlossen, daß der Beschluß der Wiesbadener Versammlung eine Störung unserer Geistes- und Arbeitsgemeinschaft bewirken könnte. Wir werden vielmehr in Zukunft wie bisher allen Angriffen gemeinsam entgegenzutreten und durch die Tat beweisen, daß wir keinen Unterschied zwischen altliberalen und ehemaligen nationalsozialen Mitgliedern des Wahlvereins der Liberalen machen.“

Ohne uns dieser „entwischenen“ Liberalen etwa annehmen zu wollen, müssen wir doch wieder auf die alte Tatsache aufmerksam machen, daß die freimüthige Volkspartei so ziemlich die schäblichste Parteibildung ist, die jemals existirt hat.

Geburtsanzeige eines Gesetzgebers. In das Herrenhaus berufen ist durch königlichen Erlaß vom 17. September Friedrich Wilhelm Rüst zu Hensburg und Wüdingen in Wüdingenbach auf Grund erblichen Rechts als Nachfolger seines am 5. Juni 1903 verstorbenen Vaters, des Fürsten Ferdinand Maximilian zu Hensburg und Wüdingen, in dem Besitze des ehemals reichsunmittelbaren Amtes Wüdingenbach und Anteil an Rüdigen.

Die Kaserne.

Von Ende Juni bis Ende September 1905 wurde die gerichtliche Aburteilung von 40 Soldatenmüßhandlern bekannt, wobei zu bedenken ist, daß während der Manöver die Militärgerichte nur ausnahmsweise Sitzungen abhalten. An Strafen wurden ausgesprochen 11 Jahre 3 Monate 21 Tage Gefängnis, 11 Monate 15 Tage mittlerer Arrest, 3 Monate 7 Tage gelinder Arrest, 1 Monat 28 Tage Stubenarrest, 6 Degradationen. Im ganzen 12 Jahre 8 Monate 11 Tage Freiheitsentzug. Auf Preußen treffen 10 Jahre Gefängnis, 7 Monate 16 Tage mittlerer Arrest, 2 Monate 11 Tage gelinder Arrest, 12 Tage Stubenarrest, 5 Degradationen (27 Vorgesetzte, darunter 1 Offizier); auf Bayern 28 Tage mittlerer Arrest, 26 Tage gelinder Arrest, 22 Tage Stubenarrest (6 Vorgesetzte, darunter 2 Offiziere); auf Sachsen 1 Jahr 3 Monate 21 Tage Gefängnis, 3 Monate 1 Tag mittlerer Arrest, 24 Tage Stubenarrest, 1 Degradation (6 Vorgesetzte, darunter 1 Offizier und 1 Mann des 2. Jahrganges).

Die bestraften Offiziere sind: Hauptmann Alfred Böning vom preussischen Infanterie-Regiment Nr. 48 mit 12 Tagen Stubenarrest, Major Max Huber vom bayerischen 15. Infanterie-Regiment mit 14 Tagen Stubenarrest, Oberleutnant Karl Hermann von der 1. bayerischen Maschinengewehr-Abteilung mit 5 Tagen Stubenarrest und Hauptmann *Fhr. v. Hodenberg* vom sächsischen Schützen-Regiment Nr. 108 mit 24 Tagen Stubenarrest. Der letztgenannte hat Unteroffiziere schwer beleidigt. Wäre es nicht gerichtlich festgestellt, so würde es niemand glauben, daß sich unter vier wegen Soldatenmüßhandlung verurteilten Offizieren ein Major und zwei Hauptleute befinden. Der bayerische Major wird voraussichtlich nicht mehr lang aktiv sein. Vielleicht wird er nach seiner Pensionierung in Preußen wieder angestellt werden. Hier nimmt man ja Offiziere, obgleich sie in Süddeutschland wegen Soldatengulerei aus der aktiven Armee entfernt wurden, freudig auf. Siehe den Fall Haupt. Trogden aber herrscht im preussischen Kriegsministerium die allergrößte Sehnsucht nach der Ausrottung der Soldatenmüßhandlungen. Zu dem früher von uns behandelten Fall Haupt müssen wir uns bei dieser Gelegenheit eine Frage stellen. Wie ist die Wiederanstellung des Leutnants, der unter anderem wegen 59 Müßhandlungen bestraft worden war, mit der Kabinettsorder, wonach selbst mit Unteroffizieren, die wegen Müßhandlung von Untergeordneten verurteilt wurden, nicht mehr kapitalisiert werden darf, vereinbar?

Das brandsüchtige Kohlenhändl.

Zu den gestern schon behandelten Vorgängen vor dem Secamt in Hensburg wird uns aus seemännischen Kreisen geschrieben: Die Praktiken des Kohlenhändlens, die in der Verhandlung vor dem Secamt in Hensburg ans Licht gezogen worden sind, verdienen weit schärfere Kritik und erfordern ein ganz anderes Eingreifen der Staatsbehörden, als durch den bloßen Zeugniszwang. Das Gesetz betreffend die Untersuchung von Seeunfällen verpflichtet die Secämter, die Ursache eines Unfalls und insbesondere ein etwaiges Verschulden festzustellen. Ausdrücklich wird in § 4 Nr. 5 des Gesetzes vorgeschrieben, daß festgestellt werden soll, ob Mängel in der Beladung eines Schiffes den Unfall veranlassen haben. Daß das hier zutrifft, geht aus dem durch die Verhandlung schon festgestellten Hinreichend hervor, und es ist nicht so wesentlich, daß auch noch festgestellt wird, welche 20 Töcher die Kohlen geliefert haben, die sich auf der See ereife selbst entzündeten. Da die Kohlen, die für die russische Ostflotte geliefert worden sind, nach den Prüfungen vor dem Secamt durch die Vaul zur Entzündung neigende, für die Verschiffung gefährliche waren, dies aber den Besatz und auch dem Syndikat bekannt gewesen sein muß, —

man hat offenbar die Gelegenheit benutzt, schlechte Kohlen abzuschleichen — so ist das Seeamt in Flensburg verpflichtet, von Amts wegen die Akten an die Staatsanwaltschaft abzugeben und eine Untersuchung gegen das Kohlenyndikat zu veranlassen, das schamlos genug gewesen ist, für seinen Profit das Leben von Hunderten von Seeleuten aufs Schwerste zu gefährden.

Man kann unter diesen Umständen den Vertretern des Kohlenyndikats zugestehen, daß sie einen gesetzlichen Grund zur Verweigerung des Zeugnisses haben; denn nach § 54 der Strafprozessordnung kann man die Aussage verweigern auf Fragen, durch deren Beantwortung man sich strafrechtlicher Verfolgung aussetzt. Diesen berechtigten Grund hat ja freilich der Syndikatsvertreter nicht angegeben, als er sich weigerte, die zwanzig Zeichen zu nennen, welche die Kohlen geliefert haben, sondern einen sehr lächerlichen Vorwand. Er scheute sich nicht bei den Haaren die „nationalen Interessen“ herbeizuziehen: diese erfordern nach der Ansicht des Syndikatsvertreters, daß die ausländische Konkurrenz des Kohlenyndikats von dem verbrecherischen Verfahren bei der Beladung der Kohlendampfer der russischen Dampferflotte nicht unterrichtet werde. Die Verschweigung der einzelnen Zeichen gegenüber der ausländischen Konkurrenz ist um so gleichgültiger, als das Ausland ja nicht mit diesen Zeichen, sondern mit dem Syndikat verkehrt und konkurriert. Aber nicht die Rücksicht auf die Konkurrenz, sondern die Absicht, das fremde Auktariat des Kohlenyndikats auf das Leben deutscher Seeleute zu vertuschen, veranlaßt die Schweigsamkeit des Syndikats. Nicht durch ein Zeugniszwangsverfahren vor dem Seeamt, das höchstens 300 Mark Geldstrafe verhängen kann, sondern durch eine gerichtliche Untersuchung gegen das Syndikat und die schuldigen Zeichen muß diese skandalöse Angelegenheit aufgeklärt werden.

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Manifest der ungarischen Koalition.

Die koalitierten Parteien haben ein Manifest erlassen, in dem sie in Erwiderung auf das von dem König vorgelegte Programm erklären, daß einige Punkte desselben mit der Verfassung nicht übereinstimmen. Namentlich wird von der Erklärung des Königs, daß bezüglich der Kommandosprache Konzessionen aus geschlossen seien und bleiben, gesagt, daß diese Erklärung das Selbstbestimmungsrecht der Nation tatsächlich ausheben oder doch ohne geschliche Grundlage verstümmeln würde. Die Blätter bezeichnen die getrigenen Erklärungen des österreichischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Gautsch als eine unbefugte Einmischung in innere ungarische Angelegenheiten, welche er, wenn auch mit allerlei Verkaufserklärungen, zugehandelt habe.

Afien.

Zur Lage in Japan.

Der „Matin“ berichtet aus Tokio: Der Kaiser beschäftigt sich persönlich mit dem Memorandum, welches ihm unterbreitet worden ist und in dem verlangt wird, daß er die Ratifizierung des Friedensvertrages nicht vornehme. Die Zahl der diesbezüglichen Petitionen beläuft sich auf circa 100. Die Hauptführer des Volkes suchen die Ratifizierung des Friedensvertrages zu verhindern. — Die Zeitung „Asahi“ ist nach zweimonatlichem Verbot wieder erschienen. — Baron Komura wird nun bestimmt am Mittwoch die Heimreise antreten.

Tokio, 26. September. Die Anklagen, welche seitens der Russen gegen die Japaner erhoben worden sind, betreffend Mord und Plünderung auf Sachalin werden japanischerseits als vollständig grundlos bezeichnet.

Die Revolution in Rußland.

Der Moskauer Semstwo-Kongreß.

Moskau, 26. September. (Petersb. Telegr.-Agentur.) Die heutige Sitzung der Vertreter der Semstvos und der Städte befaßte sich ausschließlich mit dem politischen Programm für den kommenden Wahlschritt. Das Programm bestimmt, daß die Vertreter der Semstvos und der Städte folgendes zu vermittelnden suchen sollen: Die obligatorische Gleichheit für Bürger und Vertreter der öffentlichen Gewalt, die in gleicher Weise vor den gemeinen Gerichten oerantwortlich sein sollen, ferner die Anerkennung der unbedingten Gleichheit der persönlichen Rechte aller Bürger des Reiches sowie der Gleichheit der Rechte der Bauern mit denen aller anderen Klassen. Andere Programmpunkte sind: Die Befreiung der ländlichen Bevölkerung von der administrativen Bevormundung, die unaufschiebbare Forderung der Unverletzbarkeit der Person und des Wohnsitzes, die Freiheit des Gewissens, der Presse, des Wortes und der Versammlungen, die Abschaffung der Pässe, die Organisation einer Volksvertretung, die an der gesetzgeberischen Gewalt und an der Aufstellung des Staatsbudgets beteiligt ist und Kontrolle über die Gesetzlichkeit und Nichtigkeit der höheren und niederen Verwaltungsakte. Das Programm enthält ferner das Prinzip der Organisation einer universellen russischen Vertretung ohne Klassenunterschied. Die Sitzung befaßte sich zum Schluß mit den Wahlrechten der Frauen, ohne jedoch zu einem endgültigen Ergebnis zu gelangen. Bisher haben sich von 200 Abstimmenden 165 für dieses Programm erklärt.

Bei der weiteren Beratung trat der Semstwo-Kongreß für die völlige Trennung der Justiz von der Verwaltung, für die Unabsehbarkeit der Richter und die Wiederherstellung des Wahlrechtsinstituts ein, ferner für die ausnahmslose Anwendung des Geschworenengerichts, die Abschaffung der Todesstrafe, die Aufhebung der administrativen Bestrafung, des verstärkten Schutzes und des Kriegszustandes, sowie für die Erteilung einer Amnestie für Verurteilte.

Der Antrag, einen Aufruf an die Bevölkerung zu richten, sowie den Frauen das Wahlrecht zu erteilen, wurde abgelehnt.

Die Bewegung auf den Hochschulen.

Dem „Tag“ wird aus Petersburg telegraphiert: Der Unterricht an den russischen Hochschulen hat immer noch nicht wieder begonnen. Ueberall werden große Studentenmeetings abgehalten. An der hiesigen Universität fand eine Studentenversammlung statt, an der 2000 Studenten teilnahmen. Mit 1700 Stimmen wurde folgende Resolution beschlossen: 1. Die Verkündung neuer Studentenstreiks soll bis zu dem Zeitpunkt aufgeschoben werden, der aus Erwägungen revolutionärer Taktik dazu geeignet erscheint wird; 2. ausschließlich in diesem Sinne soll die Universität wieder eröffnet werden, also namentlich um die Entfaltung der großen vorbereitenden Arbeit für den herannahenden entscheidenden Kampf innerhalb wie außerhalb der Universität zu ermöglichen; 3. alle Mittel zur Verstärkung der revolutionären Taktik der Studentenschaft sollen angewendet werden, insbesondere sollen allgemeine Volksmeetings veranstaltet sowie die Organisation einer akademischen Legion in Angriff genommen werden, als eines Truppenteils, der sich an die Armee anschließt, die für Volksfreiheit und Befreiung der Arbeiterklasse kämpft.

Konstitutionelle und Revolutionäre.

Aus Petersburg wird der „Russ. Corresp.“ geschrieben:

In dem Bestreben, eine Vereinigung der gesamten oppositionellen Elemente herbeizuführen, ist hier gerade jetzt eine „Liga für das allgemeine Wahlrecht“ in das Leben gerufen worden.

Das Programm dieser Liga ist das folgende: „Die Liga für das allgemeine Wahlrecht“ bezweckt die Vereinigung sämtlicher oppositionellen Gruppen, sowohl der organisierten wie der unorganisierten auf folgender Plattform.

1. Die einzige Aufgabe der auf Grund des Gesetzes vom 6. August 1905 einzuberufenden Gosudarstwennaja Duma muß die Konstituierung einer Volksvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sein, die Zuerkennung gesetzgeberischer Macht an die Volksvertretung, die Dekretierung der Freiheit der Presse, Versammlungen und Vereine, die Unantastbarkeit der Persönlichkeit und die politische Amnestie.

2. Die Bildung der Liga, welche nur ein temporäres Ziel verfolgt, beseitigt keineswegs die Gruppierung in Parteien und Verbände.

3. Als Organe der Liga dienen das Zentralwahlkomitee und die lokalen Wahlkomitees. Das Zentralwahlkomitee besteht aus den Vertretern der Vorstände der Parteien und Verbände. Die lokalen Komitees werden aus den örtlichen Vertretern der von der Liga umfaßten Verbände und Parteien gebildet.

4. Die Kandidaten zur Gosudarstwennaja Duma werden für die verschiedenen Bezirke nach erfolgter Vereinbarung zwischen Lokal- und Zentralkomitee aufgestellt. Für Petersburg bezeichnet jede in die Liga eintretende organisierte Gruppe alle Kandidaten; die endgültige Entscheidung steht dem Zentralkomitee zu.

Die Anschauung gewinnt mehr und mehr an Boden, daß es auch den gemäßigten politischen Elementen unmöglich sein wird, mit der jetzigen russischen Regierung an einem friedlichen Ausbau des russischen Staates zu arbeiten. Es mehren sich die Zeichen, daß reaktionäre Rücksichtslosigkeit heute wieder das ausschließliche Programm ist. Flugblätter, Broschüren usw. werden wieder, wie in den schlimmsten Zeiten, massenhaft konfisziert. Die Censurverwaltung verhindert nach Möglichkeit jegliche politische Diskussion und man übergibt die Zensur der Blätter Leuten, die als literarische Denkersknechte bekannt sind.

Die Generalversammlung der Sozialpolitiker.

Mannheim, 26. September.

Professor Lujo Brentano faßte seinen gestern skizzierten Vortrag über „Das Arbeitsverhältnis in den Riesenbetrieben“ in folgenden Leitsätzen zusammen:

I. Das heutige Arbeitsverhältnis beruht auf einem Vertrage zwischen gleichberechtigten, freien Personen. Doch kennt das Recht nur erst den individuellen noch nicht den kollektiven Arbeitsvertrag. Dieser unfertige Zustand des Rechts ist die Hauptursache der heutigen Arbeitsverhältnisse.

II. Das Arbeitsverhältnis in den Riesenbetrieben beruht auf einseitiger Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch den Arbeitgeber. Von diesem Standpunkt aus erscheint schon das bestehende Recht als revolutionär, noch revolutionärer das Streben, das Grundprinzip des heutigen Arbeitsvertrags durch Einführung des kollektiven Arbeitsvertrags zur Wahrheit zu machen.

III. Teils aus technischen, teils aus ökonomischen Gründen sind die Arbeitsbedingungen, von deren Festsetzung es sich im kollektiven Arbeitsvertrage handelt, weder individuelle, noch können sie individuelle sein. Bei Ablehnung des kollektiven Arbeitsvertrags ist es daher nicht die Freiheit des Arbeiters, nach seinem besten Ermessen zu handeln, die man wahren möchte, sondern die Freiheit des Arbeitgebers, durch Verhandeln mit einzelnen Arbeitern deren Gesamtheit seinen Willen aufzuzwingen.

IV. Nicht anders verhält es sich mit dem Schutz der sogenannten Arbeitswilligen. Diese pflegen entweder fremde Arbeiter zu sein, die meist ohne Kenntnis der Streikfrage während einer Arbeitslosigkeit erst herangezogen werden, um die eigenen Arbeiter zum Nachgeben zu nötigen, oder jene Minderheit von Arbeitern, die durch Wohlfahrtsvereine bestimmter Art gefesselt, außerhalb gesetzlich sind, von den ihnen von der bestehenden Gesetzgebung eingeräumten Rechten Gebrauch zu machen.

V. Die Abneigung der Vertreter der Riesenbetriebe gegen den kollektiven Arbeitsvertrag hat ferner zur Organisation der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände durch den Zentralverband deutscher Industrieller geführt. Seitdem ein energisches Auftreten der Arbeitgeberverbände gegen Tarifverträge und zahlreiche Ausfahrungen wirtsch. Arbeitswilliger, weil diese von ihrem Organisationsrecht Gebrauch gemacht haben.

VI. Gegenüber solchen Verhältnissen erscheint die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine als unzureichend, um den erwünschten sozialen Frieden zu sichern. Als notwendig erweist sich außerdem:

1. Befreiung der Ausnahmegerichtsbildung des § 153 der Gewerbe-Ordnung durch die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuchs über körperlichen Zwang und Drohung.

2. Gesetzlicher Schutz des Sich-Koalitierens, nicht nur des Sich-Nicht-Koalierens.

3. Der Erlass von kasuistischen, zwingenden Vorschriften, durch welche der Mißbrauch der Wohlfahrtsvereine als Machtmittel ausgeschlossen wird.

4. Die Statuierung eines Zwangs für Arbeitgeber und Arbeiter mit Vertretern der Organisationen der Vegetarier über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln.

5. Zur Durchführung des Verhandlungszwangs die Bestimmung, daß Staatsaufträge und Arbeiten anderer öffentlicher Korporationen nur an Unternehmer vergeben werden dürfen, die sich verpflichten, alle Arbeitsverhältnisse in ihren Betrieben vor Einigungsamt und Schiedsgericht zum Austrag zu bringen und die keinerlei Verbindung angehen, welche das Verhandeln mit Arbeitervertretern verweigert.

6. Zu dem gleichen Zweck muß für jedes Gewerbe eine Organisation der Arbeiter geschaffen werden, die unter Wahrung des Fortbestands der bestehenden Berufsvereine sämtliche Arbeiter des betreffenden Gewerbes umfaßt.

7. Die frei gewählten Vertreter beider Parteien, als welche auch Personen, die weder als Arbeitgeber, noch als Arbeiter dem Gewerbe angehören, gewählt werden können, haben unter Vorbehalt eines Unparteiischen alle Streitfragen über abzuschließende Arbeitsverträge zu regeln. Als Unparteiischer hat, wo eine Wahl des letzteren durch die Parteien selbst nicht zustande kommt, der Vorsitzende des Gewerbegerichts des Bezirks zu fungieren.

8. Was im kollektiven Arbeitsvertrage vereinbart wird, muß für alle an dem betreffenden Gewerbe Beteiligten die gleiche rechtliche Gültigkeit haben wie die Bedingungen des individuellen Arbeitsvertrags.

Aus der Debatte, die dem sozialreformerisch vorgeschrittenen Vortrag Brentanos folgte und die wir auch gestern bereits skizziert haben, seien nach einem Bericht der „Frankf. Ztg.“ noch folgende Einzelheiten wiedergegeben:

Regierungsrat a. D. Dr. Leibig vom Zentralverband deutscher Industriellen bezeichnete die Ausfahrungen als Abwehrmaßregeln der Industriellen gegen die neuere Taktik der Gewerkschaften, welche sie durch Einzelstreiks mürbe machen wollen. Das Arbeitsverhältnis ist allerdings eine private Angelegenheit des einzelnen Arbeitnehmers und des einzelnen Arbeiters. Die Gewerkschaften sind nur ein kleiner Teil der gesamten Arbeiterschaft und haben deshalb keinen Anspruch für die große Mehrheit derer, die sich nicht organisieren wollen, Bestimmungen zu treffen. Sie stehen zudem im engen Zusammenhang mit politischen Parteien, namentlich der auf Umwälzung der bestehenden Wirtschaftsordnung abzielenden Sozialdemokratie, wie namentlich der Parteilag in Jena wieder bewiesen hat. In den Arbeitgeberkreisen ist mir niemals die Ver-

hauptung begegnet, daß das Koalitionsrecht beschränkt werden sollte. (Heiterkeit.) Wohl aber wenden sie sich gegen Agitationen in ihren Betrieben und wahrheitswidrige Behauptungen der Mitarbeitern. Nach dem Rufstreik haben die Unternehmer keinen Arbeiterverein zuzulassen. (Heiterkeit.) Die bestehende Rechtsordnung enthält keine Anerkennung der Berufsvereine. Im Betrieb muß die autoritäre Stellung des Unternehmers geschützt werden. Die Tarifverträge sind dadurch von geringem Wert für den Unternehmer, weil die Arbeiterorganisation keine Gewähr dafür übernehmen kann, daß ihm zu den vereinbarten Sagen Arbeiter zur Verfügung stehen. Brentanos Vorschlag fordert als notwendiges Korrelat eine neue Art der Erbschaftssteuer. (Lebhafter Beifall eines Teils der Versammlung.)

Unterstaatssekretär a. D. Rottenburg-Vonn ironisierte die Harmlosigkeit, welche Leibig zur Schau getragen hat. Die Riesenbetriebe haben eine Ähnlichkeit mit dem Feuer, welches ohne Bewachung und Bewachung verheerend wirkt. Diese Bewachung lege man in die Hände des Staates. (Beifall.)

Arbeitersekretär Giesberts: Auch der Arbeiter hat ein Interesse an dem Gelingen des Betriebes, aber er verlangt, daß seine Organisation als gleichberechtigter Faktor bei der Vereinbarung des Arbeitsvertrages angesehen werde. Im Gegensatz zu der behaupteten Leichtigkeit haben die Unternehmer in vielen Fällen, wie beim hauptberuflichen Metallarbeiterstreik, den Arbeitern das Koalitionsrecht nehmen wollen. Die jetzt im Bergbau eingeführten Arbeiterausschüsse müssen zu paritätischen Vergarbeitskammern entwickelt werden. Giesberts nimmt Brentano gegenüber die Wohlfahrtsvereine der Unternehmer, die zum Teil unsere Sozialgesetzgebung vorbereitet hätten, in Schutz; richtig sei freilich, daß sie zuweilen die von Brentano geschilderten Wirkungen hätten.

Vergewisser Engel vermahnt sich gegen die Charakteristik der Arbeitswilligen durch Brentano. Die Wohlfahrtsvereine seien keine Kampfmittel der Arbeitgeber, sondern zum Besten der Arbeiter geschaffen. Die deutschen Arbeitgeber entlassen ihre Arbeiter auch bei sinkender Konjunktur nicht.

Pfarrer Kaumann-Berlin: Solange ein Streik das einzige Mittel ist, kann die Denkwiese des Arbeiters nur radikal sein. Hiermit hängt die — wie wir seit Jena sagen müssen — dauernde Niederlage des Revisionismus in der Sozialdemokratie zusammen. Die Großindustrie sagt, wir können mit den Arbeitern nicht verhandeln, weil sie so radikal sind! Der wahre Kaufkraftzusammenhang ist umgekehrt. Der Radikalismus liegt nicht im Naturell der deutschen Arbeiter, sondern ist das Ergebnis der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Staatserhaltend sind diejenigen nicht, welche den Radikalismus unserer Arbeiterschaft durch Unnachgiebigkeit mit kaltem Bemühen stärken. (Bravo!) Die Unternehmer behaupten, deshalb nicht mit der Sozialdemokratie verhandeln zu können, da die Sozialdemokratie die Gesellschaftsordnung umwälzen will. Das aber, was man als Unsturz bezeichnet, ist gerade dasjenige am sozialdemokratischen Programm, was heute durch die faktellierte Großindustrie verwirklicht wird, nämlich die Auffassung der Privatbetriebe durch zentrale Leitung der Produktion. Die Kontrolle wechselt den Marxismus auf absolutistisch-aristokratische Weise. Der Sozialdemokrat ist für dieselbe Organisation nur in dem o. I. ratiöser Gestalt. Daher heute der Kampf, ob die neue Produktion aristokratisch oder demokratisch geleitet werden soll. In diesem Kampfe sind die Arbeitswilligen Hülfskräfte der kapitalisierenden Minderheit. Wir müssen den Arbeitern empfehlen, hinein-zugehen in die Organisation. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Arbeitersekretär Fischer-Teutlingen beklagt es, daß die Fabrikdirektoren oftmals die Bildung von evangelischen Arbeitervereinen verhindern. Selbst der evangelische Pfarrer, der vielfach unter der Botmäßigkeit des Direktors stehe, trete oftmals der Bildung von evangelischen Arbeitervereinen hindernd in den Weg. Man könne sich alsdann nicht wundern, wenn die Arbeiter sagen: Die Kirche ist eine Klasseninstitution, die im Dienste des Großkapitals stehe. Derartige Vorurteile machen es erklärlich, wenn die Sozialdemokratie immer größere Fortschritte mache.

Dr. Tille-St. Johann: Die Tätigkeit der modernen deutschen Riesenbetriebe hat am allermeisten geleistet für die Schaffung deutscher Arbeitsgelegenheit. Rindens sind die Arbeitslöhne so hoch, wie in ihnen. Im Saarrevier ist der Durchschnittslohn 1200 M. Unsere Großbetriebe besorgen auch die technische Ausbildung der Arbeiter kostenlos; die leistungsfähigsten von ihnen werden gehoben. Die gemeinsamen Arbeitsbedingungen eines Riesenbetriebes leisten mehr als Tarifverträge. Niemand wird Riessverträge unter dem Zwange eines Schiedsgerichtes schließen. (Rachen.) Würde vielleicht eine der anwesenden Damen damit einverstanden sein, daß sie durch Schiedspruch gezwungen würde, ein Dienstmädchen zu engagieren. (Widerpruch und Heiterkeit.) Man schämt arbeitswillige Arbeiter und preist die „Outsider“, die nicht ins Kartell gehen. (Widerpruch.) Die Sozialdemokraten treiben zum Sozialismus! Ich verweise Gründe für Einführung des konstitutionellen Fabrikbetriebs. So lange 195 000 Vergarbeiter kontraktbrüchig werden, so lange fehlt diesen Kreisen die sittliche Reife. (Lebhafter Widerspruch.) Von einer Gleichstellung von Arbeitern und Unternehmern kann überhaupt keine Rede sein. (Beizehnter Beifall, vielfaches Rischen.)

Max Weber-Heidelberg: Der Kontrollbruch der 195 000 Arbeiter sei allerdings eine auffallende Erscheinung, noch auffallender aber die Sympathie der ganzen Öffentlichkeit ohne Unterschied der Parteien für die Arbeiter. Für Dr. Tille sei jetzt auch der Reichsanzler nicht mehr verkehrsfähig. Mich interessiert an den Großbetrieben vor allem die Frage: Was wird charakterologisch aus den Menschen, die in diese Bedingungen hineingestellt sind, mit denen wir uns heute beschäftigen? In den Blättern des Saarreviers erschienen zur Zeit der Reichswahlwahlen Annoncen, in welchen Arbeiter versichern, daß sie nicht für eine bestimmte Partei gestimmt haben. Kannen! sage ich. Aber wer ergiebt diese Kannen? Das System, das Tille vertritt. Ich kenne die Stille, welche im Saarrevier herrscht, aus eigener Erfahrung. Alles stützt vor der Großindustrie. Die einzige Macht, die ihr entgegensteht, ist die katholische Kirche — nicht der preussische Staat. Unsere Unternehmer können vielfach über den spekulativen Herrentitel nicht hinweg. Der Redner erörtert dann den gegenwärtigen Rechtszustand, nach welchem der Arbeiter bestraft wird, wenn er einem Arbeitswilligen sagt: „Meine Minna tanzt nicht mehr mit Dir!“ Das ist statt und einfach eine Schande! Das Recht auf Freiheit wird geknallt. An dem Fortbestehen der Gewerkschaften haben wir ein starkes Interesse; denn sie sind innerhalb der Sozialdemokratie, mit der wir auf Generationen hinaus zu rechnen haben, und für deren Fortexistenz der tägliche Kleinrieg mit dem preussischen Staate sorgt, die einzigen, welche sich nicht ducken vor den Parteipräsidenten, bei denen, wie jeder Parteilag mehr zeigt, jeder Idealismus ertrunken und begraben ist. (Lebhafter Beifall.)

Affessor Oppenheimer (Ludwigshafen): Erzellenz v. Rottenburg habe angeführt, die Anilinfabrik von Bayer in Elberfeld habe Arbeiter entlassen, weil sie einem Berufsverein angehörten. Er habe deshalb telefonische Erkundigungen eingezogen. Es sei ihm von der Firma Bayer mitgeteilt worden: es seien nur diejenigen Arbeiter entlassen worden, die der sozialdemokratischen oder kirchlich-dunklerischen Gewerkschaft angehörten. (Rufe: Nur!). Erzellenz v. Rottenburg sagte aber: es seien alle Arbeiter entlassen worden, die einer Organisation angehörten.

Regierungsrat a. D. Dr. Leibig (Berlin): Er müsse wiederholt ausprechen, wenn das, was ein großer Teil der Redner verlangte, zur Ausführung komme, dann gelange man mit beiden Füßen in den sozialdemokratischen Zukunftsstaat. (Beifall und Widerspruch.)

Brentano polemisiert sehr scharf gegen Tille. Professor v. Philippi-Wien als Vorsitzender gibt einen kurzen Ueberblick über die Diskussion. Es gab früher zwei Wege für die Unternehmer, sich zu ruinieren: nicht zu verstehen, wie man produziert, und nicht zu verstehen, wie man Produkte absetzt. Es gibt heute noch einen dritten: nicht zu verstehen, wie man mit Menschen umgeht. Der Vorsitzende wendet sich auch gegen den engberzigen Geist, in dem heute das geltende Recht von den Richtern ausgelegt wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlungen wurden auf Mittwoch vertagt.

Gewerkchaftliches.

Der Kampf in der Elektro-Industrie.

Die Antwort der Unternehmer.

Als Antwort auf den Beschluß der Streikenden, welche die Wiederaufnahme der Arbeit unter den von den Direktionen festgesetzten Bedingungen verweigerten, wurde nach der bürgerlichen Presse in den in Betracht kommenden Werken durch Aushang folgendes bekannt gemacht:

Durch unsere Arbeiterkassen wurde und mitgeteilt, daß die im Ausstand befindlichen Arbeiter des Kabelwerkes Oberspreewald und des Werner-Werkes die Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt haben. Zu unserem Bedauern sind wir hierdurch gezwungen, folgende Fabriken am Sonnabend, den 30. September 1905 nachmittags zu schließen: 1. Apparatefabrik Kaserstraße und Gutfenstraße, 2. Maschinenfabrik Brunnstraße, 3. Turbinenfabrik Gutfenstraße der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, ferner 4. Holzwerk Helmholzstraße der Siemens u. Halske Elektrizitäts-Gesellschaft, endlich 5. Dynamowerk Frankfurterstraße, 6. Kabelwerk Ronnenbäum der Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H.

Ein Depeschendebureau verbreitet dazu folgende Mitteilung:

„Durch die Maßnahme der bei dem Streik in der Elektrizitäts-Industrie beteiligten Firmen, wonach am Sonnabend sämtliche Betriebe geschlossen werden sollen, werden 33 000 Arbeiter gezwungen, die Arbeit niederzuliegen. Die Arbeitgeber sind fest entschlossen, nicht mehr zu bewilligen, als in dem Ultimatum am vergangenen Sonnabend zugestanden worden war. Die vereinigten Firmen haben sich indessen bereit erklärt, um die angeforderte allgemeine Aussperrung zu vermeiden, bis zum Sonnabend mit den Vertretern der Arbeiterschaft in Verhandlungen einzutreten, falls diese es wünschen.“

Unbegreifliches.

Die „National-Zeitung“ steht vor einer verkehrten Welt, wenn sie sich in die Entwicklung des Kampfes hineinbegeben soll. In der Welt, in der sie lebt, ist alles wohl geordnet. Da sind die führenden — na sagen wir mal — „Führer“, denen gute Einsicht und weiter Blick entweder angeboren sind oder bei denen diese Führereigenschaften mit dem Vortrieb kongruent emporthun. Je nachdem diese von der guten Einsicht und dem weiten Blick befreit werden, wechseln bei ihnen Meinungen, Stimmungen, Absichten und Wünsche. Eins nur bleibt unveränderlich: sie haben die Massen zu kommandieren und diese haben unweigerlich zu gehorchen, haben nicht zu fragen, warum und weshalb bei ihren geborenen oder emporgelommenen Führern Meinungen und Stimmungen, Absichten und Wünsche beständig nur das eine haben, immerwährend zu wechseln.

Da haben nun die streikenden Arbeiter trotz Abtrains ihrer Führer beschlossen, im Streik zu beharren und die „National-Zeitung“ jammert über das Unbegreifliche:

„Ihr Wagemut über vernünftige schlechte Behandlung gilt mehr als alle Einsicht und aller Ueberblick der „Führer“ und der „Verbandsleitung“. Um dieses Wagemut willen sollen zunächst 10 000, vielleicht in wenigen Tagen auch die dreifache Zahl von Arbeitern, nicht in die Hand der 10 000 ist es gegeben, zu beschließen, ob die 500 ihren Wagemut gütigst noch für sich behalten möchten, bis etwa ein triftiger Grund zum Kampf sich ergeben hat, bis die Mittel gesichert sind, den Kampf auch durchzuführen. Nein, die 500 und ihr „Wagemut“ entscheidet über das Wohl und Wehe der 10 000.“

Die „National-Zeitung“ hat schon nach wenigen Tagen vergessen, daß die 10 000 von den Unternehmern auf die Straße geworfen wurden und sich ausdrücklich weigerten, den Entschluß der 500 zu beeinflussen. Und die Einsicht und den Ueberblick der Verbandsleiter in allen Ecken; aber in Arbeiterkreisen entscheidet eben die Masse über ihre Schritte selbst. Im übrigen merken wir uns das Loblied auf die Einsicht der Führer für den Augenblick und er kommt! — wo die „National-Zeitung“ statt von den einsichtigen Arbeiterführern von den „Hegern“ schreiben wird!

Eine scharfsinnige Verleumdung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ verbreitet die „Vermutung“, der Brand im Kabelwerk der Ober-Schöneweide sei auf Brandstiftung seitens der Streikenden zurückzuführen.

Ein originelles Arbeiterführer-Porträt

entwirft die „Deutsche Tageszeitung“. Wir lesen da:

„Cohen ist ein Anhänger der scharfen Tonart, des Generalstreiks, des fortwährenden Kampfes und der Demütigung. Als Cohen vor nicht langer Zeit von einem der bekanntesten Arbeiterführer des Gewerkschafts bei einer Besprechung des Ausstandes in der Berliner Metallwaren-Industrie auf seine Verantwortung als Arbeiterführer hingewiesen wurde, bemerkte er höhnisch: „Ich habe schon mehr erreicht als mein Vorgänger Koether!“ Auf den Hinweis, daß die Arbeitgeber zugrunde gehen müßten, erwiderte er zynisch: „Was gehen mich die Kranten an, meine wegen können sie alle zugrunde gehen.“ Als er dann weiter eindringlich darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Berliner Industrie durch die fortwährenden langen Streiks ruiniert würde, da gab er schnell zur Antwort: „Deshalb wird auch nicht ein Stück weniger angefertigt.“ Schließlich appellierte man an sein Mitgefühl für die Familien der Arbeiter. Auch das verfiel nicht. „Ich bin der Führer einer Kampfesorganisation, und das Geld haben wir auch nicht zum Vergnügen der Einwohner gesammelt.“ In die Hände dieses Mannes ist das Schicksal unzähliger Familien gelegt.“

Geizig werden die Leser der „Deutschen Tageszeitung“ grüselnd zu der Uebersetzung kommen, daß nur dieser Cohen und kein anderer den Brand im Kabelwerk angelegt haben kann. Die Arbeiter aber, die Cohen persönlich kennen, werden beim Lesen dieser Zeilen einige heitere Augenblicke über den Gedanken an Cohen als Anhänger des Generalstreiks z. empfinden haben.

Von sämtlichen Arbeitnehmern im Vorstände der Betriebskrankenkasse

der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft erhalten wir folgende Zuschrift mit dem Ersuchen um Veröffentlichung:

Die gestern im „Vorwärts“ abgedruckte Aufforderung des Ärzte-Ausschusses unserer Kasse könnte die Deutung zu lassen, als ob der Massenvorstand mit dieser Aufforderung irgendwo in Verbindung stünde, wonach bekanntlich aus Anlaß der Sperre der Betriebe die Ärzte bei Erklärung der Arbeitsunfähigkeit sich krank meldender Massenmitglieder „mit ganz besonderer Vorsicht verfahren“ sollen.

Wir erklären demgegenüber, daß wir als Vertreter der in diesem Falle ausschließlich zuständigen Körperschaft dem Ärzteauschuss keinerlei Auftrag gegeben haben, irgendwie anders als bisher bei der Untersuchung sich krank meldender Mitglieder zu verfahren. Von dem Willkürbewußtsein der in unserer Kasse tätigen Ärzte erwarten wir bestimmt, daß sie unter diesen Umständen die Aufforderung des Ärzteauschusses als einen ungerechtfertigten

und ungerechtfertigten Uebergriff betrachten und sie in keiner Weise beachten werden.

Es ist selbstverständlich, daß wir alles tun werden, um die Ärzte, die als Mitglieder des Ärzteauschusses sich des erwähnten Uebergriffs schuldig gemacht haben, in geeigneter Form zur Rechenschaft zu ziehen. Wir hoffen, daß diese Veröffentlichung den Mitgliedern der Betriebskrankenkasse der A. E. G. zur Verhütung dienen wird.

Die Arbeitnehmer im Vorstände der Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft, Franz Kobal, Otto Albert, Hermann Hilarg, Hermann Drederer, Karl Anders, Nepomuk Jalecki.

Zu der Lohnbewegung in der Elektrizitätsindustrie wird von der Firma Siemens u. Halske A. G. mitgeteilt. In den Berichten der Blätter über die Ursachen der Lohnbewegung bei Siemens u. Halske A. G., Siemens-Schuckertwerke und A. E. G. taucht fortwährend die Behauptung auf, daß es für die Firmen ein leichtes gewesen wäre, den Gegenstand des Streikes, welcher zu einem Kampf von noch nicht voraussehender Ausdehnung führen könne, aus der Welt zu schaffen, indem sie Forderungen der Arbeiter nach Lohn-erhöhung, die für die Firmen nur ein geringes Opfer bedeuten würden, befriedigten.

Es finden sich Darstellungen der bei den Firmen herrschenden Lohnverhältnisse, nach denen diese Hungerlöhne zahlen. An einer Stelle heißt es sogar, ein Arbeiter gehe mit 15 M. und einigen Pfennigen Wochenlohn nach Hause. Der Öffentlichkeit soll der Glaube beigebracht werden, Siemens u. Halske und die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft zahlen ihren Arbeitern offenbar so geringe Löhne, daß den Arbeitern gar nichts anders übrig bleibt, als sich die notwendigen Bedingungen zur Fristung ihres Lebens durch Arbeitsniederlegung zu erzwingen. Um der Öffentlichkeit die Verteilung der Zuverlässigkeit solcher Darstellungen zu ermöglichen, geben wir nachstehend einige der offiziellen Lohnstatistik der Siemens u. Halske A. G. entnommene Mitteilungen der bei der Firma an einzelne Arbeiterkategorien gezahlten Löhne.

Es wird zunächst interessieren, zu sehen, wie die durchschnittlichen Löhne einzelner Arbeiterkategorien in den letzten Jahren gestiegen sind. Es betragen die durchschnittlichen Stundenverdienste im Afford in einem der Werke der Siemens u. Halske A. G. im Jahre 1897:

Dreher 66 Pf., Schraubendreher 59 Pf., Mechaniker 60 Pf., Schlosser 58 Pf., Werkzeugmacher 66 Pf., Arbeiterinnen 27 Pf. Dieselben Kategorien von Affordarbeitern verdienen im Juni 1903:

Dreher 71,3 Pf., Schraubendreher 63,9 Pf., Mechaniker 65,3 Pf., Schlosser 67,3 Pf., Werkzeugmacher 73,5 Pf., Arbeiterinnen 32 Pf. Aus den statistischen Aufzeichnungen der Tagesverdienste derselben Kategorien desselben Werkes aus dem Sommer des Jahres 1905 ergeben sich ebenfalls bei Affordarbeitern folgende tägliche Verdienste:

Dreher 6,40 M., Schraubendreher 5,20 M., Mechaniker 5,50 M., Schlosser 5,75 M., Werkzeugmacher 6,15 M., Arbeiterinnen 2,40 M. In einem Zeitraum von 4 Wochen dieses Sommers verdienen im Afford im selben Werke:

Dreher 159,50 M., Schraubendreher 130,50 M., Mechaniker 137 M., Schlosser 144 M., Werkzeugmacher 153 M., Arbeiterinnen 60,50 M.

Es scheint sich also bei dem Vorgehen der Arbeiter gegen die Firmen doch nicht, wie der Öffentlichkeit fälschlicherweise mitgeteilt wird, um berechtigige Forderungen der Arbeiter zu einer in den Verhältnissen liegenden notwendigen Verbesserung ihrer gedrückten wirtschaftlichen Lage zu handeln, vielmehr dürfte die aus Gewerkschaftskreisen mitgeteilte Erklärung, daß der Leitung der Organisation die gegenwärtigen Kämpfe sehr willkommen seien, um eine möglichst große Zahl von Mitgliedern hinter ihren Fahnen zu scharren, eine bessere Handhabung geben, um auf die wahre Ursache dieser offenbar von langer Hand seitens der Organisation vorbereiteten Lohnbewegung schließen zu lassen.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Speichelarbeiter. Der Ausstand bei der Frankfurter Bahngütergesellschaft in der Fruchtkraße ist beendet. Es fanden Verhandlungen statt, in denen sich der Vertreter der Gesellschaft bereit erklärte, von jetzt ab dieselben Lohnsätze zu zahlen, wie sie die Affordträger der übrigen Speicher nach Maßgabe der anlässlich des Streiks im Frühjahr getroffenen Vereinbarungen erhalten. Daraufhin wurde die Arbeit gestern wieder aufgenommen. — Auf dem Viktorienpeicher hatten die Lohnarbeiter mit dem Streik gedroht, weil daselbst aus Anlaß der jetzigen Forderungen ein Lohnkommissionsmitglied entlassen worden war. Gestern erklärte sich die Speicherverwaltung nun bereit, den Entlassenen wieder einzustellen, so daß dadurch diese Differenz als erledigt gilt.

Achtung, Schuhmacher! Infolge Maßregelung eines Kollegen haben die Arbeiter der Schuhfabrik von Voller, Gummestraße 53, die Arbeit niedergelegt. Zugug ist fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Konditoren. Bei der Firma Greiser u. Dobriz, Schokoladen- und Juckwarenfabrik, Mariannenstr. 6, sind infolge Maßregelung Differenzen ausgebrochen. Wir ersuchen, jeden Zugug (auch Arbeiterinnen) fernzuhalten.

Deutsches Reich.

An die im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands!

Die in der Gips- und Zementbranche beschäftigten, im Zentralverband der Maurer Deutschlands organisierten Arbeiter stehen vor einem Streik.

Seit dem Jahre 1903 waren für die Arbeiter dieser Branche die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Wege eines Tarifvertrages mit den Unternehmern der Branche geregelt. Für das Jahr 1905/06 lehnten die Unternehmer den Abschluß eines Tarifvertrages ab. Schon seit geraumer Zeit annoncierten nun diese Unternehmer in auswärtigen Zeitungen und verlangten Arbeitskräfte nach hier. In Dresden und Umgegend werden Zimmerleute und in anderen Orten Hilfsarbeiter verlangt. Wir möchten an dieser Stelle vor weiterem Zugug nach hier warnen und die organisierten Arbeiter des Baubereiches ersuchen, bei Gelegenheit den Agenten der Unternehmer unserer Branche die gebührende Antwort zu geben.

Alle Arbeiterzeitungen werden um Nachdruck gebeten. Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- und Zementbranche. J. A.: Wilh. Freylich.

Kürschnerstreik in Markranstädt. Am 23. September legten die gesamten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma A. Walters Nachf., Rauchwaren-Zurichterei und Färberei Markranstädt, die Arbeit nieder, nachdem vorher sämtliche dem Kürschner-Verbande angehörenden Gesellen die Arbeit kündigten. Die Firma sucht schon seit März d. J. ein billiges Fell (Kamin) auf den Markt zu bringen, vielleicht weil die übrige Fellware im Preise kolossal gestiegen ist. Um aber für sich nicht zu wenig an diesem Artikel zu verdienen, verlangt die Firma von dem Kürschner-Verbande, er soll Felle, die laut Tarif von 1900 mit 8 Pf. pro Stück vereinbart sind, zu einem billigeren Preise zuzahlen. Es wurde dieses selbstverständlich trotz monatelanger Verhandlungen, an denen sich auch die hiesige Gewerbebehörde beteiligte, einfach mit Recht verweigert. Nun wurde seitens der Fabrikleitung eine Füllanzurichterei in Unkel (Mehlenprobin) gegründet, in welcher ungelernete Arbeiter beschäftigt werden; aber sie scheint nicht zu prosperieren. Weiter wird versucht, diese Ware bei anderen Firmen unterzubringen. Diese letzten Maßnahmen brachten die Kürschnergesellen damit, am 22. d. M. die Arbeit niederzuliegen, und es folgten ihnen dann die durch Kartellvertrag angeschlossenen Fabrikarbeiter am 23. d. M. Es kommen in De-

tracht 58 Gesellen und circa 200 Arbeiter und Arbeiterinnen. Es wird ersucht, alle Arbeitswilligen von Markranstädt zurückzuführen. Eventuelle Anfragen sind zu richten für den Kürschner-Verband an Emil Kemnitz, Gärtelstr. 9, für den Fabrikarbeiter-Verband Eduard Kolben, Leipzigerstr. 21 I, Markranstädt.

Die Lohnbewegung der Weber im Gera-Grreiz-Bogtländer Bezirk ist in ein ernstes Stadium getreten. Es haben vergangenen Freitag die Schlichterhandlungen der Tarifkommissionen stattgefunden. Die Fabrikanten erklärten, die gemachten Zugeständnisse seien das äußerste, das sie bewilligen könnten, und wenn die Weber dies nicht annehmen, würden sie gar nichts bewilligen, sondern die Zugeständnisse zurückziehen. Es sind seitens der Fabrikanten drei Tarife vorgelegt beziehungsweise die Lohnhöhe in drei Abteilungen festgesetzt, und zwar für die kleineren Orte des Bezirks, für Grreiz und für Gera, besonders für die letzteren Orte, speziell für Gera, ist die Lohnhöhe eine recht minimale; sie erreicht nach den Berechnungen der Arbeiter kaum die Höhe von 5 Proz., wobei der Tarif angewandt ist, daß die höhere Bewilligung nur für die seltener vorkommenden Artikel vorgezogen ist. Für die kleineren Orte hat man allerdings eine höhere Zulage in Aussicht gestellt. Das kommt daher, weil der Tarif von 1902 in diesen Orten nicht innegehalten worden ist, sondern viel niedrigere Löhne gezahlt wurden. Leider war die Organisation der Textilarbeiter in diesen Orten früher zu schwach, um gegen das geübte System der Lohnrückerei Front machen zu können.

Bei manchem Artikel und in manchen Fabriken wird bereits jetzt ein höherer Lohn gezahlt, als der neue Tarif vorseht. Dieser soll ein Mindestlohn sein und es sollen höhere Löhne weiter gezahlt werden. Aber auf Grund der Erfahrungen, welche die Arbeiter bezüglich der mit den bei Inkrafttreten des Tarifes von 1902 gemachten selben Verpflichtungen gemacht haben, herrscht auf Seiten der Weber gegenüber solchen Zusicherungen das größte Mißtrauen. Sie befürchten, daß statt der Lohnhöhe eine Reduktion der jetzigen höheren Löhne eintritt. Die wichtigsten der übrigen Forderungen der Arbeiter, wie Garantie eines Mindestverdienstes, Schaffung einer Tarifkommission unter unparteiischem Vorsitz, wurden grundsätzlich abgelehnt. Es sollen nur Vertrauensmänner-Ausschüsse eingesetzt werden.

Für jede Weberei soll nun ein solcher eingeführt werden und zwar sollen von den Webern nur die Hälfte gewählt werden, die andere Hälfte wollen die Fabrikanten selbst ernennen. Was solche Ausschüsse für die Arbeiter leisten können, weiß jeder, der die Verhältnisse kennt. — Die Arbeitszeit soll ausschließlich der Pausen zehn Stunden betragen, jedoch sollen während der Pausen die Dampfmaschinen im Betrieb erhalten werden, so daß es gewissen Elementen unter den Arbeitern möglich ist, die Arbeitszeit freiwillig zu verlängern. Der Zweck dieser Maßregel ist die Arbeitszeit, die Arbeiter untereinander zu verbinden. — Es soll die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt werden. — Für das Warten auf Schußmaterial und die Maschinenarten soll, wenn es länger dauert als fünf Stunden, eine Entschädigung gezahlt werden, ebenso bei kurzen Wartezeiten. — Die Weber haben noch vor den Schlichterhandlungen die Zugeständnisse als gänzlich unzureichend erklärt. Die definitive Beschlußfassung kann erst nach den Beratungen der Vertreter der verschiedenen Bezirke erfolgen. Inzwischen versuchen die Fabrikanten die öffentliche Meinung durch ihre Presse zu beeinflussen. Sie erklären das Bewilligte für wesentliche Zugeständnisse. Die Absicht der Gera-Grreiz-Fabrikanten ist aber nicht, die Lage ihrer Arbeiter zu verbessern, sondern die bisherige Schmutzkonzurrenz der kleineren Orte zu vermindern. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Die Leipziger Gummidrecker befinden sich seit sechs Wochen im Angriffsstreik. Einig und geschlossen liegen dieselben die Arbeit liegen, ebenso wie auch bis heute kein Abtrümmiger sich gefunden hat. Die Gummiindustriellen versuchen jetzt unter Verprechung hoher Löhne, dauernder Stellung, Abschließen zweijähriger Kontrolle usw. durch Inskate in fast der gesamten bürgerlichen Presse Deutschlands Arbeitswillige auch aus anderen Branchen der Drecherei heranzuziehen. Den Arbeitswilligen werden, wie in analogen Fällen, hohe Löhne versprochen, doch dürften Drecker anderer Branchen unter den bestehenden Verhältnissen nur 8 bis 12 M. verdienen. Wir ersuchen deshalb alle Kollegen, auf diese Verprechungen nicht einzugehen und dadurch den Leipziger Kollegen zum Siege zu verhelfen. Die Branchenkommission des Holzarbeiter-Verbandes.

Eine Versammlung der Gemeindeführer in Nürnberg beschloß sich mit dem Verhalten der Stadt als Arbeitgeberin. Es wurde in einer Entschließung lebhaft bedauert, daß die Stadtverwaltung eine im Mai gestellte Bitte um Gewährung von Feuerungszulagen unberücksichtigt gelassen hat und an die hiesigen Kollegen die Aufforderung gerichtet, angesichts der fortgesetzt steigenden Preise für die notwendigen Lebensmittel in allen Gemeindeführern eine durchgreifende Lohnaufbesserung einzutreten zu lassen, da die derzeitigen Löhne zum Unterhalt einer Familie absolut unzureichend sind. Für eine gänzlich unsoziale Maßregel wurde es fernerhin erklärt, daß den Kanalarbeitern angestanden wurde, sie sollten sich für anfangs Dezember nach anderer Beschäftigung umsehen, da in Zukunft diese Arbeiten an Privatunternehmer übertragen werden sollen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Dr. H. Braun und E. H. Kraus. (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.) ist ferner das 26. Heft erschienen.

Die Arbeiter-Versicherung im Auslande. Heft VII und VIII. Herausgegeben von Dr. Jäger, Scheitner, Regierungsrat. Gummold-Berlin, Verlag der Arbeiter-Versicherung. A. Trostke (Heft VII), C. F. Reich, Preis 1,50 M., Heft VIII, Ungarn, Preis 1 M.

It die Kultur ein Fluch oder ein Segen? Ein Beitrag zur Lebenskunst von D. Eppen-Benzgal. 8., 208 Seiten. Preis geb. 3 M., geb. 3,50 M. Verlag von Strecker u. Schöbber in Stuttgart.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 27. September. (Meldung der Agence Havas.) Bezüglich der Verzögerung der Unterzeichnung des marokkanischen Abkommens wird berichtet, daß keine ernstliche Schwierigkeiten entstanden und daß die Verhandlung als erfolgt anzusehen sei. Die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten betreffen Detailpunkte, ferner Fragen der Abfassung des Textes, besonders bezüglich der deutschen Anleihe, und werden, wie man absolut überzeugt sei, leicht behoben werden.

Kristiania, 27. September. (W. T. G.) Jahn Sjøtvinger-Mitglieder brachten heute im Storting einen Antrag ein, der im Prinzip darauf abzielt, daß vor Mitte November ein konstituierendes Storting einberufen werden soll, um die zukünftige Staatsform Norwegens zu bestimmen und der im Falle der Ablehnung dieses Antrages verlangt, daß die Frage der zukünftigen Staatsform Norwegens bis nach den Wahlen 1906 ausgesetzt wird.

Washington, 27. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ueber das Unwetter, von dem Manila am 25. September heimgeführt worden ist, wird von dort telegraphisch gemeldet. Das Unwetter war das heftigste, das seit Jahren hier vorgekommen ist. Bei vielen Häusern sind die Dächer abgedeckt worden. Der Militärposten Malaki ist dem Vernehmen nach gänzlich zerstört worden. Das Kanonenboot „Leyte“, das ehemals in spanischem Besitze, jetzt außer Dienst gestellt war, ist gesunken.

Tokio, 27. September. (W. T. G.) In der Stadt herrscht freudige Aufregung wegen des neuen Allianzvertrages mit England; die großen Geschäftshäuser und die öffentlichen Gebäude haben illuminiert.

Die Parteipresse über den Jenaer Parteitag.

Soweit sich bisher die Parteipresse über den Jenaer Parteitag geäußert hat, ist sie mit dem Ergebnis der Verhandlungen außerordentlich zufrieden. Das allgemeine Urteil geht dahin, daß in Jena gute Arbeit geleistet worden ist und daß er in seinen positiven Ergebnissen als einer der wichtigsten Kongresse der deutschen Partei bezeichnet werden kann.

Wir geben im Nachfolgenden eine Anzahl Pressstimmen wieder, die sich über die einzelnen Tagesordnungspunkte des eingehenderen verbreiten.

Das „Hamburger Echo“ referiert über die Verhandlungsgegenstände und sagt unter anderem folgendes:

Eine rednerische Glanzleistung, auch dypisch, der Clou dieses Parteitages, war das fast vierstündige Referat Bebel's über den Massenstreik, deren reichhaltiger und vielseitiger Inhalt in der von den Gegnern bloß in einem Satz angefochtenen Resolution gipfelte. So schloß sich aber beide Lager gegenüberstanden, so wenig über Schritt die Kontroverse im allgemeinen die Grenzen würdiger Sachlichkeit. Es war auch im Grunde gar nicht nötig, sich aufzuregen, denn Bebel's Rede hatte nur die Tendenz: Gebenfalls, wenn die Situation es heischt und günstig ist, wenn unerträglich wird die Last und jedes andere Mittel verfehlt, ein Notwehr-Massenstreik!

Erbärmlich ist die Klasse, die sich wie Hundsfotte behandeln läßt und nicht alles daran setzt, ihr Recht zu wahren — wer von uns würde diesen flammenden Papardarsag nicht unterschreiben, den Bebel in die Versammlung schleuderte? Einstweilen indessen hat die Empfehlung des Generalstreiks nur platonische Bedeutung und die Resolution pointiert praktisch zunächst in der Verpflichtung aller Genossen, die Organisation unablässig zu stärken und ihr Pulver für alle Fälle trocken zu halten. Nicht das Schwert zu zücken gilt es vorerst, sondern es parat zu halten. Merken die Gegner, daß das Proletariat auch vor diesem letzten Mittel nicht zurückschreckt, so werden sie sich vielleicht dreimal bestimmen, ehe sie es zum äußersten reizen. Die gegenwärtigen Auslassungen in der Debatte ergänzen und berechtigen einander wechselseitig und haben die beiden Seiten des Problems von ungeheurer Tragweite und unberechenbarer Wirkung auseinandergespalten.

Mit der Massenstreik-Debatte hatte der Parteitag seinen Höhepunkt erreicht. Der Organisationsentwurf, der aus der Reportage der Kommission in verbesserter Form hervorging, wurde am Sonnabend durch debattelose Annahme erledigt.

Und fast ebenso glatt — zur abermaligen grausamen Enttäuschung der Bürgerlichen — wurde der sogenannte „Literatenstreik“ erledigt durch eine Resolution, die ihn dieses ausschließlich Charakters entkleidet und auf prinzipielle Meinungs-differenzen zurückführt, aber mit allem Nachdruck die Gehässigkeit in der Polemik verurteilt und zur Wahrung würdiger Formen mahnt. Wir dürfen hoffen, daß diese kategorische Willensäußerung des Parteitages, die in der Kommission einstimmig beschlossen, vom Plenum gegen ganz wenige Dissidenten akzeptiert wurde, die erhoffte Wirkung haben und allseitige Nachsicht finden wird. Zu Riffer III dieser Resolution, wonach kritische Untersuchungen des Parteiprogramms zunächst in der „Neuen Zeit“ zu veröffentlichen seien, machte der Verordnungsrat Diez eine berechtigte Zusatzbemerkung, indem er den Wunsch äußerte, in der „Neuen Zeit“ auch abweichenden Meinungen Raum zu gewähren.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ schreibt:

Das Ergebnis der Massenstreikdebatte ist wohl geeignet, uns mit Stolz und Zuversicht zu erfüllen. Denn in der großen Mehrheit der Zustimmungen auch einige sind, die unter innerem Vorbehalt gestimmt haben, so ist doch kein Zweifel, daß eine imponierende Mehrheit sich klipp und klar für die Einreihung des Massenstreiks in das Arsenal unserer Waffen erklärt hat. Das ist das Ergebnis eifriger innerer Parteiliebe. Noch vor einigen Jahren würde dieses Resultat nicht möglich gewesen sein. Aber die Sozialdemokratie lernt aus der Geschichte, aus den Erfahrungen der Bruderparteien, und darin liegt die Gewähr ihres Sieges.

Alles hat diese Debatte freilich nicht leisten können, was wir von ihr erhofft haben. Der Unterschied von Demonstrations- und Kampfstreik ist in den Erörterungen nicht klar genug herausgearbeitet worden. Aber es war vom Parteitag auch wohl zu viel verlangt, daß er schon diesmal, wo es sich zunächst um die Lösung der Frage im Prinzip handelte, diese Einzelheiten klären sollte. Die Partei wird weiter daran arbeiten und die Zukunft wird bringen, was Jena noch nicht bringen konnte.

Wohlwollend ist die Lösung der Streitfrage „Vorwärts“, „Neue Zeit“, „Leipziger Volkszeitung“. Die Anerkennung, daß der Streit ein prinzipieller war, daß er nicht literatenskalet war, ist ein Sieg klarer Erkenntnis über unklare Gefühle und Stimmungen. Die Einigkeit der Genossen hat hingereicht, den begrifflichen Weger über die Störung der Werbearbeit durch die Erkenntnis von der Notwendigkeit prinzipieller Auseinandersetzungen zu überwinden. Das war der Fortschritt, diese Streitigkeiten in parteigewisser, brüderlicher Form zu führen, lebhaft zuzustimmen, erhebt aus unserer ganzen Haltung zu jenen Auseinandersetzungen. Das die Beurteilung der gehässigen Form in der Resolution der Kommission so scharf ausgefallen ist, resultiert wohl mehr aus der Erinnerung an frühere Kämpfe, als aus der Betrachtung des letzten, in dem Entgleisungen in viel geringerem Maße als früher zu verzeichnen waren.

Möge es in dieser Beziehung in Zukunft noch besser werden. Denn Prinzipienkämpfe wird sie und nicht ersparen.

Der Jenaer Parteitag ist ein Tag der Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften gewesen. Aber nicht ein Tag der bitteren Befehdung, sondern der brüderlichen Aussprache. Der Kölniger Gewerkschaftskongress und die Tendenz, die sich auf ihm gespiegelt haben, standen im Mittelpunkt der Erörterungen der Parteidebatte. Hier hätte Verunsicherung nur Schaden bringen können, die Aussprache allein kann die Schäden heilen. Wir zweifeln nicht, daß bei ehrlichem Bestreben auf beiden Seiten die Aussprache zu Jena von Nutzen für die Arbeiterbewegung sein wird. Sie hat gezeigt, daß auf keiner Seite die Abicht herrscht, die andere in ihrer Bedeutung herabzusetzen, daß Entgleisungen, die in dieser Richtung vorgekommen sind, vereinzelt bleiben werden. Es wird die Kraft der deutschen Arbeiterbewegung nicht durch ernstlichen Konflikt zwischen den beiden großen Pfeilern des Proletariats geschwächt werden.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ sagt:

Die von der Fünfzweckkommission vorgeschlagene und vom Parteitag ohne Debatte gegen vereinzelt Stimmen mit überwältigender Majorität angenommene Resolution zu dieser Frage gibt in ihren einleitenden Sätzen der von uns stets vertretenen und in unserem Begrüßungsartikel zum Parteitag mit besonderem Nachdruck ausgesprochenen Anschauung recht, daß die Parteipresse der jüngsten Zeit nicht als „Literatengezänk“ anzusehen sind, sondern daß ihnen vielmehr ernste sachliche, insbesondere auch prinzipielle Meinungs-differenzen zugrunde liegen. Das ist eine wichtige Feststellung, die dadurch eine wichtige Akzentuierung erhält, daß in einem späteren Teile der Resolution klar und deutlich verlangt wird, daß die prinzipielle Klärung entsprechend den Grundsätzen des Parteiprogramms im Sinne der Dresdener

Resolution zu erfolgen hat. Da sich Kautsky, der Verfasser der Dresdener Resolution, gewiß nicht von ihren Grundrissen entfernt hat, sondern im Gegenteil ihre strikte Aufrechterhaltung forderte, so geht daraus unzweifelhaft hervor, welchen von den streitenden Teilen der Parteitag in der Sache recht gegeben hat. Freilich mißbilligt der Parteitag auch auf das schärfste die Form, in der die Diskussionen zum Teil geführt wurden. Er hebt entschiedensten Einspruch gegen eine gehässige, die persönliche und die Parteilehre von Genossen verletzende Art der Diskussion. Dagegen ist natürlich nichts einzuwenden.

Die bedeutendste Angelegenheit der Plenarverhandlungen des Parteitages war seine Stellungnahme zum Problem des politischen Massenstreiks. Nachdem die Bebel'sche Rede kurz skizziert, fährt die „Bürgerzeitung“ fort:

Der Parteitag schloß sich in seiner übergroßen Mehrheit dieser Empfehlung (der eventuellen Massenarbeits-einstellung) an. Nur vereinzelte Genossen, besonders Gewerkschaftsführer, glaubten sich durch den Beschluß des Kölniger Gewerkschaftskongresses gebunden und enthielten sich der Abstimmung oder stimmten gegen die Resolution. Soweit sie sich vorher in der Debatte zu der Sache geäußert hatten, hatten sie kaum einen Zweifel darüber gelassen, daß sie im gegebenen Falle im Sinne der Resolution zu handeln bereit sein würden. Besonders glückliche Worte in der Diskussion fand Genosse v. Ein, einer der ältesten und bewährtesten Gewerkschaftler. Was er sagte und wie er es sagte, das war eine wichtige Warnung an die herrschenden Klassen, den Bogen nicht zu überspannen. Ueberhaupt wird die Debatte des Parteitages über den Massenstreik und die einstimmige Beschlußfassung über diese Frage der Regierung und ihren scharfmacherischen Einbläsern gezeigt haben, daß sie ein tolles, verbrecherisches und banquo-Spiel unternimmt, wenn sie die Hand leichtfertig an die vorhandenen Grundrechte des Volkes legt.

Die Parteipresse bleibt in ihrer alten Form bestehen. Ihr wesentlicher Inhalt ist die Arbeitstunde. Sie soll nicht eingeschränkt, sondern so viel wie möglich erweitert werden. Der Widerstand, den Regierung und Unternehmertum dem Ruhenlassen der Arbeit entgegensetzen, kann für die Arbeiterschaft bei der Durchführung der Parteipresse nicht in Betracht kommen. Die nächste Parteipresse wird zeigen, ob diese Entscheidung des Parteitages, die nach langer Debatte mit den gewerkschaftlichen Gegnern der Parteipresse und schließlich in Uebereinstimmung mit ihnen zustande gekommen ist, eine anseuernde Wirkung ausgeübt hat.

Die Magdeburger „Vollstimme“ meint bezüglich der Organisationsfrage, daß die neue Organisationsform im großen und ganzen wohl einen Fortschritt darstelle, doch hätte sie es gerne gesehen, wenn z. B. die beachtenswerten Vorschläge Kautsky's zur Verlegung des Parteivorstandes mehr Beachtung gefunden hätten. Aber die Rolle des Parteivorstandes als verwaltemdes Organ scheint nun einmal als dessen Hauptaufgabe betrachtet zu werden.

Die Diskussion über die Parteipresse habe sich um die Frage des Verhältnisses der Partei zu den Gewerkschaften bewegt, aber man könne nicht sagen, daß dieses wichtige Thema die Behandlung erfahren hätte, die ihm gebührt. Wörtlich heißt es weiter:

Die Ueberzeugung, daß trennende Gräben vorhanden sind, die ausgefüllt werden müssen, ist allgemein. Es soll hier kein Versuch gemacht werden, zu zeigen, wie. Aber das muß doch gesagt werden: die Gewerkschaftsführer beschwerten sich mit vollem Recht über die Art und Weise, in der manche Kritiker und Kritikerinnen mit ihnen umgesprungen für gut fanden, und wenn die Gräben nicht zu tiefen Schluchten erweitert werden sollen, dann muß vor allem den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gezeigt werden, daß die herabwürdigenden Behauptungen über die Gewerkschaftsarbeit einzelnen Parteimitgliedern, aber nicht der Gesamtpartei zur Last fallen. Die Debatte über die Parteipresse hat leider nichts zur Klärung der Situation beigetragen. Man stimmte ab über Selbstverständliches und erzielte daher Einstimmigkeit, die Streitfragen, um die sich die Diskussion drehte, konnten aber nach der gegebenen Sachlage nicht zum Gegenstand einer Entscheidung gemacht werden. Wenn daher auch die Resolution einstimmig angenommen wurde, so bedeutet das doch noch lange nicht, daß der Parteitag auch alles billigt, was über die Gewerkschaften gesagt wurde.

Zur Frage des Generalstreiks macht die „Vollstimme“ Ausführungen, die uns nötigen, aus dem mir unterzeichneten Artikel einen längeren Auszug wiederzugeben. Es heißt da:

„Bebel hat in seinem langen Referat gewiß viel Beherzigenswertes über die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse gesagt, aber die Frage, wie der Generalstreik zu unserer Anschauung von der organischen Weiterentwicklung des kapitalistischen Staates zum sozialistischen Staate und zur Ablehnung aller revolutionären Mittel paßt, hat er nicht beantwortet. Mit Recht wies David darauf hin, daß der Generalstreik nicht zu vereinbaren ist mit unserer Anschauung von der Selbstauflösung der bürgerlichen Gesellschaft. Er kam höchstens ein Mittel sein, um eine Pincerbeit in den Stand zu setzen, einer Mehrheit ihren Willen aufzudrängen. Das ist aber eine Methode, die uns als Demokraten und Sozialisten gleich fremd sein soll und ihre nummehrige Akzeptierung böte zu großen Bedenken Anlaß, wenn nicht die Resolution Bebel's zum Generalstreik in eine Form gebracht wäre, die sie recht ungefährlich macht. „Gegebenenfalls“, wenn so und so viele Voraussetzungen erfüllt sind, soll unter Umständen die „umfangreichste Massenarbeits-einstellung“ Anwendung finden. Das ist wirklich nicht der Generalstreik, den Friedberg und die Anarcho-sozialisten meinen. Aber trotzdem halte ich die Stellungnahme des Parteitages in dieser Frage nicht für eine glückliche. Man muß, um sie zu teilen, die nächste politische Entwicklung Deutschlands ungeheuer pessimistisch, die Stärke der Position des Proletariats aber ungeheuer optimistisch beurteilen, was im Grunde genommen ein Widerspruch in sich selbst ist. Wenn das Proletariat in der Lage ist, durch Massenarbeits-einstellungen die bürgerliche Gesellschaft unter seinen Willen zu beugen, dann muß notgedrungenweise die Bourgeoisie eine schwache Position haben, daß ihr schon deshalb die Entrechtung des Proletariats unmöglich wird. Zu was soll da der Generalstreik noch notwendig sein?

Auch bei Erörterung des Generalstreiks hat sich der Parteitag in Widerspruch zu der Entscheidung des Gewerkschaftskongresses gefügt; lehnte dieser es schon ab, das neue Kampfmittel nur zu diskutieren, so mußte er erst recht gegen seine Anwendung sein. Das ist bedauerlich, wird aber dann keine nachteiligen Folgen haben, wenn die Genossen allerorts den vorletzten Absatz der Resolution Bebel für den wichtigsten halten und danach handeln.

Die „Literatensache“ fand ihren Abgang durch Annahme einer Resolution, die — alles beim alten läßt. Nach wie vor hängt es von dem Tatgefühl einzelner Parteimitglieder ab, ob sie eine Diskussion über sachliche Meinungsverschiedenheiten in persönliche Beschimpfungen ausarten lassen wollen. Der Hinweis auf die Prekommissionen und den Parteivorstand wirkt nicht im geringsten vordringend und einschränkend, denn in der Nacht der ersten hätte es bisher schon gelegen, dem Treiben einzelner Redakteure Einhalt zu tun, was ihnen aber gar nicht einfiel. Da sich an den Bericht der Kommission keinerlei Debatte knüpfte, war es den Genossen aus der „Provinz“ unmöglich zu sagen, was sie über den Streit denken, wodurch die einzige Möglichkeit, auf die Parteigenossen in den Orten, in denen die Hauptschuldigen des parteischädigenden Treibens sitzen, einzuwirken, abgeschnitten wurde. Wir befürchten, daß es bei dieser Haltung des Parteitages gar nicht lange dauert, bis die väterlichen Ermahnungen der Kommission in den Wind geschlagen werden und der Streit irgendwo von neuem ausbricht. Die Resolution trifft eben nicht die Grundursachen des bedauerlichen Konflikts, weder hier, noch in dem Absatz, der sich mit der Arbeit an der „Neuen Zeit“ beschäftigt. Es läßt sich leicht dekre-

tieren, in Zukunft die „Neue Zeit“ als Publikationsorgan zu benutzen, aber schwer wird ihr Redakteur zu der Toleranz gegen wissenschaftliche Uebersetzungen anderer zu erziehen sein, die der Redakteur eines Organs, das allen Richtungen, die wir ja nun einmal haben, seine Spalten öffnet, notwendigerweise haben muß. Wir haben es verlernt, den Parteigenossen, der es ehelich mit der Partei meint, auch in dem zu achten, der glaubt, nicht mehr in allen Punkten in den durch Marx und das Erfurter Programm gewiesenen Bahnen wandeln zu können. Diese wissenschaftliche Intoleranz ist die letzte Ursache aller bedauerlichen Vorgänge in unseren Reihen in den letzten Jahren, und so lange sie nicht verschwindet, werden wir auch unter ihren Folgen zu leiden haben.

Die „Leipziger Volkszeitung“ sagt in einem Zeit-artikel über den Massenstreik:

„Der feste und unerschütterliche Entschluß, dem reaktionären Ansturm der herrschenden Klassen, in dem Maße, wie er stärker andrückt, einen um so stärkeren Damm entgegenzusetzen, gab der gestrigen Sitzung des Parteitages ihre Signatur und wird diesem Parteitage seine Stellung in der Geschichte der Partei sichern. Er wurde in keiner Weise dadurch erschüttert, daß von den Gegnern des politischen Massenstreiks die Gefahren bedrohend wurden, die auf dem neuen Wege drohen könnten. Solche Gefahren gibt es sicherlich, und es war eine etwas wohlfeile Verbesamtheit, davor zu warnen, daß mit dem Blut und den Knochen der Arbeiter kein triviales Spiel getrieben werden dürfe. Wer denkt dem daran, ein solches Spiel zu spielen? Es sind ja die Arbeitermassen selbst, die nach neuen Kampfmethoden verlangen, und wenn sie entschlossen sind, mit ihrer ganzen Existenz für die Menschewürdigkeit dieser Existenz einzutreten, so ist es eine Torheit anzunehmen, daß sie zu solcher Aufopferung durch einige „Literaten“ und „Theoretiker“ verführt worden sein könnten. Das läuft am letzten Ende doch nur auf die reaktionäre Mär von den „Franzosen, Juden und Polen“ hinaus, die einst die Berliner Märzrevolution gemacht haben sollten.“

Das überflüssige Drohen mit der Revolution ist gewiß eine Kinderrei, aber es steht nicht besser mit dem bloßen Warnen vor Gefahren, die das Proletariat laufen könnte, wenn es sich entschließt, seine Rechte mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten. Es fragt sich doch immer, ob der Lobh des Kaufes eines hohen Einsatzes wert ist. Mit dem historischen Fortschritte sähe es übel aus, wenn sich niemals eine unterdrückte Klasse hätte bereit finden lassen, Fleisch und Knochen einzusetzen, sobald die Last der Unterdrückung für sie unerträglich wurde. Kein Verteidiger des Generalstreiks, auch der eifrigste nicht, hat je verlangt, daß mit dieser scharfen Waffe gespielt werden sollte. Aber daraus, daß sie tiefe Wunden schlagen kann, folgt doch nicht, daß sie im ernstlichen Falle nicht verwandt werden dürfe.

Der Parteitag hat in reiflich erwogenem Entschlusse sich entschieden, den politischen Massenstreik in die Kampfmethoden der deutschen Arbeiterklasse aufzunehmen, und es wird nimmehr die Aufgabe namentlich auch der Parteipresse sein, ihn methodisch zu studieren.

Neuorganisation der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins.

Die Frage einer zeitgemäßen Umwandlung der Berliner Parteiorganisationen wird bekanntlich seit längerer Zeit durch eine von den Parteigenossen eingesetzte Kommission beraten. Die Kommission hat einen Statutenentwurf fertiggestellt, der nimmehr den einzelnen Wahlvereinen zur Beratung vorliegt. — Der Entwurf lautet:

Statut des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

§ 1. Die sozialdemokratischen Wahlvereine der sechs Berliner Wahlkreise und der beiden Vorortkreise Teltow-Beeslow-Storlow-Charlottenburg und Nieder-Barnim bilden einen gemeinsamen Verband unter dem Namen: „Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend“.

§ 2. Aufgabe des Verbandes ist die Förderung aller gemeinsamen Parteinteressen der obigen acht Wahlkreise. Dahin gehören insbesondere:

- a) Vorbereitung aller Wahlen und Aktionen, an denen die sozialdemokratische Partei beteiligt ist;
b) Veranstaltung von Versammlungen und Herausgabe von Flugblättern, die gemeinsamen Zwecken dienen;
c) Verwaltung und Verwendung der nach § 8 von den Kreiswahlvereinen eingehenden Gelder;
d) Herausgabe eines Korrespondenzblattes;
e) Beschaffung von Referenten;
f) Verwaltung gemeinsamer Institutionen;
g) Kontrolle des „Vorwärts“ durch eine Prekommission laut Parteistatut.

§ 3. Mit der Leitung des Verbandes wird ein aus mindestens 45 Mitgliedern bestehender Vorstand betraut, der alljährlich zu wählen ist.

Die Mitglieder desselben werden von den Kreiswahlvereinen prozentual ihrer Mitgliederzahl gewählt; jedoch muß jeder Kreiswahlverein durch mindestens vier Mitglieder in demselben vertreten sein.

Der Vorstand bildet aus seiner Mitte den Verwaltungsbund und Aktionsauschuss, die Prekommission, die Agitationskommission und die Lokalkommission. In jeden dieser Ausschüsse muß jeder Kreis durch mindestens einen Delegierten vertreten sein.

Der Verwaltungsbund und Aktionsauschuss besteht aus 14 Mitgliedern, und zwar:

- 2 Vorsitzenden,
2 Kassierern,
2 Schriftführern,
5 Beisitzern und
je einen Vertreter der Preh-, Agitations- und Lokalkommission.

Die Generalversammlung bestimmt aus den von den Kreiswahlvereinen gewählten Vertretern den ersten Vorsitzenden, ersten Kassierer und ersten Schriftführer.

§ 4. Zur Kontrolle des Vorstandes sind alljährlich von der Generalversammlung 5 Revisoren zu wählen.

§ 5. Halbjährlich findet mindestens eine Generalversammlung statt, zu welcher jeder Kreiswahlverein prozentual seiner Mitgliederzahl Delegierte zu entsenden hat. Auf je 50 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen. Maßgebend für die Delegation ist die Mitgliederzahl, welche sich aus den im vorhergehenden Jahre eingegangenen Mitgliederbeiträgen ergibt.

Stimm und Stimme haben in der Generalversammlung außer den Delegierten: die Mitglieder des Vorstandes, die Revisoren, die Reichstags-Abgeordneten resp. Kandidaten der acht Kreise, je eine Vertretung der Redaktion des „Vorwärts“ und der Berliner Parteidrucker.

Außerordentliche Generalversammlungen können einberufen werden durch Beschluß des Vorstandes oder auf Antrag von drei Kreiswahlvereinen.

Die Tagesordnung der Generalversammlungen und Anträge zu denselben müssen vorher im Korrespondenzblatt bekanntgemacht werden.

§ 6. Zu den Aufgaben der Generalversammlung gehören:

- 1. Entgegennahme der Berichte des Vorstandes und der Revisoren,
2. Beschlußfassung über Parteifragen und gemeinsame Agitation,
3. Wahl des ersten Vorsitzenden, des ersten Kassierers, des ersten Schriftführers (siehe § 8 letzter Absatz) und der Revisoren.

4. Festsetzung der Zahl der Mitglieder des Vorstandes und die prozentuale Verteilung derselben auf die einzelnen Kreise.
 5. Beschlußfassung über eventuelle Anstellung und Befoldung von Vorstandsmitgliedern.
 Die gefassten Beschlüsse der Generalversammlung sind bindend für die acht Kreiswahlvereine.
 § 7. Die Parteigeheften in den einzelnen Kreisen werden von den Kreiswahlvereinen selbstständig geregelt.
 Jeder Kreiswahlverein hat seine Bezirkseinteilung den Grenzen der Reichstagswahlbezirke anzupassen.
 Das in den Kreiswahlvereinen zu erhebende Eintrittsgeld beträgt 10 Pf., der monatliche Beitrag 25 Pf.
 Jeder Parteigenosse hat sich der Organisation seines Kreises anzuschließen; dauernde Tätigkeit in einem anderen Kreise ist einzeln oder gruppenweise nur mit Genehmigung des Vereinsvorstandes gestattet.
 § 8. Mitgliedsbücher und Beitragsmarken sind für alle Kreiswahlvereine einheitlich. Für jede vom Kassierer entnommene Beitragsmarke sind von den Kreiswahlvereinen 5 Pf. zu zahlen.
 Alle in den Kreisen vereinnahmten Gelder, die nicht zur Deckung eigener Ausgaben Verwendung finden, sind an den Vorstandsvorstand abzuführen.
 § 9. Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar und endigt mit dem 31. Dezember.
 Nach Schluß eines jeden Geschäftsjahres ist ein gedruckter Jahresbericht herauszugeben und muß derselbe mindestens vier Wochen vor der stattfindenden Generalversammlung den einzelnen Kreiswahlvereinen zugestellt sein.
 § 10. In dem vom Vorstande herausgegebenen Korrespondenzblatt hat derselbe allmonatlich über die wichtigsten Vorgänge im Verbandswesen sowohl in den Kreiswahlvereinen zu berichten. Das Korrespondenzblatt ist sämtlichen Vorstandsmitgliedern, Abteilungs- und Bezirksführern der Kreiswahlvereine unentgeltlich zuzustellen.
 § 11. Anträge auf Aenderung dieses Statuts sind mindestens vier Wochen vor der Generalversammlung dem Zentralvorstande einzureichen und bedürfen zu ihrer Annahme der Zustimmung von zwei Dritteln der auf der Generalversammlung Anwesenden.

Der Wahlverein für den dritten Kreis war der erste, der sich in seiner am Dienstag abgehaltenen Generalversammlung mit der Beratung des Entwurfs befahte. — Der Vorsitzende Friz legte denselben der Versammlung vor und bemerkte, der dritte Wahlkreis habe unter der alten Organisation sehr gut gearbeitet, er habe die Frage der Reorganisation noch nicht aufgerollt und habe auch kein Bedürfnis nach einer neuen Organisation. Es sei nun Sache der Generalversammlung, zu dem von der Kommission angenommenen Entwurf Stellung zu nehmen.
 Der § 1 des Entwurfs wurde hierauf von der Versammlung ohne Debatte angenommen.
 Dann sprach Kräcker den Wunsch aus, daß Friz bei jedem Paragraphen über die Kommissionsberatungen referierte. — Friz kam dem Wunsche nach und gab zunächst zum § 2 einige Erläuterungen. Das im Absatz d vorgesehene Korrespondenzblatt solle monatlich einmal erscheinen und den Bezirksführern geliefert werden, um sie über die Angelegenheiten der Gesamtorganisation zu informieren. — Kräcker führte aus, durch die Bestimmung des Absatzes a scheine die Selbstständigkeit der einzelnen Kreise bedroht, denn wenn auch die Wahlen vom Gesamtverband vorbereitet werden sollen, dann wolle dieser wohl auch in der Kandidatenfrage das entscheidende Wort haben. Das Recht über diese Frage selbstständig zu entscheiden, wisse aber dem Kreise erhalten bleiben. Redner hätte gewünscht, daß zu diesem Punkt des Entwurfs Verbesserungsanträge gestellt worden wären. — Hoch bemerkte darauf, die Vertreter des Kreises in der Kommission hätten in der von Kräcker angegebenen Richtung zu wirken versucht. Sie hätten in der Kommission beantragt, im Absatz a die Worte „Wahlen und“ zu streichen, und daß im § 7 ausdrücklich gesagt werde, sämtliche Kandidaturen werden vom Kreise selbst aufgestellt. —

Diese Anträge wurden nun in der Versammlung erneuert. Die §§ 2, 7, 8, 10 wurden, weil sie dieselben Gegenstände betreffen, gemeinsam diskutiert. — Kräcker beantragte, den letzten Absatz des § 7 zu streichen. Es müsse jedem Parteigenossen überlassen bleiben, selber darüber zu entscheiden, in welchem Kreise er mitarbeiten will. Dies selbstverständliche Recht der Parteigenossen dürfe nicht von der Genehmigung des Gesamtverbandes abhängig gemacht werden. — Friz und Hoch bemerkten dazu, daß auch in der Kommission dahingehende Anträge gestellt worden seien. Von den Besprechern des letzten Absatzes des § 7 sei jedoch bemerkt worden, diese Bestimmung werde in der lokalsten Weise gehandhabt werden, es handle sich nur darum, daß der Gesamtverband einen Heberbüß über die in jedem Kreise verfügbaren tätigen Genossen habe. In der Regel solle es jedoch so gehandhabt werden, daß die beiden größten Kreise, der 4. und 6., die nötigen Hülfskräfte an die kleineren Kreise abgeben. — Heilmann führte aus, die Selbstständigkeit der einzelnen Wahlkreise sei in dem neuen Organisationsstatut der Partei, welches der Parteitag in Jena angenommen hat, ausdrücklich festgelegt. Danach bilde der Wahlverein die Grundlage der Organisation. Zur Frage der Kandidatenaufstellung habe der Referent, Genosse v. Bollmar, namens der Kommission ausdrücklich bemerkt, daß die Aufstellung der Kandidaten ein selbstverständliches Recht jedes Kreises sei, was von keiner Seite bestritten werde. Wenn nun in dem Statuten-Entwurf für Berlin Bestimmungen enthalten seien, wonach die Entscheidung über Kandidaturen dem Gesamtverband übertragen werde, so widerspreche das dem Parteistatut und könne schon aus diesem Grunde nicht angenommen werden. Weiter wandte sich der Redner gegen den Absatz 2 des § 8, wonach die Beschlußfassung über Parteitage und gemeinsame Agitation zu den Aufgaben der Generalversammlung des Gesamtverbandes gehören. Der Wahlkreis könne nicht damit einverstanden sein, daß ihm die Entscheidung über Parteitage genommen werde. Jede Richtung und jede Anschauung innerhalb der Partei müsse nach Möglichkeit zur Geltung kommen. Das sei aber ausgeschlossen, wenn der Gesamtverband über Parteitage entscheide. Das Recht der kleinen Kreise würde dadurch stark beschnitten werden. Redner trat dafür ein, daß der dritte Kreis seinen Beitrag zum Gesamtverband für Berlin davon abhängig mache, daß ihm das Selbstbestimmungsrecht in den angeführten Punkten gewahrt bleibe. —

Nachdem sich die Diskussion noch weiter in dieser Richtung bewegt hatte, ging eine von Heilmann und Jonas gestellte Resolution ein. Sie lautet:
 „Die Generalversammlung erklärt: Das Statut des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins beschränkt, entgegen den Parteinteressen und dem neuen Parteistatut die Selbstständigkeit der einzelnen Kreise in übermäßigem Grade. Es ist für den dritten Kreis nur annehmbar, wenn die Aufstellung sämtlicher Kandidaturen und die Beschlußfassung über Parteitage Angelegenheiten des Kreises verbleibt.“
 Die Abstimmung über die §§ 2, 7, 8, 10 ergab die Annahme aller im Laufe der Debatte gestellten Änderungsanträge. Dann wurden die übrigen Paragraphen der Reihe nach diskutiert. Besonders wandte man sich gegen die Bestimmungen des Entwurfs, welche die Zahl der zur Generalversammlung und zum Vorstand des Verbandes von den einzelnen Kreisen zu entsendenden Vertreter nach dem Verhältnis der Mitgliederzahl der einzelnen Kreise festgesetzt wissen wollen. Es wurde für jeden Kreis die gleiche Zahl von Vertretern gefordert und auch demgemäß beschlossen.
 Das Ergebnis der Einzelabstimmungen ist folgendes:
 Im § 2, Absatz a, werden die Worte „Wahlen und“ gestrichen. Absatz d: Herausgabe eines Korrespondenzblattes, wird ebenfalls gestrichen. — Im § 3, zweiter Absatz, werden die Worte „prozentual ihrer Mitgliederzahl“ gestrichen. Ferner werden im vorletzten Absatz desselben Paragraphen je zwei Vertreter in der Presb. und der Lokalkommission gefordert. — Im § 4 werden fünf d. Revisoren deren 8 — für jeden Kreis einer — verlangt. — § 5, erster Absatz, soll lauten: „Halbjährlich findet mindestens eine Generalversammlung statt, zu welcher jeder Kreiswahlverein 25 Delegierte zu entsenden hat.“ — Im zweiten Absatz wird die Vertretung der Kandidaten, der Redaktion des „Vorwärts“ und der Berliner

Parteidruckerei gestrichen. Im dritten Absatz werden statt 3 Kreiswahlvereine deren 2 gefordert und im letzten Absatz wird statt „Korrespondenzblatt“ „Vorwärts“ gefordert.
 Im § 8 werden im Absatz 2 die Worte „über Parteitage“, im Absatz 3 „und der Revisoren“, im Absatz 4 „und die prozentuale Verteilung derselben auf die einzelnen Kreise“ gestrichen.
 Im § 7 wird hinter „die Parteigehefte“ eingeschaltet „sowie die Aufstellung sämtlicher Kandidaturen“. — Der letzte Absatz dieses Paragraphen wird gestrichen.
 Im § 8 wird der letzte Absatz gestrichen. § 10 wird ganz gestrichen.
 Die Versammlung nahm in der Gesamtabstimmung das so geänderte Statut an, sah von einer Abstimmung über die Resolution Heilmann-Jonas ab und übertrug dieselbe dem Vorstande.

Gerichts-Zeitung.

Preussische Husarenleutnant.

Ein umfangreicher Wucherprozeß gelangte gestern zur Verhandlung vor der 4. Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Quast. Die Anklage richtete sich gegen den Vermittler Gustav Hiete und den Trainer Hermann Struwe und lautete auf Wucher bezw. Betrug und Unterschlagung. Zwei Husarenleutnants benötigten gegen Ende 1903 bares Geld und versuchten, sich ein größeres Darlehen zu verschaffen. Sie wurden durch einen Verwandten auf Hiete hingewiesen und kamen durch diesen mit Struwe in Verbindung, der ihnen 12000 M. zu verschaffen versprach. Sie erhielten das Geld unter eigenartigen Umständen. Die Offiziere übergaben den Angeklagten drei Wechsel zu 6000 M. und zwei Wechsel zu 3000 M. Dafür erwarteten sie die dem Struwe gehörigen Rennpferde „Harfeggh“ und „Schöngeist“ für zusammen 12000 M. Die Pferde wurden als völlig fehlerfrei hingestellt. Für die anderen Wechsel sollten die Offiziere alsbald 12000 M. mit Abzug von 6 Proz. Diskont durch Struwe erhalten. Hiete sollte 5 Proz. Provision von der ganzen Summe von 24000 M. erhalten. So behauptet er wenigstens, während die Offiziere behaupten, daß die Provision sich nur auf die bar zu leistenden Summen beziehen sollte. Ferner sollte Struwe, der die Pferde gegen je 120 M. monatliche Vergütung in Pension behalten sollte, 15 Proz. der durch dieselben zu erzielenden Nettogewinne erhalten. Nach Ansicht der Anklagebehörde stellte sich dieses ganze Geschäft als ein grob wucherisches dar, weil die beiden Angeklagten gewöhnlich Vorteile für das Darlehen unterhältnismäßig hohe gewesen seien und außerdem die beiden Pferde einen viel geringeren Wert gehabt hätten, als an Struwe dafür bezahlt wurde. Die Anklage führte ferner ins Feld, daß es sich um junge Offiziere handele, die sehr leichtsinnig das ganze Geschäft abgeschlossen und leichtsinnig 24000 M. Wechsel aus der Hand gegeben hätten, ohne sich von dem Wert der Pferde überzeugt und ohne von der Wechselvaluta einen angemessenen Betrag zu erhalten. Gegen Hiete und den Wechsel soll Struwe nur 300 M. bar und am nächsten Tage 1000 M. gezahlt haben. Mit dem Rest wurden die Offiziere, wie behauptet wird, vertröpselt. Struwe soll dann allmählich an Hiete die Wechselvaluta bis auf 4500 M. ergänzt und Hiete sich noch einen namhaften Betrag von über 600 M. für seine Provision zurückbehalten haben. Ein Teil des entstandenen Schadens ist dadurch wieder gut gemacht worden, daß es dem Vater des einen Offiziers gelang, einen Wechsel von 6000 M. von Struwe zurückzuerhalten. Der zweite Wechsel von 6000 M. ist mit Dammum weiter begeben worden und der Vater hat ihn für 4600 M. einlösen müssen. Die beiden Wechsel über 3000 M. mußten noch eingelöst werden. Für die letzten Wechsel hatte Struwe eine Vollblutstute gekauft, die aber an Lungenerkrankung erkrankte. Nach Ansicht der Anklage hat sich Struwe bei diesem Darlehensgeschäft nicht nur des Wuchers, sondern auch des Betruges schuldig gemacht, indem er die Pferde für taubelfrei erklärte, während sie Fehler an den Beinen gehabt haben sollen. Hiete soll sich, als die beiden Offiziere wegen verzögerten Abschusses des Darlehensgeschäfts mit ihm einwilligen ein anderes kleineres Darlehensgeschäft eingegangen, noch der Unterschlagung eines Betrages von 300 M. schuldig gemacht haben. Die Angeklagten bestritten jede Schuld und hatten durch die Rechtsanwältin Morris, Dr. Wach und Dr. Davidsohn sowohl bezüglich der Güte der Pferde, als auch bezüglich manch anderer mit hinein spielender sportlicher Verhältnisse einen Entlastungsbeweis antreten lassen. Die Erörterung der ganzen Angelegenheit dehnte sich bis zum späten Nachmittag aus und endigte nur mit knapper Not der Vertagung. Als Sachverständiger war der Rittmeister a. D. und Vertreter des Unionsklubs Franz Wolff vernommen worden. Die Angeklagten verlangten aber in letzter Stunde noch die Vernehmung eines Herrn von Schleinitz, der bezeugen sollte, daß das Pferd „Schöngeist“ nicht minderwertig war, es vielmehr auf der Rennbahn in bester Verfassung gesehen habe. Da Herr v. S. aber nicht zur Gerichtsstelle geschafft werden konnte, wurde schließlich auf seine Vernehmung verzichtet. Auf Grund der Ergebnisse der Beweisaufnahme kam der Gerichtshof zu einem Schuldspruch im Sinne der Anklage und verurteilte Hiete zu neun Monaten, Struwe zu 1 Jahr Gefängnis, beide auch zu je 500 M. Geldstrafe. Hiete wurde sofort in Haft genommen, Struwe befand sich schon in einer anderen Sache in Haft.

Ein Meineidsprozeß spielte sich gestern vor dem Schöffengericht am Landgericht I ab. Die jetzt 21jährige Anna Dremit hatte schon als 17jährige Mädchen sich ein „Verhältnis“ angeknüpft und war, da ihre ordentlichen Eltern dies nicht litten, in eine Zwangs-erziehungsanstalt gebracht worden. Von dort kam sie als Dienstmädchen in die Familie eines Kaufmanns, und als sie eines Tages beim Bettmachen unter dem Kopfkissen des Dienstherrn ein Portemonnaie mit fast 500 M. vorfand, stahl sie das Geld und suchte das Weite. Sie kaufte sich gute Garderobe, stanierte die Friedrichstraße auf und ab und besuchte gewisse Cafés. Dort lernte sie den Angeklagten Simons kennen, der als Expresier, Veträger, Kuppler, Dieb und Hehler jahrelange Zuchthaus- und Gefängnisstrafen abgesessen hat und zuletzt wieder eine ihm vor kurzem wegen Diebstahls zudisponierte fünfjährige Zuchthausstrafe verbüßt. Simons etablierte sich bald als ihr Zubehälter und es wiederholte sich auch hier wieder der typische Fall, daß das Mädchen in eine Hosenartige Abhängigkeit von dem Vampyr geriet. Er unterwirft sie in ihrem schamlosen Gewerbe, indem er ihr alle Schliche und Kniffe beibrachte, durch welche diese Mädchen der Straße Männer anzulocken und der Polizei ein Schnippchen zu schlagen verstehen, trieb sie immer wieder auf die Straße und nahm ihr täglich fast das ganze Sündengeld ab. Wenn es ihm nicht genug war, schickte er Stadtschläge und Fußtritte. Durch die Drohung, sie wegen des ihm bekannt gewordenen Diebstahls anzuzeigen, hielt er sie völlig in seinem Banne und sie vermaachte es nicht, die Hosenketten zu zerreißen. Der Zufall wollte es, daß beide an demselben Tage von ihrem Schicksal ereilt wurden: sie wurde wegen des Diebstahls an ihrem Dienstherrn, er auf die Anzeige eines anderen Mädchens hin wegen Zuhälterei festgenommen. Der Zufall wollte es weiter, daß beide sich in demselben „grünen Wagen“ wiederfanden. Hier hatte er Gelegenheit, während des Transports der Dremit vorzuhalten, daß sie nichts gegen ihn auszusagen dürfe. „Wenn sie etwas gegen ihn aussagte, würde er ihr die Knochen zerschlagen und wenn er zehn Jahre Zuchthaus bekommen sollte.“ Das Mädchen machte die ihr wegen des Diebstahls zuerkannten 2 Monate Gefängnis ab und kam dann ins Erziehungsheim „Saleb“ zu Lichterfelde. Als Simons wegen Kuppelerei angeklagt war, wurde sie als Zeugin vernommen und aus Furcht vor ihrem Peiniger sagte sie zu dessen Gunsten unter ihrem Eide falsch aus und rettete ihn so vor der ihm drohenden schweren Strafe. Sie trat auch wider besseres Wissen unter ihrem Eide den Aussagen der Befragten entgegen. Dann aber bekam das Mädchen eines Tages beim Billelesen Gewissensbisse; sie hatte des Nachts keine Ruhe mehr und veranlaßte die Oberin, der sie sich entbot, bei der Staatsanwaltschaft die Anzeige wegen Meineides zu erstatten. Sie kam dann auch vor die Geschworenen und gestand dort reuevoll ihr schweres Unrecht ein. Da sie den Meineid unter einem unwiderstehlichen Zwange geleistet hatte, wurde sie nur zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, die sie am 15. d. M. abgebüßt hat. Der Angeklagte hatte sich einige

Zeit unschätzbare gemacht und wurde dann endlich als „Pferdehändler Billy Beck“ festgenommen. Unter diesem Namen hatte er Bekanntschaft mit Mädchen angeknüpft und diese dann in raffiniertester Weise bestohlen. Wegen dieser Straftaten ist er zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. — Gestern trat seine ehemalige Slavine als Anklägerin gegen ihn auf. Er versuchte zwar, sie ungläubig zu machen, da aber deren Aussage durch andere Zeuginnen voll bestätigt wurde, so war sein Schicksal festgelegt. Sein Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Cohnmann mußte sich darauf beschränken, den Angeklagten, der sich in einer gewissen Zwangslage befunden habe, einer möglichst milden Beurteilung zu empfehlen. Der Gerichtshof verurteilte ihn zusätzlich zu 2 Jahren Zuchthaus, so daß dem Vampyr auf 7 Jahre das Handwerk gelegt ist.

§ 175. Vor dem Landgericht München I wurden die „Schriftsteller“ Rudolf und Hans Scherer, zwei misstrauete Sprößlinge eines hohen Regierungsbeamten im Elsaß, wegen eines an einem Münchener Aristokraten nach § 175 verübten Erpressungsversuchs zu je 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, ein dritter im Bunde, ein Edler Sauer von Sauersperg, wurde von der gleichen Anklage aber freigesprochen. Die beiden Gebrüder Scherer verhaftet über den Aristokraten eine Proskription, deren Erscheinen sie in Aussicht stellten und erklärten sich bereit, gegen eine Abfindung von 4000 M. von einer Anzeige an die Staatsanwaltschaft abzusehen.

Die Kammerfrau der Herzogin. Vor dem Schöffengericht N 1 wird Donnerstag die Privatbeleidigungssache der Kammerfrau und Gesellschaftlerin der verstorbenen Herzogin Amalie von Schleswig-Holstein, Fräulein Anna Milewsky, gegen die Prinzessin Henriette von Schleswig-Holstein, die Gemahlin des Geheimrats von Esmarch, verhandelt werden. Der Fall Milewsky hat schon im September v. J. das Berliner Landgericht beschäftigt, vor dem sich Fräulein Milewsky in einem sehr merkwürdigen Prozeßverfahren wegen Diebstahls an Schmuckstücken der Herzogin Amalie zu verantworten hatte. Die Verhandlung wurde vertagt, Fräulein Milewsky aber wegen Klüßcherdachs in Haft genommen. In dieser Verhandlung gelangte ein Brief der Prinzessin Henriette an den Herzog Ernst Günther zur Kenntnis des Fräulein Milewsky. In diesem Brief wird Fräulein Milewsky als eine große Verbrecherin hingestellt, sie wird des Diebstahls bezichtigt und es wird die Verwendung gebraucht, daß alles, was den Namen Milewsky trage, schon an sich Verbrecher sei. Wegen dieses Briefes hat Fräulein Milewsky gegen die Prinzessin Henriette die Privatbeleidigungssache erhoben.

Vermischtes.

Die Cholera. Aus Bromberg wird berichtet: Bei dem unter choleraverdächtigen Erscheinungen gestorbenen Kinde des Arbeiters Kürtz in Adolfsdorf (Kreis Wirsig) ist Cholera als Todesursache festgestellt. Die fünfjährige Schwester des verstorbenen Kindes ist gleichfalls an Cholera erkrankt.

Vier Verlorenen im Polizei-Arrest erstickt. Aus Ratibor meldet der „Oberschles. Anzeiger“: Das Polizei-Arrestgebäude birgt in seinem Parterre einen Raum, der als Unterkunftsraum für Auswanderer benutzt wird, die wegen Krankheit oder aus anderen Gründen von der Weiterreise ausgeschlossen, die Stadt über in Ratibor bleiben müssen. Gestern wurden fünf Auswanderer, und zwar die 27 Jahre alte Pauline Kopeck aus Cronow, Bezirk Ratibor in Galizien und deren drei Kinder Johann, 8 Jahre alt, Marie, 6 Jahre alt und Stanislaus, 4 Jahre alt, sowie die 55 Jahre alte Marie Wlaczonsky aus Kassa in Ungarn, welche nach Amerika reisen wollten, infolge infektiöser Augenkrankheit hier zurückgehalten und sollten heute nach ihrer Heimat zurückbefördert werden. Sie wurden über Nacht in dem obenverwähnten Raum untergebracht. Auf ihren Wunsch ließ der Stoenmeister die in dem Raum angebrachte offene Gasflamme brennen. Um 10 Uhr abends revidierte der Stadmeister zum letztenmal den Raum und fand alle noch bei bestem Wohlfühlen. Als er dagegen um 5 1/2 Uhr die Leute wecken wollte, fand er alle fünf leblos auf den Strohmatten. Der Unterkunftsraum war mit Gas angefüllt, die Gasflamme war verloscht, der Rahn jedoch nicht geschlossen. Die Untersuchung der beiden Frauen und der jüngsten Kinder durch die Aerzte ergab, daß hier jede Bemühung vergebens sei, alle vier waren bereits tot. Die Aerzte bemühten sich daher weiter um den achtjährigen Knaben, der soweit hergestellt wurde, daß er ins Krankenhaus geschafft werden konnte. Wodurch die Flamme zum Erlöschen gebracht wurde, ohne daß der Rahn zugebrochen worden ist, das läßt sich nur vermuten. Die Gerichtskommission kam zu dem Schluß, daß lediglich die Verunglückten selbst an dem Unfall schuld sind! Offenbar stürzte sie bei ihren kranken Augen das Gaslicht. (Aber sie hatten doch angeblich das Licht gewünscht! M. d. „R.“) Sie brachten es deshalb zum Verlöschen, und zwar, wie sie es in ihrer Heimat mit Talg- bezw. Petroleumlicht gewohnt waren, durch einfaches Ausblasen. An ein Abbrechen des Gasbarnes haben sie natürlich nicht gedacht. Das Gas strömte aus und bereitete den Leuten ein jähes Ende. — Sollte in diesem Fall nicht wirklich eine sehr gründliche Untersuchung am Plage sein?

Aus Göteborg wird berichtet: In Lundby auf der Insel Öjinge fand gestern mittag ein starkes Erdbeben statt. Um 1 1/2 Uhr vernahm man ein unterirdisches Getöse, gleichzeitig begannen die Häuser so stark zu zittern, daß die Wände und Mauern Risse erhielten. Die Erdschütterung dauerte etwa eine Minute. An mehreren Stellen entstanden tiefe Risse, die mehrfach einen Fuß breit waren. In dem östlichen Teile der Insel ist der Erdboden bedeutend eingesunken. Neun Häuser wurden durch das Erdbeben beschädigt.

Beim Spielen verschüttet. Aus Frankfurt a. M. wurde gemeldet: Im badischen Dorfe Laudenbach wurden während des Spielens auf einen Sandhaufen fünf Kinder verschüttet. Zwei von ihnen sind tot.

Eine Feuersbrunst hat, wie aus Paris gemeldet wird, das dortige Warenhaus der Galerie de Martiere total zerstört. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

Die neue Tätigkeit des Vesuv, die seit vorgestern abend sehr stark ist, hat, wie aus Neapel gemeldet wird, unter der dortigen Bevölkerung große Unruhe hervorgerufen. Man befürchtet Kataklyphen.

Ein Taifun hat, wie das New Yorker Blatt „Evening Sun“ meldet, Manila heimgesucht. Die Eingeborenen-Viertel wurden zerstört. 8000 Menschen sind obdachlos; 5 Philippinos sind getötet und 200 verwundet worden.

Witterungsüberblick vom 27. September 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. d. g.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. d. g.
Ewlnemde	759	S	1	Dunst	11	Haparanda	769	SW	bedekt	8	
Damburg	758	D	2	Wolfig	10	Petersburg	769	OSO	1	bedekt	7
Berlin	759	SW	1	Rebel	10	Silly	749	OSO	5	Regen	13
Konigs a. M.	757	R	1	Regen	11	Aberdeen	759	NO	2	Regen	9
München	756	NO	2	Rebel	10	Paris	757	OSO	1	Wolfig	9
Wien	756	SO	1	Rebel	15						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 28. September 1905. Ein wenig kühler, zunächst trübe mit Regenschauern und schwachen Südwinden, später Aufklaren.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Ober-Schlesien. Unterweisungen sind nur an bestimmte Personen zulässig. Wir bitten um Angabe eines Namens, unter dem die Exemplare vom Postamt abgeholt werden.

Aus der Partei.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich hielt am letzten Sonntag in ihrer letzten ordentlichen Parteitag ab, der von 117 stimmberechtigten Delegierten usw. und von zahlreichen Gästen besucht war.

Totenliste der Partei. In Seon (Kanton Luzern) ist unser Parteigenosse Dr. Eduard Graf infolge eines Unfalls plötzlich gestorben. Er ist auch den deutschen Parteigenossen nicht unbekannt, da er eine Zeitlang in den Redaktionen der „Münchener Post“ und des „Vorwärts“ tätig war.

Polizeiliches, Gerichtliches usw. Wegen Verleumdung durch die Presse wurde Genosse Leinert, Redakteur des „Vollwillems“ zu Hannover, mit drei Wochen Gefängnis bestraft.

Schuldgehees kritisiert, wodurch sich der betreffende Wirt beleidigt fühlte und Strafandrohung stellte. In der Verhandlung blieb es unaufgeklärt, in wessen Auftrag und für wen der Junge gearbeitet hatte.

Soziales.

Kaufmannsgericht. Buchhalter auf Tagelohn. Gegen die Firma Lehmann, Schuhwaren-Handlung engros, Große Frankfurterstraße 70, klagte ein verheirateter Buchhalter auf eine Entschädigungssumme, weil er angeblich so Unrecht ohne Innehaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist entlassen worden sei.

Eine fatale Ueberraschung wurde dem Kaufmann R o s e s zuteil, als er freigesicher die heiligen Hallen des Gerichts betrat. Er war von seiner früheren Verkäuferin auf Zahlung von 60 M. verklagt worden, weil er sie wegen Erkrankung ohne Kündigung entlassen hatte.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr. Hermann R. Der Vermögensverlust wäre Schadenersatzpflichtig. — Z. B. 57. Sie hätten rechtzeitig auf gerichtliche Entscheidung antragen sollen. — S. G. 100. 1. In 2. Ihr Vater braucht nicht zu Ihnen zu kommen. — Minna 100. Enthält Ihr sogenannter Abzahlungsvertrag nicht Begetilligung, so liegt Verjährung vor. — C. B. 1. und 2. Rein. 3. Rein. — B. 11. Die Kündigung entspricht den gesetzlichen Vorschriften, nicht aber der Anspruch auf Ersatz. — H. P. 25. Auf Antrag des obliegenden Klägers hätte das Gericht die Kosten festzusetzen, dadurch erhöht sich aber Ihre Kostenlast.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 28. September. Anfang 7 1/2 Uhr:

Cyberhand. Bajazzo. Coppelia. Schauspielhaus. Der Schwur der Treue. Neues. Ein Sommernachtstraum. Westen. Der Operndahl. Kleines. Hiballa.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Ballner-Theater). Hofkunst. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Räthelches Theater). Krieg im Frieden.

Leffing. Benignens Erlebnis. — Danneberg. Die Hölle des Löwen.

Rehberg. Die Hölle des Löwen. Trianon. Madame Lorenz. Thalia. Bis früh um fünf!

Carl Weisk. Weltumsegler wider Willen.

Puppen. Kabale und Liebe. Zentral. Die Geisha.

Deutsch-Amerikanisches. Aber, Herr Herzog!

Metropol. Auf — ins Metropol! Kasino. Der Adelsnarr.

Nipollo. Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tangel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.

Gerrnfeld. Die Neuerhain. Wintergarten. Leise Kuller. Spezialitäten.

Hofes Caprice. Nach dem Papstreich. Soll und Haben.

Passage. Goldi Augustin. Herr Tacianu. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Taubenstraße 48/49.

Im Lande der Mitternachtsstunde. Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Spielhaus. Jahrmarkt in Pulsnitz.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Ein Sommernachtstraum.

Morgen u. folgende Tage:

Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:

Hidalla.

Freitag. Sonnabend: Hiballa. Sonntag nachm. 3 Uhr: Hiballa. Abends 8 Uhr: Hiballa. Montag: Nachspiel.

Trianon-Theater.

Heute zum erstenmal:

Madame Torera

(Madame L'ordonance). Schauspiel in 3 Akten v. Jules Chancel. Deutsch von Max Schoenau. Anfang 8 Uhr.

Urania Taubenstr. 48/49.

8 Uhr: im Lande der Mitternachtsstunde.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. GASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.

Neu! Théâtre lumière!

Pariser Schattenspielszenen m. Musik u. Gesangbegleitung. Kinematograph-Theater: Wanderung durch Pompeji. Sturm auf Port Arthur u. a. m. Konzertsaal: Oberbayr. Sänger „die Kochelsee“.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN.

Täglich ab nachmittags 4 Uhr:

Großes Militär-Konzert

Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Kabale und Liebe.

Freitag: Der Mann im Monde. Sonnabend: Jüdisch. Sonntag nachm.: Wilhelm Tell. Abends: Der Mann im Monde. Montag: Der Mann im Monde.

Kasino-Theater

Lehringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.

Der Adelsnarr.

Vorher: Die Zaubergeige von Offenbach.

Original-Rämbler Compagnie zum 1. Male in Berlin Duo Serdan. Sonn. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Berliner Theater.

Eröffnungsvorstellung

Donnerstag, den 5. Oktober.

Andalosa.

Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Andl. Vorverkauf täglich von 10—2 Uhr.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.

Direktion Kren und Schöndorf. Täglich abends 8 Uhr: Durchschlagender Lederriegel! Bis früh um fünf.

Schauspiel m. Ges. 1. 3 Akten v. Jean Kren u. Viktor Wipplach. Musik von Paul Lincke. Sonntag, 1. Oktober, nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.

Zirkus Albert Schumann

Heute abend präz. 7 1/2 Uhr: Glanzabend! Galaprogramm. U. a. Nur noch kurze Zeit!

Nadina Slawianska 40 und ihre Rufen aus der Wandbühne. Die größte Sensation Berlins! — Koch nie gesehen! — John und Louis Boller mit dem phänomenalen Vor- und Rückwärts-Saltomortale mit dem Zweifad.

Neu und ohne jede Konkurrenz! Damen-Ringkampf in d. Luft ausgeführt von 12 Engländerinnen u. Amerikanerinnen Sensation! Das einzig existierende einen halben

Saltomortale schlagendes Pferd. Die neuen höchst originellen Reiter-Sportspiele und famil. Spezialitäten.

Apollo-Theater.

Täglich:

10 Uhr: Ein Abend in einem amerik. Tengel-Tangel

Vorh.: Hochzeitsabend, Spezialitäten. Sonntag, den 1. Oktober cr.: Erste Nachmittags-Vorstellung mit amerik. Tengel-Tangel u. Luftballon Origoletis zu bedeutend ermäßigten Preisen! Anfang 3 Uhr.

Metropol-Theater

Präzise 8 Uhr

zum 20. Male:

!Auf — in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollsander. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

Walden a. D. × Miss Clifford a. D. Bender × Giampietro Josephi × Massary × Frid-Frid Steidl × Lilly Walter. Rauchen in all. Räumen gestattet. Anfang 8 Uhr.

Deutsch-Amerikan. Theater.

Heute zum

Jeden Abend 8 Uhr! Gastspiel Ad. Philipp

27. ABER!

Malo: Herr Herzog

Jeden Sonntagnachmittag 3 Uhr: Halbe Preise! „Ueber'n großen Teich.“

Belle-Alliance Theater.

Variété!

Das Eröffnungs-Programm ist die Sensation Berlins. Premiere

Sonnabend, 30. Septbr., abends 8 Uhr.

The belle Astoria.

Liane Leischner. Edi Blum.

Renards russische Hunde-Mouto. Leo Billward. The 3 Onlays.

Rose und Jehan.

Sol-Do. Ital. Opern-Parodisten. Fidelio-Quartett.

Geschw. Mertens. James und Maud Thomas. Wohlfried-Sextett. 37/3

Vorverkauf ist eröffnet.

Billets sind an der Theater-Kasse vorm. 10—2 Uhr u. bei A. Wertheim zu haben.

Sonntags 2 Vorstellungen

Nachm. 3 Uhr halbe Preise.

Theater Folies Caprice

Budapester Possen-Theater

132 Linienstr. 132 Ecke Friedrichstraße.

Nach dem Zapfenstreich.

Militär-Humoreske von Satyr. Vorher:

Soll und Haben

und der ausgezeichnete Spezialitätenteil.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Ab 1. Oktober: Sonntag nachmittags 3 Uhr Vorst. zu halb. Pr.

Lustspielhaus.

Abends 8 1/2 Uhr:

Jahrmarkt in Pulsnitz.

In keinem anderen Falle

darfte der direkte Bezug vom Produzenten dem Käufer so sehr in die Augen springende Vorteile gewahren, wie beim Einkauf von Zigarren und Tabak, vorausgesetzt, daß man sich reeller Offerten renommierter Firmen bedient.

Wohltätigkeits-Vorstellung zum Besten der bei dem Erdbeben in Chiliern heimgesuchten notleidenden Familien.

Der Reinertrag wird der kgl. italien. Botschaft überwiesen. Zum 7. Male:

Mexiko.

Große Ausstattungs-Pantomime aus dem mexikanischen Pflanzenleben.

Inseniert vom Kommissionsrat Busch. Verfaßt und einstudiert von Herrn Burkhardt-Fostli. Tänze vom italienisch. Hofballermeister Ottavi. Musik von Kapellmeister Taubert.

Die Helden vom Yalu u. Port Arthur in ihren milit. Infanterie-Exerzition. Japanische Infanterie. Ausgesuchte Repräsentanten der Armes des Mikado. Vier Seours Athleten.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.

Heute und folgende Tage

Anfang 8 Uhr:

Die Höhle des Löwen.

Schauspiel in 3 Akten v. W. Hennequin und A. Bilhaud. Sonntag nachm. 3 Uhr: Herkulespfeile.

Bernhard Rose-Theater

Behndbrinnen, Badstraße 58.

Orke: Geschlossen. Freitag, den 29. September cr.:

Die Falschmünzer

oder: Nacht und Morgen. Drama in 4 Akten (8 Bildern) von Charlotte Birch-Pfeiffer. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Preise der Plätze wie gewöhnlich. Sonntag, den 1. Oktober: Die beiden Reichthümer.

Stadt-Theater Moabit

III-Moabit 47/49.

Der Falschmünzer

oder: Nacht und Morgen. Drama in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Anfang 8 Uhr.

Entrée 30 Pf., numer. Platz 50 Pf. Vorzugsstellen haben Günstigkeit. Sonntag, den 1. Oktober: Familie Buchholz.

Passage-Theater.

Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr, nachm. Sonn. 3. Woche, 6 Uhr.

Poldi Augustin

die feiche Soubrette.

Herr Tacianu

Damen-Imitator. Das glänzende September-Programm.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Min. v. B. Dörfel. Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf. Das brillante September-Programm.

Les Miltons

Rockpantomime

Fred Stern

Ueberzirkus

Per Rohrpost

Schwank

und 9 weitere Spezialitäten. Familientar sind in allen Partier, Pieren u. Zigarrengeheimen sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgast.
 Lustspiel in 4 Akten v. T. v. Trotha.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Nora.

Schiller-Theater N. (Friedr.-W. Th.).
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
 Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser
 und F. v. Schönthan.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Nora.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 10.
**Anna, zu dir ist mein
 liebster Gang!**
 Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
 Sonnabend: Extra-Elitenvorstellung:
Der Beifolger von Berlin.
Fröbels Allerlei-Theater
 Schönhauser Allee Nr. 148.
**Jeden Sonntag, Montag,
 Mittwoch:**
 Konzert, Theater, Spezialitäten.
 Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
 Anfang Sonntags 8 Uhr abends.
 Anfang wochentags 8 Uhr abends.
 Nächste Vorstellung: Sonntag, den
 1. Oktober.

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Säger.
 Anfang: 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

**Ziehung nächste Woche
 5. Oktober.**
Quedlinburger Lose à 1 M.
 11 Lose 10 M., Porto u. Liste 20 Pf.
 Pferde-Gewinne sofort verkäuflich
 gegen **Bar Geld.**
 1500 Gewinne im Werte von Mk.
23 000.
 Hauptgewinn i. W. v.
5000 Mark.
 Lose versendet der General-Debitour
Karl Krebs, Quedlinburg.
 Zu haben:
 in den Lotterie- u. Zigarrengeschäften.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
 der deutschen Wagenbauer.**
 Berlin, Bezirk 12.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß am Montag, den 25. d. M.,
 unser Mitglied, der Schlosser
G. Hapke
 im Alter von 36 Jahren ver-
 storben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Donner-
 stag, den 28. d. M., nachmittags
 4 Uhr, von der Leichenhalle der
 Heilands-Gemeinde in Pöhl-
 see statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr:
 Metropol-Theater.
9.10. Abteilung
Nummer Achtzig
 und
Der Panzer
 von Herm. Heyermans.
 Carl Weiß-Theater.
4./5. Abteilung
Egmont.
 Trauerspiel in 5 Akten von
 W. Goethe.
 Musik von L. v. Beethoven.

9. Kunst-Abend
 Dienstag, den 17. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr,
 im Rathaus:

Schumann-Heine
 Vortragender: **Dr. Max Hirschberg**, Dozent der
 Musikgeschichte an der Humboldt-Akademie.

Alle neuen Mitgliedskarten müssen aus den
 Zahlstellen abgeholt werden und müssen 2 Mark an 80 Pf.
 enthalten.

Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
 in der Brauerei Friedrichshain:

Herbst-Fest.

Festmarken à 60 Pfg. inkl. Programm in allen Zahlstellen.
Vokal- u. Instrumental-Konzert.

Mitwirkende:
 Der gemischte Batkesche Chor unter Leitg. seines Dirigenten
 Direktor Max Batke.

Solisten: Konzertmeister Alexander Wittenberg. Fräulein
 Anna Dittmar, Opernsängerin. Fräulein Olga
 Pommerenk, Pianistin. Herr Alexander Dallmann,
 Oratorien-sänger. Herr Kapellmeister Hans
 Hochapfel.

Zur Aufführung gelangen u. a.:
 Die Kreuzerfahrt L. v. Beethoven.
 Schön Ellen (Batkescher Chor) Max Bach.
 Air Sebastian Bach.
 Souvenir de Moscou Wieniawski.
 Loreley Finale (Batkescher Chor)
 Arie der Agathe a. d. Oper „Der Freischütz“.

Der Vorstand. 299/17
 Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung: G. Winkler.

**Gustav
 Behrens
 Spezialitäten-
 Theater**
 Frankfurter-
 Allee 85.

Neues Programm.
 Kolossaler Erfolg von
Eine Berliner Range.
 Posse mit Gesang.
 16 Spezialitäten-Nummern.

**Otto Pritzkw's
 Berliner
 Abnormitäten-Theater**
 Münzstr. 16.
Skelet-Mensch
 der einzig existierende, ohne Kon-
 turen, 22 Jahre alt, 55 Pfd. schwer.
Mne-Mno-Mni???
 Entree 20 Pf.

ELYSIUM.
 Kommandantenstr. 3-4.
 Vollständig neu renoviert.
 Auftreten v. 26 erstklassigen
 intern. Spezialitäten.
 Geöffnet von 10 Uhr früh bis
 12 Uhr nachts.

Möbel-Halle
Harry Goldschmidt
 Moritzplatz 59.
 Nicht zu vergleichen
 mit Abzahlungs-Geschäften
 welche auch Konfektion
 führen. 4396L*
Extra-Abteilung
 verliehen gewesener
Möbel
 wöchentliche oder monatliche
 Teilzahlung gestattet!
 Kein Abzahlungs-Waren-
 haus, sondern nur
 Spezial-Möbel-Geschäft.

Etablissement Buggenhagen
 Moritzplatz.
 Täglich
Gottschalk-Konzert.
 in den unteren Sälen
 Regelmäßig noch frei.

Partei-Expeditionen:

Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Mittenwalder-
 straße 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Frig., Belingstr. 31,
 Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Bengels,
 Frankfurter Allee 79. — **50.:** Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15
 (Laden). — **Fünfter Wahlkreis:** Leo Zucht, Reibellstraße 42
 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders,
 Salmgüterstr. 8, im Laden. — **Wedding und Oranienburger
 Vorstadt:** Karl Beike, Bielefeldstr. 41/42. — **Rosen-
 thaler Vorstadt, Gesundbrunnen:** Hermann Kaschke,
 Sägenerstr. 24, vorn part. links. — **Schönhäuser Vorstadt:** Karl
 Marx, Kallanien-Allee 95/96. — **Alt-Gilencke:** Reinhold
 Schulz, Rudowstr. 72. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg,
 Zelenheimerstr. 1, Ecke Goethestraße, vorn I. — **Deutsch-Wilmers-
 dorf:** W. Ridel, Brandenburgischestr. 110, III. — **Lichtenberg,
 Friedrichsfelde, Wilhelmsberg, Boxhagen, Stralau,
 und Rummelsburg:** Otto Seifert, O. 112, Kronprinzenstr. 50, I.
 — **Grünau:** D. Blume, Bittorfstr. 2. — **Rixdorf:** W.
 Heinrich, Prinz Handjersstraße 7, im Laden. — **Schmargen-
 dorf:** Gustav Kaminsky, Cunostraße 2. — **Schöneberg:
 Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — Ober-
 Schöneberg:** Edo Rüniger, Denckstraße 4, II. — **Nieder-
 Schöneberg:** Bonatowski, Haffelweberstr. 1d. — **Johanni-
 schal:** Franz Händel, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** P. Schmidt,
 Bismarckstr. 32, I. — **Königs-Wusterhausen:** R. Rie, Berlinerstr. 19.
 — **Köpenick:** Friedrich Wold, Grünstr. 29. — **Friedenau-
 Steglitz:** D. Bernsee, Schloßstraße 115, Gartenhaus I, in
 Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Mohr,
 Döppelstraße 8, und Dr. Schellhals, Ahornstraße 15a. — **Marie-
 nedorf:** Hermann Reichardt, Chauffeurstr. 16. — **Baumshulen-
 weg:** E. D. Gensler, II. — **Treptow:** H. Voigt, Eisenstr. 37,
 vorn III. — **Neu-Weißensee:** W. Rette, Sebanstr. 53, part.
 — **Reinickendorf-West:** Emil Reußhoff, Gießmühlstr. 54.
 — **Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schön-
 holz:** P. Gursch, Frosingstraße 108. — **Tegel, Borsig-
 walde, Daldorf und Waidmannslust:** Paul Kienast,
 Bergstraße, Schubartstr. 43. — **Pankow-Niederschönhausen:**
 G. Felbaldt, Moritzstr. 66. — **Eichwalde, Zenthen, Miers-
 dorf und Hanksel Ablage:** Alfons Gray, Eichwalde,
 Kronprinzenstr. 82, I. — **Nowawes:** Wilhelm Tappe, Friedrichs-
 straße 1. — **Spandau:** Köppen, Jagowstr. 9.
 Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen
 Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für
 den „Vorwärts“ entgegengenommen.
 Bitte ausschneiden.

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Metallarbeiter
Max Höhne
 am 25. d. M. gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 28. September,
 nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Krankenhauses Friedrichs-
 hain nach dem Kirchhof der
 Andreas-Gemeinde in Büchels-
 berg statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 152/2 Die Ortsverwaltung.

**Verein zur Wahrung d. Interessen
 der Maurer Berlins u. Umg.**
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied
August Rückert
 Kuchninerstraße 25 wohnhaft, am
 26. September verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 29. d. M., nachmittags
 4 Uhr, von der Leichenhalle in
 Heber-Schönhausen, Nordend, aus
 statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 130/9 Der Vorstand.

Neue freie Volksbühne

Achtung! Mitglieder!
 Wegen Umbaus des Deutschen Theaters, dessen Eröffnung nicht
 wie ursprünglich gelaubt Ende September, sondern erst Anfang
 Oktober erfolgen kann, müssen die von uns für Sonntag, den 1.
 und Sonntag, den 8. Oktober, angeforderten Extra-Vor-
 stellungen ausfallen. Die für Sonntag, den 1. Oktober, aus-
 gegebenen Karten zu „Rabale und Liebe“ behalten ihre Gültigkeit
 für Sonntag, den 15. Oktober, an dem die genannte Vorstellung
 stattfindet. Die für Sonntag, den 8. Oktober, ausgegebenen Karten
 werden an den Zahlstellen gegen solche für den 15., 22. oder 29. Ok-
 tober umgetauscht. Auf Wunsch werden Karten der ausfallenden
 Vorstellungen auch an den Zahlstellen zurückgekauft.

Die ordentlichen Vereins-Vorstellungen des begonnenen
 Spieljahres finden abwechselnd im Deutschen Theater,
 im Schiller-Theater O., im Schiller-
 Theater N und im Neuen Theater statt.

Mitglieder können nur noch zur X. Abteilung auf-
 genommen werden. Das Einschreibegeld beträgt 1 Mark, der
 Vorstellungsbeitrag 50 Pf.

Der Vorstand. J. H.: Heinrich Neff,
 Bremerstr. 59. Fernsprecher: Amt II Nr. 4241.
 150/16

Konfektions-Haus

Leopold Cohnreich, Berlin C.
 Ecke der Neuen Friedrichstraße,
 schrägüber Bahnhof Alexanderplatz
Königstraße 30,
Größtes Spezialgeschäft der Branche.

Herbst- und Winter-Neuheiten.

- Havelocks 10, 15-25 M.
- Paletots aus nur engl. Stoffen 10, 15-30 M.
- Winter-Jacketts, nur Neuheiten, 8, 10, 15-30 M.
- Regen-Paletots, nur Neuheiten, 10, 15-25 M.
- Kostüme: Tailor made, Jacken-Kostüme, lange Pacons, 20, 25-75 M.
- Fußfreie Kostüm-Röcke, nur englische Neuheiten, in allen Farben, 5, 8-30 M.
- Garnierte Kostüme 15, 25-45 M.
- Reinseidene Plüsch-Paletots, hoch-
 aparte Neuheiten, in glatt u. gestickt, 30, 35, 40, 50-125 M.
- Trauer-Kostüme, hochaparte Neuheiten, 20, 25, 50-75 M.
- Abend-Mäntel in schwarz und farbig, hoch-
 aparte Neuheiten, 25, 30-75 M.
- Pelz-Konfektion, nur Neuheiten in über-
 wahl, Jacketts, Paletots und Abendmäntel
 aus den besten Pelzarten 30, 50-250 M.
- Kinder-Mäntel für jedes Alter 2, 3, 5-20 M.
- Blusen in Seide, Woll u. Phantasiestoffen, nur
 aparte Neuheiten 2, 3, 5, 10-30 M.
- Capes a. d. best. Wollstoffen in farbig u. schw.
 f. Frauen, nur Neuheiten, 7,50, 10, 15-20 M.

Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen vermerkt.
 Sonntags geöffnet von 8-10 und 12-2 Uhr.

Sanssouci
 Kottbuserstr. 4a. Direkt: W. Reimer.
 Sonntag, Montag, Donnerstag:
 Im glänzenden renov. und
 elektr. beleucht. Etablissement.
**Hoffmanns
 Norddeutsche Säger
 und Tanzkränzchen.**
 Sonntag Beginn 5 Uhr,
 wochentags 8 Uhr.
 Sonnabend, 30. Septbr.:
 Große Extra-Soiree der
 Norddeutschen Säger
 und Tanz.

Seit 10 Jahren ererbt sich unsere ausgezeichnete Marke
Atlas Regalia Mk 55,— per Mille
 Vorstehenden Decker, durchaus milde u. aromatisch
 infolge aussergewöhnlicher Preiswürdigkeit
 allgemeiner Beliebtheit.
4000
 notariell beglaubigte
 freiwillige Auerkennung
 1901
 Sendungen
 über Mk. 15.— franko.
 Ziel 2 Monate oder länger
 nach Vereinbarung.
 Ausführliche Preisliste postwendend u. franko.
 Holländische Cigarrenfabrik und Tabakschneiderei.
Kiever & Werres in Geldern 34 (Niederrhein).

Nach beendeter
**Saison
 Ausnahmepreis!**
**Reichgestickte
 Portieren**
 Die komplette Dekoration
 (best. aus 2 Plüsch u. 1 Quorb.)
 in Viktoriatuch . 5²⁵ (Wert
 8,50)
 in Wollserge 5⁸⁵ (Wert
 10,50)
 in Plüsch . . . 10⁵⁰ (Wert
 16,00)
 Eine Partie Wollportieren mit
 allerliebster Blumenkante per
 Schal 2 Mark.
**Teppich-Spezialhaus
 Emil Lefèvre**
 Berlin Oranienstr. 158.
 Nach auswärts per Nachnahme.
Pracht-Katalog ca. 600
 gratis u. franko.
**Extra billig!
 div. Teppiche**
 mit kleinen
Webefehlern!

Carl Weiß-Theater.
 Gr. Frankfurterstr. 132.
Der Weltumsegler wider Willen.
 Abenteuerliche Lustspielposse mit
 Gesang und Ballett in 6 Bildern von
 G. Meader.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen und folgende Tage: Die-
 selbe Vorstellung.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Erste
 Kindervorstellung: Die sieben Raben.

**Geb Brüder
 Herrfeld-Theater.**
 Zum 158. Male:
**Die
 Meyerhains.**
 Komödie in drei Akten mit den
 Autoren
 Anton und Donat Herrfeld
 in den Hauptrollen.
 Anfang 8 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.
 In Vorbereitung:
Der Familientag.
 Eine Erbschaftskomödie von Anton
 und Donat Herrfeld.

WINTERGARTEN
Eröffnungs-Programm.
Loie Fuller
 die berühmte Phantasietänzerin.
 Louise Blet Pariser Sängerin.
 4 Lockens amerik. Gymnastiker.
 Sisters Gasch Akrobatinnen.
 Kapitän Woodward
 dress. Seehunde u. Seelöwen.
 Bedini und Artur
 amerikanische Exzentriks.
 Die mysteriösen Husaren.
 Die Trombetta italien. Duett.
 Pavi Spadoni Kraft-Jongleur.
 „Ja Japan“ Ballottdivertissement.
 Tina Clementa Pferd- und Hunddressur.
Der Biograph.

Walhalla Theater
 Weinbergweg 19/20.
 Direktion: **Richard Schultz.**
 Sonntag, den 1. Oktober cr.:
Eröffnungs-Vorstellung:
Eine tolle Nacht.
 Vorher: Gr. Spezialitäten-Programm.

Aus Industrie und Handel.

Kurssteigerung der Aktien der Großen Berliner Straßenbahn. Schon in den letzten Tagen zeigte sich an der hiesigen Börse eine ziemlich lebhaftere Nachfrage für die Aktien der Großen Berliner, die zu mehrfachen Kurssteigerungen führten, so daß am letzten Dienstag der Kurs, der sich acht Tage vorher noch auf 188,75 Proz. gestellt hatte, bereits offiziell mit 200,10 notiert wurde.

Erhöhung der Roheisenpreise. Die „Alln. Ztg.“ wußte schon vor vier Wochen zu melden, daß eine Steigerung der Eisenpreise durch die Roheisenproduzenten bevorstehe.

Die Schlachtvieh-Ausfuhr Oesterreich-Ungarns im ersten Halbjahre 1905. Der ungünstige Ausfall der Futtermittelernnt im Herbst vorigen Jahres hat auch in Oesterreich-Ungarn zu einer Steigerung der Viehpreise und als weitere Folge dieser Steigerung zu einer Abnahme der Viehenausfuhr geführt.

Wie der nachfolgenden Uebersichtstabelle zu entnehmen ist, wurden in diesem Halbjahre rund 9000 Ochsen und 6000 Kühe weniger ausgeführt als im ersten Halbjahre 1904.

Table with 4 columns: Species, 1904, 1905, and Value in Kronen. Rows include Ochsen, Stiere, Kühe, Jungvieh, Ferkel, Schafe, Ziegen, Lämmer, Stiege, Schweine, Spanferkel, and Schlachtvieh.

Stark abgenommen hat vornehmlich der Rinderexport nach Deutschland und der Schweiz.

Dom Englischen Arbeitsmarkt. Wie der deutsche, zeigt auch der englische Arbeitsmarkt seit Monaten einen stetigen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Die Kreis-Konferenz für den Reichstagswahlkreis Nieder-Barnim tagt Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in Rummelsburg, Café Bellevue. Tagesordnung: 1. Bericht vom Jenaer Parteitag und Diskussion über denselben. 2. Die bevorstehende Provinzialkonferenz für die Provinz Brandenburg. 3. Anträge zu derselben. 4. Kreisangelegenheiten.

Partei-Angelegenheiten.

Die Kreis-Konferenz für den Reichstagswahlkreis Nieder-Barnim tagt Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in Rummelsburg, Café Bellevue. Tagesordnung: 1. Bericht vom Jenaer Parteitag und Diskussion über denselben. 2. Die bevorstehende Provinzialkonferenz für die Provinz Brandenburg. 3. Anträge zu derselben. 4. Kreisangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Mit einem abenteuerlichen Projekt

Überrascht die Direktion der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft die Öffentlichkeit, mit einem Projekt, von dem man noch gar nicht sagen kann, ob es ernst gemeint ist, weil seine Ausführung an Bedingungen geknüpft ist, die sich nicht werden erfüllen lassen.

Die Große will im Verein mit den von ihr abhängigen Gesellschaften der Charlottenburger, Westlichen und Südlichen Vorortbahnen die Gleise im Zuge der Leipziger Straße vom Potsdamer Platz bis zum Dönhofsplatz vollständig beseitigen und für die Linien, die den starken Verkehr zwischen dem Westen von Berlin und wichtigen westlichen Vororten in der Richtung nach dem Spittelmarkt und darüber hinaus vermitteln, eine Untergrundbahn herstellen.

Nach den uns gewordenen Mitteilungen liegen die Projekte für diese gewaltige Umgestaltung der Straßenbahnanlagen den Kleinbahngesellschaften der Genehmigungsbehörden bereits vor.

Die Kosten, die die Ausführung der geplanten Anlagen erfordern würde, erreichen bei den zu überwindenden, außerordentlichen technischen Schwierigkeiten eine bedeutende Höhe; sie würden, wie wir erfahren, nicht unter 60 Millionen Mark betragen.

Auf einem anderen Blatt steht natürlich die Frage, ob die „Wegunterhaltungsamtlichen Gemeinden“, also die Stadt Berlin sich auf diesen Plan einläßt. Diese Frage kann nur mit einem entschiedenen Nein beantwortet werden.

Zwei Eisenbahnunfälle haben sich gestern in Berlins Umgebung ereignet. Ueber einen Eisenbahnunfall auf Bahnhof Charlottenburg liegt folgende amtliche Meldung vor: Heute früh 6 Uhr 21 Min. fuhr auf Bahnhof Charlottenburg der Personenzug 1413 (Charlottenburg-Grünau), der um 6 Uhr 26 Min. seine Fahrt dort antritt, von dem Fahrgleis 1 nach dem Bahnsteig C vor.

Brechstimmen zu dem Projekt der Großen Berliner sind erst spärlich vorhanden und diese Stimmen legen sich weder nach der einen noch nach der anderen Seite fest. Beachtenswert ist, was der „Lokal-Anzeiger“ über eine Unterredung berichtet, die sein Berichterstatter mit Herrn Oberbürgermeister Kirchner in der Angelegenheit pflog.

Magistrats-Offiziös wird zu dem Plan geschrieben: Die Große Berliner Straßenbahngesellschaft soll beschlossene haben, zur Entlastung des Potsdamer Platzes, der Leipzigerstraße und so weiter einen Tunnel in der Potsdamerstraße zu erbauen, der sich in der Richtung nach dem Gendarmenmarkt und der Charlottenstraße gabeln soll.

Die städtische Schuldeputation beschloß am Mittwoch eine Herabsetzung der Frequenz in den unteren Klassen der Gemeindeschulen.

Das neue Schulgebäude für das Friedrich-Realschulhaus in der Wittenvalderstraße wird zu nächsten Ostern fertig. Der Umfang dieser Anstalt soll zu diesem Zeitpunkt stattfinden.

Wilhelm II. und die Kunst. Auf Veranlassung des Kaisers wird gegenwärtig, wie die Zeitungen melden, ein umfangreiches Werk vorbereitet, dessen Zweck es ist, einen Ueberblick zu gewähren über alle künstlerischen Schöpfungen, zu denen der Kaiser während der Dauer seiner Regierung bisher Anregung und Auftrag gegeben hat.

Zwei der ältesten Häuser der Lindenstraße, die Nummern 24 und 25, werden nach dem 1. Oktober vom Erdboden verschwinden, um einem Erweiterungsbau der Lebensversicherungsgesellschaft „Victoria“ Platz zu machen.

Zwei Eisenbahnunfälle haben sich gestern in Berlins Umgebung ereignet. Ueber einen Eisenbahnunfall auf Bahnhof Charlottenburg liegt folgende amtliche Meldung vor: Heute früh 6 Uhr 21 Min. fuhr auf Bahnhof Charlottenburg der Personenzug 1413 (Charlottenburg-Grünau), der um 6 Uhr 26 Min. seine Fahrt dort antritt, von dem Fahrgleis 1 nach dem Bahnsteig C vor.

Einen Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge gab es ferner gestern morgen zur selben Zeit auf dem Bahnhof Zehlendorf. Als der 6 Uhr 40 Minuten fällige Personenzug von dort ausfuhr, kam ihm von Lichterfelde her ein Arbeitszug entgegen.

Achtung! Achtung! Achtung!

Ausgesperrte und Streikende

152/3

der **Allgemeinen Elektrizitäts-Werke**

sowie

Siemens & Halske und Siemens & Schuckert-Werke.

Die Freitag, den 29. September beginnende tägliche Kontrolle der Streikenden und Ausgesperrten

findet in der Zeit von 8-12 Uhr vormittags und 2-5 Uhr nachmittags in folgenden Lokalen statt:

Süden: Voigt, Ritterstraße 71-75.	Nordwesten: Kronenbrennerei, Alt-Moabit 47-49.
Südosten: Südoft, Waldemarstraße 75.	Waldkater, Tegeler Weg 40.
Osten: Andreas-Festsäle, Andreasstraße 21.	Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 3.
Tempel, Neue Bahnhofstr., ^{Cafe} Vohlagener Weg.	Spandau: Böhle, Neumeisterstraße 5.
Nordosten: Verbandshaus, Greifswalderstr. 222.	Schöneberg: Obst-Festsäle, Meiningerstr. 8.
Norden: Bernhard Rose, Badstraße 58.	Rixdorf: Thiele, Bergstraße 151.
Volksheim, Akerstraße 123.	Oberschöneeweide: Wilhelminenhof.



Jeder Streikende oder Ausgesperrte hat freie Wahl unter diesen Kontrollstellen, die er dann stets zur ferneren Kontrolle benutzen muß.



Sämtliche auf die Aussperrung bezugnehmende Bekanntmachungen erfolgen nur noch in den Kontrollstellen!

Das Zentral-Streikkomitee. I. A.: Ad. Cohen.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- u. Krawattenbranche!

Donnerstag, 28. September, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Versammlung

in L. Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Die Beilegung des Streiks bei der Firma Gebr. Borchardt und die Vorlegung unseres Tarifs. Referent: P. Keller.
2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! Erscheint alle in obenstehender Versammlung, es ist eine der wichtigsten für unseren Beruf. Es ist die letzte Versammlung, welche endgültig Beschluß darüber fassen soll, wann wir den Tarif vorlegen wollen.

Möbel ganze Wohnungs-Einrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter, geübener Arbeit empfiehlt (40800)*

Wilh. Lambrecht, Berlin SW., Simeonstr. 19, Verlangen Sie, bitte, illust. Preisliste, an der Alten Jakobstraße.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Freitag, den 29. September 1905, abends 6 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

- Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Gantag, Wahl der Delegierten.
 2. Wie hat sich nach dem 1. Oktober 1905 unser Arbeitsnachweis zu gestalten?
 3. Stellungnahme zur Fensterfrage.
- Es ist Pflicht jedes Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Donnerstag, den 5. Oktober 1905:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

- Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Ergänzungswahl zum Vorstand. 3. Wahl zweier Revisoren und der Unterrichtsvertreter. 4. Schulangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.

Emil Donath (S. B.), früher Ewald, Schönleinstr. 6, empfiehlt seinen Saal, 150 Personen fassend, den verehrten Vereinen und Gewerkschaften. Frühstücks-, Mittags-, Abendtisch. Reimpr. IV, 1391.

Ortskrankenkasse der Graveure, Ziseleure und anderer künstlerischer Gewerbebetriebe.

Telephon: Amt IV, Nr. 2297.

Nachfolgende Änderung des Statuts ist durch Genehmigung des Bezirksausschusses vom 30. August 1905 in Kraft getreten:

13. Abänderung des Statuts der Ortskrankenkasse der Graveure, Ziseleure u. anderer künstlerischer Gewerbebetriebe zu Berlin.

Artikel I G. 49, Wf. 1, erhält folgenden Zusatz: "Die Wahlversammlungen finden immer Anfang Oktober eines jeden Jahres statt."

Artikel II: "Diese Abänderung tritt mit dem 1. Oktober 1905 in Kraft." Berlin, im September 1905.

Der Vorstand. Ernst Brückner, Friedrich Schiefer, Vorsitzender, Schriftführer.

Hoch Hermann Tuscher, 61 Jahre

Sind eine volle runde Lage wert, hoch alter Paucr, den im grauen Haare

Ein jeder, der Dich kennt, auch ehrt. Ob Du auch parstest, dich oft ein kalter Schauer

Und Krümen durch die Glieder fährt, So wird von uns, Du alter Paucr, stets Rahung hoch bei Dir begehrt.

Deine Freunde aus der 2. Abteilung.

Eltern, die beabsichtigen, ihre Söhne oder Töchter dem **kaufen.** Berufe zuzuführen, wenden sich vertrauensvoll an **Rackows Handels-Akademie,** Leipzigerstr. 39 (nahe Charlottenstraße). **!!! Anfang Oktober !!!** Beginn neuer Kurse. (Damen u. Herren getrennt.) **X Man verlange Prospekt! X**

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für **Haut- und Hautleiden.** 29/14* 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Zum bevorstehenden **Umzug** empfehle mein **großes Lager in Gardinen und Vorhangstoffen** zu enorm **billigen Preisen** und gebe trotz der **Billigkeit** meinen verehrten Kunden **diese** und **nächste Woche** auf beide Artikel **10% Rabatt** oder **doppelte Rabattmarken:**

Engl. Tüllgardinen, weiß und creme . . . Meter	30, 40, 50	Engl. Tüllgardinen, weiß u. creme Fenster	1.25, 1.75, 2.50, 3.—
Engl. Tüllgardinen, weiß und creme, prima Qualität Meter	60, 70, 75	Engl. Tüllgardinen, weiß und creme, prima Qualität, Fenster	4.00, 4.50, 5.00—8.50
Engl. Tüllgardinen, weiß und creme, extra-breit Meter	80, 95, 110		
Stores, weiß u. creme, Fenster Stück	2.25, 2.75, 3.50—7.50 M.	Erbstüll-Stores Stück	4.75, 5.50, 6.25—9.00 M.
Kongress-Stoff, glatt und gestreift, Mtr.	35, 45, 50, 75 Pf.	Tüll-Bettdecken für 1 und 2 Betten in hocheleganter Ausführung und großer Auswahl.	
Rouleaux-Stoffe, weiß und creme, gestreift und glatt, in allen Breiten Meter	30, 40, 60 Pf. bis 1.— M.		

S. Weissenberg, Große Frankfurterstraße 126, Eckhaus Koppenstraße

Junge Leute
können reichlich verdienen.
Ausbreitungsgesellschaft,
Patent Leo, Berlin, Breitestraße 5.
Sprechzeit 10-12 vorm. Außer-
halb schriftlich. 21106

Erklärung.
Wir erklären hiermit, daß wir die beim Sommerfest des sozialdemo-
kratischen Wahlvereins zu Himmelsburg am 16. Juni d. J. und später ge-
fallenen beidseitigen Neuerungen unfersterlei bedauern und zurücknehmen.
Straßen, den 20. September 1905.
Witwe E. Schonert.
Georg Hochstein und Fran.

Hygienische
Bedarfsartikel, Neuest. Katalog
m. Empfehl. v. Prof. Dr. med. u. z. N. Unger, Gesundheitsrat
Berlin NW, Friedrichstraße 91/92.

Von der Reise zurück.
4460L* Dr. C. Strecker.
Stuhlflecht-
rohr in vorzüglicher Qualität.
Stuhlflechter Wallstr. 16.

Vereinssäle
(Bühne), 200 Personen, sind Sonn-
abend, 11. resp. 18. November,
Zweitenabends, noch zu vergeben.
Kommandantenstr. 72, Klubhaus.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: 5 Das erste
festgedruckte
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
straße 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 14
Leibhaus Kleinfriedrichstraße 7, billige
Einkaufspreise für Waren aller Art,
großes Lager in Bälgen, Betten,
Wägen, Goldschmied, Teppiche, Step-
peden, Gardinen, Hosen, Anzüge etc.
Deckbett, Unterbett, Kissen mit
glattrottem Anlett, zusammen 10,50,
mit (Handleibe) Andreasstraße 38. *

Notros-gestreiftes Deckbett, Unter-
bett, zwei Kissen, 18,00, Andreas-
straße 38. 8178*

Sommerisches Bauernbett, Deck-
bett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00.
Großes Lager, Stuhl 1,00. Handleibe
Andreasstraße 38. Elektrische nach
Überall. 8188*

Gardinen, Stores, Bettdecken,
einorn billig. Reihe 1 bis 3 Fenster
Extraermäßigung. Gardinen-Verkauf
haus Jerusalemstraße 11/12. 8158*

Bettenlager. Braunkohl, Weiß-
kohl, Ausnahmepreise. Handleibhaus,
Weidenweg neunzehn. 130*

Brautbetten, Bettinette, Aus-
steuerische spottbillig. Handleibhaus,
Weidenweg neunzehn. 130*

Gardinenverkauf, Steppdecken,
Tischdecken, Teppichverkauf, Handleib-
haus, Weidenweg neunzehn. 130*

Bekanntmachung. Spiegelverkauf,
Regulatoren, Freischwinger, Tisch-
uhren, Uhrenten. Handleibhaus,
Weidenweg neunzehn. 130*

Garberoden, Verschiedenes, ver-
fallene Händler spottbillig. Handleib-
haus, Weidenweg neunzehn. 130*

Vermietung neuer Park,
Waldhöhe, bester Handleibhaus,
Weidenweg neunzehn. 130*

Steppdecken billig. Grob-
Frankfurterstraße 9, parterre. 14

Teppiche (Lehrstücke) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
in Teppichlager Brünn, Dacheimer
Wall 4, Bahnhofsstraße 254/12*

Fahrräder, Teilzahlungen. In-
validenstraße 148 (Gang Berg-
straße), Große Frankfurterstraße 56,
Schäferstraße 40. 7858*

Zyrcelmäschinen, Preisgauer-
straße 42. 7808*

Spottbillig Teppiche, Betten,
Gardinen, Vorhänge, Steppdecken,
Gasconen, Tischdecken, Remontoir-
uhren, Regulatoren, Petroleumlampen,
Uhrenten, Anzüge, Spiegel, Bilder,
Möbel, Leibhaus Gränerweg 113. *

Sofas, größte Auswahl, von
21 Mark an, direkt im Fabrik
Andreasstraße 38. 7848*

Bronzegastrommeln 1 dreifach
6,00! 1 einfach 1,50! 1 einfach
9,00! 1 Salongastrommeln 1,50! 1 ein-
fach! 1 Waschküchlein! 1 Gas-
lampe! 1 spottbillig! 1 Wollener,
Theaterstraße 32. 8518*

Mahagonibüfett, diverse Ver-
tisch, Bücherschrank, Küchenschrank,
Küchenschrank, diverse Stühle, Bett-
stellen, Schränke, Spiegel mit
Spind, Plüschbureau im Ausver-
kauf! 100 Mark, Hermannstraße 2. *

Teppiche mit Gardenschleierfabrik-
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 14

Bett, spottbillig, Mischel, Dresden-
straße 38. 20568

Selegendebüfett: Paletots, An-
züge, Hosen, Koffer, Redolier,
Leistung, Uhren, Goldschmied, Kessel,
spottbillig. Jude, Oranienstraße 131.

Reisekleider, Obermäntel, Reise-
zeuge, Regulatoren, Freischwinger,
Harmonikas, Gelgen, Bildern, Betten,
Teppiche, spottbillig. Jude, Oranien-
straße 131. 29/32

Ruhbaummöbel, Tischensofa,
Chaiselongue, Küchenschrank, Bilder
Teppiche, alles wie neu, billigst
Kantow, Drehstraße 62, Hauswirt

Ausgehendes Restaurant fran-
zösischer Verkauf, Kammelsburg,
Fritz Albersstraße 45. 1130*

Monatsanzüge und Winter-
paletots von 5,00 an, Hosen von
4,50 an, Hosen von 1,50 an, Her-
renanzüge von 12,00 an, Brod-
von 2,50 an, sowie für kopulante
Figuren. Neue Garberode zu
beunend billigen Preisen, aus Wanda-
leihen verfallene Sachen, laßt man
am vorzüglichsten bei Koh, Pulad-
straße 14. 20625*

Schöne große Federbetten, Stand
20 Mark, Dresdenstraße 38, vorn
II. Hof. 39/17*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
fabrik Wallstraße 50/51, nahe Spill-
markt. Infolge des großen Umsatzes
bestehen sich an Lager viele zurück-
gelehrt und verbleiben gewissere Möbel,
die wie neu sind, Kleiderständer,
Bettische 27,00, Kleiderständer 16, Küch-
schrank mit Speisekammer 20, Küch-
schrank 70, Kleiderständer 20, Kleider-
ständer 25, ganze Einrichtungen billigst.
Transport frei. 30/18*

Zylinderbureau, Schreibstisch,
Mahagoni-Garderobenschrank, Küch-
schrank. Andreasstraße 37, vorn,
Kantow. 8778*

Tischensofa, Chaiselongue, Bett-
stellen, Matratzen, Bettische 15,
Trumeau, geschliffen, mahagoni 30,
hohe Kuchenschrank. Andreasstraße 57,
Keller, Kantow. 8768*

Ruhbaumständer, Bettische, Bett-
stellen, Kleiderständer wegen Abreise
billig abzugeben. Näheres Kleider-
straße 61 beim Hausverwalter.

Wäsche 1/2 Morgen groß,
450 Mark, im schönen Park bei
Dachstuhl beim Paradiesgarten.
Eigentümer Otto Börs, Pantow,
Kleiderweg 10. 227/5*

Kinderwagen, Kinderbettstellen,
Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt
spottbillig. Schneider, Kurfürsten-
straße 172. 12036

Wäsche von 50 Pfennig an auf
Abzahlung. Otto Börs, Webers-
straße 23. Auf Wunsch durch Karte
komme ins Haus. 1135*

Milchgeschäfts-Einrichtungen,
Küchenschrank, Kammern, Waage, Milch-
schabe, Siebgeschale, Buttermaschinen etc.
billigst. Jordan, Michaelstraße 21.

Schöne elegante Herrenanzüge und
Paletots aus feinsten Rohstoffen 25-40
Mark. Verkauf Sonnabend und Son-
ntag. Verkaufshaus Germania, Unter
den Linden 21. Keine Vorkasse.

Mähmaschinen. Vergüte noch bis
10,00, wer Teilzahlung laßt oder
nachweilt. Höhe 1,00. Wie Systeme.
Kostlos. Brauer, Jorndorferstraße
Nr. 50. 130*

Steppdecken. Gelegenheitsverkauf.
(Eigentümer) hat 8 Mark durchweg
3,75. Posten hochgelegener Damen-
jackets, Paletots (Reisemäntel) je 8
Mark. Julius Reumann, Belle-
Alliancestraße 105. 8712*

Schleinger, Turmstraße 55, ist
ein reelles Herren- und Anaben-
konfektionsgeschäft, wo nicht vor-
geschlagen, gehandelt oder abgelassen
wird. Jeder Gegenstand ist den
darauf bezeichneten Preis auch wert.

Abfall (Schleierstoffe) Teppiche in
allen Größen zu Spottpreisen. Weihen-
burgs Teppichhaus, Große Frank-
furterstraße 125. 8638*

Herrenanzüge, Leberzieher, wenig
getragene Monatsgarderobe von
5 Mark an, große Auswahl, für jede
Figur, auch neue, elegante, nicht ab-
geholte Maßhosen laßt man am
billigsten aus erster Hand direkt
im Schneidermeistergeschäft,
Rosenthalerstraße 15 Nr. 3. 255/11*

Betten, guter Stand, elegante
Steppdecken, Lebergardinen, Stores,
Teppich, Gasconen, Gardinen billig
Hoffmann, Rammstraße 52. 21168

Teilzahlung. Teppiche, Betten, Gar-
dinen, Vorhänge, Steppdecken, Tisch-
decken, Remontoiruhren, Regulatoren,
Spiegel, Bilder, Gasconen, Möbel
spottbillig. Leibhaus Gränerweg 113.

Zwei Bettstellen, Matratze, Koffer-
gehör, Armenschiffel, billig Dresden-
straße 58, III rechts. 20436*

Lange 99/100. Wegen Auf-
gabe des abliegenden Hagens-
geschäfts verbleibe ich Freitag, den
29. September, vormittags 11 Uhr,
sämtliche Bestände, meist bessere
Hagen, Zigaretten, Otto Börs,
Verlagsgesellschaft, Straußbergstraße 98.

Grüne verkauft wegen Räu-
mung elegante Salongarnitur, noch
neu, 88,00, Kleiderständer, Bettische
45,00, Kleiderständer 38,00, Bettstellen,
Trumeau 45,00, Bilder 2,00, Spiegel
3,00, Uhr, Steppdecken 6,00. Ver-
schieden, passend für Braunkohl,
Köpenickerstraße 39a I. 21018

Teppiche, Steppdecken spottbillig
Leibhaus, Gränerweg 113. 21168*

Betten, Tischdecken spottbillig
Leibhaus, Gränerweg 113.

Gardinen, Vorhänge spottbillig
Leibhaus, Gränerweg 113.

Regulatoren, Freischwinger, Remon-
toiruhren, Uhrenten spottbillig
Leibhaus, Gränerweg 113.

Gasconen, Bilder, Spiegel,
Möbel spottbillig Leibhaus, Gräner-
weg 113.

Zigarrengeschäft mit Wohnung,
Werte 1200,00, sofort franztischalter
preiswert veräußert, Umsatz 9000,00.
Offerten unter N. 2 Expedition des
"Vormärts". 21178

Kinderwagen verkauft billig
Königsbergerstraße 17, vorn I rechts.

Wagen und Wagen sofort zu ver-
kaufen Billigst-Albersstraße 24.

Bettische mit Matratze, Kleider-
ständer, 25 Mark, Müdenstraße 93,
Bild. 20088

Ruhbaum - Kleiderständer, Bettische
schöne Kleiderständer, Trumeau, Tisch,
Stühle, Regulator, Bettstellen, gut
erhalten, Weidenweg 4, vorn II. 130

Freischwinger, Betten, 11 Mark,
gleichmäßig 16 Mark, I. Kleider-
ständer, billig. Handleibe, Gubener-
straße 3. 130

Schöner, schöne moderne
Ezemplare 40,00. Große Frankfurter-
straße 14, Hof geradezu. 131

Schöner, kaum gebrauchte, drin-
gend, ganz billig, Preis, Landsberger-
Allee 50, vorn IV. 131

Junge Frau verkauft 3 Zimmer
Möbel, wie neu, elegantes Kleider-
schrank, 44,00, Vaneisofa 70, Salonmöbel 6,00,
Trumeau, Steppdecken, Stores, Preis-
teppich 5,00, Verschiedenes jeden Preis.
Landsbergerstraße 42 II. 21028

Schönheitsgeschäft allerwegen
verkauft Dresdenstraße 59. 1111*

Grüntraumgeschäfte mit Kasse
billig zu verkaufen Landsbergerstraße 12.

Colofal, Vereine und Joblabend,
verkauft billig. Miete 1300. Ertragen
Kleiderstraße 41/42, Expedition. 180

Stoffe, Sommer, Wäsche,
Dübel verkauft billig Jange, Kleider-
handlung, Turmstraße 54. 172*

Freitische, große Auswahl. Vier-
kant, Italienische 23. 149*

Einrichtung, großes Vereins-
zimmer, Partikular, ist billig zu ver-
kaufen Kleiderstraße 10. 149*

Einen Bettstellen, drei Bettstellen,
gut erhalten, eine mit Matratze, ver-
kauft billig Weide, Langenbedstraße 5.

Kleiderständer, Bettische 14,00,
Sofa, Kommode 10,00, Bettstellen
mit Matratze 15,00, Trumeau billig,
Draeger, Landsbergerstraße 17. 227/5

Gänge! Gänge! feinstgeschliffen,
von 2,50 Mark an, zu verkaufen
Sommerstraße 21. Bettdeckenverkauf,
Paul Hof. 39/16

Altes gangbares Kartoffel- und
Heringsgeschäft ist zu verkaufen.
Offerten unter "O. B. 125" Juch,
Reibstraße 42. 1135*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-
fabrik Kleiderstraße 15, am Halle-
schen Tor, stehen viele Wohnzams-
Einrichtungen, verbleiben gewissere
und neue Ausstattungen zu sehr
billigen Preisen. Teilzahlung bei
ganz geringer Anzahlung gestattet.
Beamten ohne Anzahlung. Ich
biete gediegene Einrichtungen für
150, 200, 300, 400 Mark, hochlegante
von 500 bis 1000 Mark. Besonders
empfehlenswert ist der große Vorrat
verbleibender gewissere und zurückgelehrt
Möbel, die noch fast neu sind und im
Preis bedeutend herabgesetzt sind.
Kleiderständer 24; Kommode 18, Sofa
mit Auszug 30, Bettische mit Ma-
tratz 20, Kleiderständer, Vertikales
105, Salongarnitur, Kleiderständer
105, Kleiderständer mit Matratzen
40, geschliffene Bettische, Bücherschrank,
Bücherschrank mit Sattelkissen 85,
Schreibtisch 90, englische Schlafzimmern,
Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
stil. Gelaupte Möbel werden drei
Monate kostenfrei aufbewahrt, durch
eigene Gespanne geliefert. Muster-
buch gratis. Sonntags von 8-10
und 12-2 Uhr geöffnet. 7928*

1000 neue Mähmaschinen gebe auf
Abzahlung, ohne Anzahlung. Lang-
schiff, hochartig, komplett, mit
allen Apparaten. Elegante Aus-
stattung, drei Jahre reelle Garantie.
Veltmann, Gollnowstraße 26, nahe
der Landsbergerstraße. Alle Maschinen
nehme in Zahlung. 6688*

Möbelgegenstände. Die in meinen
drei großen Speichern lagernden
Waren müssen wegen Ueberfüllung
schnell geräumt werden. Es sind be-
sonders prachtvolle Schlafzimmern,
Salongarnitur, eigene Herrenzimmer,
Wohnzimmer, Speisezimmer, im
ganzem, auch jedes Stück einzeln,
spottbillig. Kleiderständer,
Bücherschrank, Salonmöbel, Bücher-
schrank, Kleiderständer, Schreibtisch
20,00, Kleiderständer, Bettische, Was-
schstisch, Salongarnitur 30,00,
Vaneisofa, Salongarnitur, prächt-
volle Kleiderständer mit Chaiselongue-
decke 22,50, Kleiderständer, Zimmer-
teppiche 8,00, extragroße Salonteppeiche
18,00 an, verbleibende Lebergardinen,
Zimmanden, Steppdecken, Gardinen,
Spiegel, Kleiderständer 5,00,
Speisezimmer, Salongarnitur, Pracht-
lampen, Wanduhren, Salonbilder.
Alles neue Gelegenheits-Verkauf.
Otto Börs, Anhalter Bahnsteiger
Mödenstraße 23, direkt Hochbahnstation
Mödenstraße. Anlauf ganzer Waren-
lager, Konturmaschinen, Kleiderständer,
Küchenschrank und sonstige Gelegen-
heiten. 8028*

Salongarnitur, Umbauofa, Büfett,
Vaneisofa, Kleiderständer, Bücherschrank,
Schreibtisch, Kleiderständer, Bettische,
Salongarnitur, Bettstellen spottbillig.
Landsbergerstraße 77, Belag. *

Möbelverkauf, Oranienstraße 68,
direkt Nordplatz. In meinen drei
Gängen stehen komplette Wohnungs-
einrichtungen in jeder Preislage vom
Einfachsten bis zum Eleganteren.
Besondere Gelegenheits-Verkauf ist in
den verbleibenden gewissere, fast neuen
Möbeln, die beabsichtigt herabgesetzt
sind. Beschäftigung erbeten, ohne An-
zahlung. Anfallend billig verkaufte ich
neue Chaiselongue 17, Sofa 20,
Sattelkissen 55, Vaneisofa 55,
Garnitur 50, hochlegante Kleider-
garnitur 75, Salongarnitur 21,
Bettische mit Matratze 18, Schreib-
stisch 15. Gelaupte Möbel können
drei Monate kostenfrei lagern. Teil-
zahlung gestattet. Auch Sonntags
geöffnet. 7744*

Möbelverkauf. Braunkohl,
empfehle meine Möbelverkauf für
Wohnung - Einrichtungen sowie
einzelne Möbel. Gute Küche. Eng-
liche Schlafzimmern. Große Auswahl.
Kein Laden. Nur Keller und Hinter-
räume. Teilzahlung, Darnsd., Belle-
Alliancestraße 124. 17198*

Verschiedenes.

Planleibe, Prinzenstraße 63,
Mittags 8-8, Sonntags bis 2. 7828*

Auspoßierung: Sofa 5,00, Matratze
4,00, auch anderem Hause. Bachmann,
Andreasstraße 38. 7838*

Kunsthandwerk von Frau Koloff,
Charlottenburg, Gochelstraße 84, I. *

Verleihen, allerhöchste, Möbel,
Bücher, Pianinos, Fahrräder,
Kleidermaschinen, Warenkörben, Lager-
speicher, Schwedertische 11. 8008*

Saal! Sonnabend, 7. 28. Oktober,
11. 25. November frei. Klubhaus,
Königsstraße 16. 20528*

Vereinszimmer (großes) Am-
nenstraße 16. 20638*

Planleibe Heinersdorferstraße,
Ede Greifswalderstraße. 1135*

Vereinszimmer mit Pianino,
25-30 Personen, empfiehlt J. Kubel,
Blumenstraße 38, Kleines Ge-
meinschaftshaus. 8738*

Ziherunterricht erteilt Kluge
Kabe, Webersstraße 14. 19876*

Verleihen, deutsch, französisch,
englisch, Lehrinstitut Karlstraße 26. *

Vereinszimmer 25, 40, Saal
150 Personen, Pianino, zwei Regel-
boden, vergibt Ladewig, Alte Foh-
straße 83. 7928*

Auspoßierung, Bettmatratze 4,00,
Sofa 5,00, auch anderem Hause. Hoff-
mann, Neue Königsstraße 30. 227/7

Wäsche wird sauber, schonend
gewaschen, Katen, Leibwäsche 0,10. Otto
Börs, Köpenick, Müggelheimer-
straße 22, Abholung Sonnabends.

Briefmarkensammlung, auch
einzelne, von Anfänger gesucht.
Offerten Expedition Salzwele-
straße 8. 172

Mark 4000 zur zweiten Stelle
werden vom Selbstgeber gesucht auf
mein neuerbautes Haus Köpenick-
allee 58. Carl Van, Landsberger-
Allee 58. 130*

Wäsche wird sauber gewaschen, im
Preis herabgesetzt. Katen, Leibwäsche
0,10. Abholung Sonnabends. Emil
Pantrath, Köpenick, Müggelheimer-
straße 40. 20688

Rückenmöbel frecht Köpenick
Friedenstraße 97. 21088*

Tanzunterricht! Gruppe Damen-
straße 16. Zweimonatliche Sonntag-
stunde (Monat 4,00) beginnen 1. Oktober,
nachmittags 4 Uhr. Prospekt franko.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Wirts! Dackelsten Köbers, Ver-
längerter Reisingstraße 8, Kammels-
burg bei Berlin. 1130

Schweizer, Volkshaus, 130
mit Gesellschaft, Stettinerstraße 57, 192*

Groß, Volkshaus (auch mit
Gesellschaft), Reisingstraße 1a. 180*

Achtung! Bei Wohlthätigkeits-
Vorstellungen empfehlen sich unent-
geltlich Schweizer - Groß, Volkshaus-
Kontoren. 180

Möbel Stuhlflechter bietet um
Arbeit. Stühle werden abgeholt und
zurückgegeben. A. Gläzer, Pulad-
straße 27. 14688

Perfekte Maschinen-Schreiber, Steno-
graphie, Registrator etc. durchaus er-
fahren, sucht 1. Oktober respektive
November Stellung. Offerten M. 2
Expedition dieser Zeitung. 8728

Jünger Mann, 20 Jahre, sucht
leichte Stellung als Hausdiener,
Kassensoldat, Kommandieren, 200 Mark
Kautions. Offerten unter J. R., Post-
amt S. 59. 20918*

Stellenangebote.
Schlossergehülfe auf Baubefehl,
verlangt bei hohem Verdienst Schlosserei
H. Plume, Charlottenburg, Scher-
erstraße 97. 20788*

Metallarbeiter - Bedienung verlangt
Sandmann, Köpenickerstraße 40. *

Verleihen verlangt Metallwaren-
fabrik H. Jiegler, Gochelstraße 25. *

Verleihen - Bedienung verlangt
Köpenickerstraße 37. 8738*

Silberarbeiter - Bedienung verlangt
H. Regen u. Co., Sebastianstraße 20. *

Konsumverleihen. Monats-
verleihen 20, 25, 30 Mark, verlangt
Stadtfabrik, Ritterstraße 59. 20948

Tüchtigen Arbeiter, möglichst aus
der Anstaltsanstalt, suchen Block u.
Wolff, Kronenstraße 55. Vorstellung
mittags 11-12 Uhr. 20968

Kordmacher auf Bambus- und
Kongomöbel verlangt Jochner, Neue
Dachstraße 5. 21158*

Arbeitsverleihen verlangen Buch-
mann u. Co., Kunststeinfabrik, Dales-
see. 21138

Tüchtigen Barockverleihen auf
polierte Möbel, hoher Lohn. Kleider-
Kammerstraße 27. 21118

Jüngerer Hausdiener, welcher gut
kochen kann, verlangt Danziger,
Alexandrienerstraße 22. 20678

Marmorarbeiter verlangt Graf,
Steglich, Dippelstraße 17. 20277

Tüchtigen Rahmenmacher ver-
langt Stadtschreiberstraße 10. 162

Kunstschloßer - Bedienung verlangt
Frenzlauer Allee 34. 20268*

Barbierlehrling verlangt Berg-
mannstraße 91. 1111

Manne auf Paletots verlangt
Wölfer, Köpenickerstraße 49. 21228*

Manne auf Kostjungen und
Büchschloßer verlangt Grohn, Thea-
terstraße 21. 130*

Kartonsarbeiterinnen in und
außer dem Hause, auch Lehrlinginnen
verlangt Kartonschreiber, Immannel-
lichstraße 34. 20968*

Gebirge Verleihen - Arbeiterin
verlangt Danziger, Alexandriener-
straße 22. 20968

Frauen suchen durch Austragen
von Zeitungen lohnenden, dauernden
Verdienst. Meldungen Prinzen-
straße 41, Keller. 39/12*

Frauen suchen durch Austragen
von Zeitungen lohnenden, dauernden
Verdienst. Meldungen Köpenick
Krahe 56/57, I. 39/13*

Koloristinnen, geübte, auf Post-
karten verlangt Weglow, Reichsberger-
straße 121. 20608*

Kartons - Arbeiterinnen dauernde
lohnende Beschäftigung. Burgheim
u. Baumann, Blumenstraße 37. *

Lehrmädchen mit guter Schul-
bildung bei monatlicher Vergütung
sogleich gesucht. Meldungen nur in
Begleitung der Eltern oder des Vor-
munders mittags 1-2 oder abends
8-9 Uhr. A. Vondorf u. Co., Belle-
Alliancestraße 12. 7288*

In Arbeitsmarkt durch
beizendern Druck hervorgehobene
Anzeigen folgen 20 Pf. pro Zeile.

Gebirge, selbständige, elektrische
Monteure für Hausinstallationen
werden gesucht. 20244*

Laur. Kaudsen, Köpenick.

Bierkutscher
mit Kundenschaft sucht
Stadtbrauerei Schöneberg. 20928

Legen
für Jugend Steinbohlenboden gesucht.
Bei guten Leistungen dauernde Arbeit.
Hoher Lohn. Hr. Ant. Kramer,
Leipzig-Platz. 2025

Tüchtige Putzer

auf Figuren finden lohnende Be-
schäftigung bei 44812

Agnes Gladenbeck,
Friedrichshagen, Seestraße 9.

Tüchtige Klempner
bei hohem Lohn auf Fischgründe und
Bühnen werden sofort gesucht.
D. Deneke u. Co., Friedenau, Reichstr. 5.

Achtung! Achtung!
Buchbinder, Kartonnagen- und
Etuiarbeiter u. -Arbeiterinnen!
Der Agent Leon Wanderlich,
Gräberstr. 32 v. I., sucht für Eisenberg
(Thüringen), wo sich unsere Kollegen in
einer Tarifbewegung befinden,
Arbeitswillige zu werden.
Werde niemand zum Streik-
brecher!
Die Verleihen von Kämmerer,
Kochstr. 67, ist geiperrt. Arbeiten,
welche von der Firma an andere Be-
triebe vergeben werden, sind wie
Streikarbeiten zu betrachten.
25/4 Die Krisenverwaltung.

Achtung! Achtung!
Rohrleger und Helfer!
Die folgenden Firmen und Bauten
sind gesperrt:
Pösch u. Cie., Rixdorf, Liepelt-
straße 5. Bau Wallerstraße und
Wandenerstraße.
Bruno Kroschel, Königgrüßerstraße.
Bau Vankstr. 22/23, Schule und
Bahnhofsarbeiten.
Paul Hantenberg, Bau Herr,
Groschlagersfeld 8, Berlinerstraße
Ede Lindenstraße, Groß-Lichterfelde
W., Karlsruher Ede Ringstraße,
Groschlagersfeld, Ede Schiller-
und Gleditschstraße.
Jiegler, Frankfurter Allee 82. Bau
Charlottenburg, Wielandstr. 18 und
Frankfurter Allee 141.
J. Ziefert u. Co., Köpenick,
Köpenickerstraße 154a. Bau Tegeel Gasanstalt
und Gaswerkfabrik Spandau.
Zentrale Tegetow Neubau, Tempelhof
Ringbahnstr. 41. Belov - Fabrik
Köpenickerstr. 19-20, Leder-Fabrik
Stietlein, Thierstr. 29/30.
N. Targel, Spandau, Weihen-
burgerstr. 61. Bau Charlottenburg,
Leonhardtstr. 11. Bau Tegetow,
Weidenmannstraße, Bau Köpenick.
Gedächtnis-Gesellschaft Auer,
Köpenickerstr. 139.
H. Christoph, Schönerstraße 23.
Bau Rixdorf, Schönerstraße 23.
Köpenickerstr. 132, Streifenmarkt
Köpenickerstr. 113.
Johannes, Wilmersdorf, Dales-
see, Bornhaderstr. 5. Bau Fisch-
feld, Rixdorf Juliusstr. 27, Spar-
straße 16-17.
Pöppow, Fehderstraße 91. Bau
Kochstr. 2.
Emil Viding, Berlin, Wilhelm-
straße 132, Streifenmarkt
Köpenickerstr. 139.
Die Kollegen werden dringend er-
sucht, bis zur Erledigung der Dis-
sidenzen die Firmen und Bauten streng
zu meiden.
Die auf diesen Bauten beschäftigten
Bauarbeiter ersuchen wir, uns in der
Kontrolle zu unterstützen. Die Bauten
sind erst dann frei, wenn dies im
"Vormärts" bekanntgegeben ist.
Deutscher Metallarbeiter-
Verband.
123/3 Krisenverwaltung Berlin.

Achtung! Parkethöhlenleger!
Der Bau Grunau in Steglitz,
Bismarckstraße 14/15, ist gesperrt.
Die Verwaltung 99/3
des Holzarbeiter-Verbandes.

Achtung! Achtung!
Kammacher!
In der Norddeutschen
Kammfabrik, Köpenicker-
straße 128 (Köpenick u. Reiblich),
bestehen Differenzen. 99/10
Zuzug ist fernzuhalten.

Achtung, Hutmacher!
Die Damenhutfabriken von
Hoffmann & Rosenber,
Blumenstraße 30, 294/5
sowie
Gebr. Stahl, Gräner Weg 96,
sind gesperrt.
Der Vorstand der Filiale Berlin.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.